

Wortprotokoll

5. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

3. März 2016

Inhalt:

Eröffnung und Begrüßung

Mitteilungen des Vorsitzenden

Fragestunde:

Beilage 9008/2016: Anfrage der Abg. Wall an Landesrat Ing. Entholzer (Seite 6)

Beilage 9011/2016: Anfrage des Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz an Landesrat KommR Podgorschek (Seite 9)

Beilage 9009/2016: Anfrage des Abg. KO Makor an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Stelzer (Seite 12)

Beilage 9010/2016: Anfrage der Abg. Böker an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Stelzer (Seite 13)

Beilage 9012/2016: Anfrage der Abg. Promberger an Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Stelzer (Seite 16)

Beilage 9013/2016: Anfrage der Abg. Mag. Buchmayr an Landeshauptmann Dr. Pühringer (Seite 18)

Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung (Seite 21)

Geschäftsanträge:

Beilage 90/2016: Initiativantrag betreffend die Einhebung von Anmeldegebühren an der Johannes Kepler Universität Linz

Redner/innen: Abg. Promberger (Seite 22)
Abg. Mag. Lackner (Seite 23)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 24)
Abg. Mag. Dr. Manhal (Seite 25)

Beilage 94/2016: Initiativantrag betreffend eine Deutschpflicht auf dem Schulareal

Redner/innen: Abg. Mag. Aspalter (Seite 26)
Abg. Bgm. Punkenhofer (Seite 26)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 27)
Abg. KO Ing. Mahr (Seite 29)

Beilage 95/2016: Initiativantrag betreffend die Sicherung der oberösterreichischen Bundesheerstandorte

Redner/innen: Abg. Krenn (Seite 30)
Abg. Gruber (Seite 30)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 32)
Abg. Stanek (Seite 33)

Beilage 96/2016: Initiativantrag betreffend den Schutz der heimischen IndustriearbeiterInnen gegen Preisdumping

Redner/innen: Abg. Schaller (Seite 34)
Abg. KommR Frauscher (Seite 35)
Abg. Kroiß (Seite 37)
Abg. Schwarz (Seite 38)

Beilage 97/2016: Initiativantrag betreffend Verankerung von Bargeld als Zahlungsmittel in der Bundesverfassung

Redner/innen: Abg. Langer-Weninger (Seite 40)
Abg. Bgm. KommR Ing. Klinger (Seite 41)
Abg. Schwarz (Seite 42)
Abg. Bauer (Seite 43)

Beilage 98/2016: Initiativantrag betreffend die Beibehaltung der Beurteilung der Leistungen der Schüler nach Noten (Beurteilungsstufen)

Redner/innen: Abg. Mag. Lackner (Seite 44)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 45)
Abg. Promberger (Seite 47)
Abg. KO Mag. Kirchmayr (Seite 48)

Beilage 99/2016: Initiativantrag betreffend die Reduktion der Familienbeihilfe für Nicht-Staatsbürger

Redner/innen: Abg. Wall (Seite 50)
Abg. Binder (Seite 50)
Abg. Kaineder (Seite 52)
Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer (Seite 53)

Verhandlungsgegenstände:

Behandlung der dringlichen Anfrage des SPÖ-Landtagsklubs an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner zum Thema Versorgung von Wohneinheiten in Oberösterreich mit erneuerbarer Energie durch Anlagen, deren Errichtung im Rahmen der Oö. Energiespar-Verordnung gefördert wurden (siehe Anlage) - Beilage 15000/2016

Redner/innen: Abg. KO Makor (Seite 55)
Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner (Seite 56)
Landesrat Anschöber (Seite 59)

Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb (Seite 61)
Abg. KO Ing. Mahr (Seite 62)
Abg. KO Makor (Seite 63)
Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner (Seite 64)

Beilage 83/2016: Bericht des Umweltausschusses über die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zur Finanzierung der Maßnahme "Vorbeugender Oberflächengewässerschutz auf Ackerflächen" im Rahmen des ÖPUL 2015-2020 in den Jahren 2016 bis 2021

Berichtersteller/in: Abg. Baldinger (Seite 67)
Redner/innen: Abg. Brunner (Seite 67)
Abg. Baldinger (Seite 68)
Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer (Seite 69)
Landesrat KommR Podgorschek (Seite 70)

Beilage 84/2016: Bericht des Finanzausschusses über die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zu den nicht-fälligen Verwaltungsschulden 2015 im Rahmen Oö. Chancengleichheitsgesetz (ChG-Pflichtbereich)

Berichtersteller/in: Abg. Binder (Seite 71)
Redner/innen: Abg. Wall (Seite 71)
Abg. Hingsamer (Seite 72)
Abg. Binder (Seite 73)
Abg. Schwarz (Seite 74)

Beilage 85/2016: Bericht des Sicherheitsausschusses über die Stärkung des Bundesheers für Aufgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise

Berichtersteller/in: Abg. Gruber (Seite 76)
Redner/innen: Abg. Gruber (Seite 76)
Abg. Krenn (Seite 77)
Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz (Seite 79)
Abg. Stanek (Seite 80)
Abg. Nerat (Seite 82)
Abg. Kaineder (Seite 84)

Beilage 86/2016: Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung Schüler- und Lehrlingsfreifahrt, unbefristete Fortsetzung der Finanzierung der Pauschalierungs- und Netzkartenregelung ab dem Schuljahr 2016/2017

Berichtersteller/in: Abg. Schießl (Seite 84)
Redner/innen: Abg. Schießl (Seite 84)
Abg. Bgm. Raffelsberger (Seite 85)
Abg. Bgm. Rippl (Seite 86)
Abg. Mayr (Seite 87)
Landesrat Mag. Steinkellner (Seite 88)
Abg. KO Makor (Seite 89)

Beilage 87/2016: Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die wettbewerbliche Vergabe von Busverkehrsdiensten in den Linienbündel Freistadt West, Freistadt Ost, Linz - Freistadt sowie für den Stadtbus Freistadt im Zeitraum Dezember 2017 bis Dezember 2027

Berichtersteller/in: Abg. Ing. Fischer (Seite 89)

Redner/innen: Abg. Schießl (Seite 89)
Abg. Bgm. Rippl (Seite 90)
Abg. Bgm. Dipl.-Ing. Rathgeb (Seite 90)
Abg. Mayr (Seite 91)
Landesrat Mag. Steinkellner (Seite 92)

Beilage 94/2016: Initiativantrag betreffend eine Deutschpflicht auf dem Schulareal

Berichtersteller/in: Abg. Mag. Aspalter (Seite 94)

Beilage 96/2016: Initiativantrag betreffend den Schutz der heimischen IndustriearbeiterInnen gegen Preisdumping

Berichtersteller/in: Abg. Schaller (Seite 94)

Redner/innen: Abg. Schaller (Seite 95)

Beilage 97/2016: Initiativantrag betreffend Verankerung von Bargeld als Zahlungsmittel in der Bundesverfassung

Berichtersteller/in: Abg. Langer-Weninger (Seite 96)

Beilage 98/2016: Initiativantrag betreffend die Beibehaltung der Beurteilung der Leistungen der Schüler nach Noten (Beurteilungsstufen)

Berichtersteller/in: Abg. Mag. Lackner (Seite 97)

Beilage 99/2016: Initiativantrag betreffend die Reduktion der Familienbeihilfe für Nicht-Staatsbürger

Berichtersteller/in: Abg. Wall (Seite 97)

Vorsitz: Präsident KommR Sigl
Zweiter Präsident Dipl.-Ing. Dr. Cramer
Dritte Präsidentin Weichsler-Hauer

Schriftführer: Erster Schriftführer Abg. Stanek

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Dr. Pühringer, die Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Stelzer und Dr. Haimbuchner, die Landesräte Anschober, Ing. Entholzer, Hiegelsberger, KommR Podgorschek, Mag. Steinkellner, entschuldigt Mag. Dr. Strugl, MBA

Die Mitglieder des Landtags

Landesamtsdirektor Ing. Dr. Watzl

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführer/in Dr. Uebe

(Beginn der Sitzung: 10.09 Uhr)

Präsident: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 5. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags und darf Sie dazu sehr herzlich begrüßen. Ich begrüße im Besonderen die Mitglieder des hohen Hauses, die Mitglieder der Oberösterreichischen Landesregierung, die anwesenden Bundesräte, die Damen und Herren auf unserer Zuschauergalerie, ganz besonders die Schülerinnen und die Schüler der Berufsschule II in Gmunden mit ihren Pädagogen, die uns heute die Ehre geben. Ich hoffe, Ihr fühlt euch wohl bei uns. Ich begrüße die Bediensteten des Hauses, die Vertreter der Medien sowie natürlich auch alle Damen und Herren, die via Internet diese Sitzung mitverfolgen. Von der heutigen Sitzung entschuldigt ist Herr Landesrat Dr. Michael Strugl, und etwas später wird Herr Landesrat Rudolf Anschöber kommen.

Ich darf Ihnen mitteilen, dass die Amtliche Niederschrift über die 4. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags in der Zeit vom 4. März bis zum 18. März 2016 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme aufliegt und ich teile Ihnen mit, dass seit der letzten Sitzung wiederum schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen diese Anfragen in bewährter Weise bereits im Wortlaut schriftlich übermittelt, sodass ich, vorausgesetzt, dass dagegen kein Widerspruch erhoben wird, von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehmen kann.

Wir kommen nun zur Fragestunde, eine Zusammenstellung aller Fragen haben wir auf Ihren Plätzen aufgelegt, und ich beginne mit der Anfrage der Frau Abg. Ulrike Wall an Herrn Landesrat Ing. Reinhold Entholzer. Bitte sehr Frau Abgeordnete.

Abg. **Wall:** Guten Morgen Herr Landesrat, geschätzter Herr Präsident, sehr geehrte Kollegen! In wie vielen Fällen kam es im Jahr 2015 bei der Mindestsicherung in Oberösterreich zu einer Leistungskürzung wegen mangelnder Bereitschaft zu einem zumutbaren Einsatz der Arbeitskraft?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Ing. Entholzer:** Ja, geschätzte Abgeordnete Wall, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Präsident! 2015 haben im Jahresdurchschnitt aller Monate zirka 15.000 Menschen in Oberösterreich die Mindestsicherung bezogen. Darunter sind natürlich auch sehr viele Kinder.

15.000 Personen, das entspricht rund einem Prozent der Bevölkerung unseres Bundeslandes. Die Gesamtkosten für die Mindestsicherung betragen sogar weniger als ein Prozent vom Landesbudget. Die durchschnittliche Bezugsdauer lag 2015 in Oberösterreich bei 7,5 Monaten. Die ist ja auch nicht immer ein ganzes Jahr durchgängig und liegt daher somit genau im Bundesschnitt.

Man sieht, dass die Mindestsicherung also kein explodierendes Massenphänomen ist, sondern eine ganz gezielte, eine effektive und ziemlich befristete Hilfe für Notlagen. Und ich habe mir, ich muss an dieser Stelle auch noch erwähnen, dass ich genau nachgerechnet habe. Die bedarfsorientierte Mindestsicherung kostet jedem lohnsteuerpflichtigen Oberösterreicher und Oberösterreicherin 3,43 Euro im Monat. Deutlich weniger als eine Packung Zigaretten würde ich sagen und diese nicht einmal dreieinhalb Euro im Monat ermöglichen den Menschen wirklich eine Chance zu bekommen, wieder in den Arbeitsprozess eingegliedert zu werden, überhaupt das Überleben zu sichern. Eine Chance,

wo wir uns schon bewusst sein sollten, dass das auch für den sozialen Frieden und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ganz, ganz wichtig ist, dass wir keine Elendsquartiere haben, dass wir keine sozialen Brennpunkte haben, so wie in Frankreich in den Vorstädten, das ja dort seit einigen Jahren schon leider so ist, das der Preis dafür auch ist, dass wir noch immer eine sehr geringe Kriminalitätsrate haben.

Und zusätzlich zur Vermeidung von Arbeit und Stigmatisierung wurde die Mindestsicherung natürlich auch eingeführt, weil sie eine erhöhte Kosten- und Leistungstransparenz garantiert, weil man hier nicht aus verschiedenen Töpfen alles zusammenstoppelt, sondern hier klar alles über die Mindestsicherung geregelt wird.

Schwerpunkt davon ist natürlich die Re-Integration, von der immer gesprochen wird, vor allem auch im Arbeitsmarkt und diese Zielsetzung verfolgen wir in Oberösterreich mit der Arbeitsmarktintegration ganz gezielt durch das individuelle Casemanagement, dass die Mindestsicherungsbezieher begleitet werden, damit die Menschen zurück in den Arbeitsprozess kommen.

Wir sind da in Oberösterreich in diesem Bereich auch sehr erfolgreich, weil jeder Antrag auch individuell geprüft und bewertet wird und wenn man sieht, dass 39 Prozent aller Mindestsicherungsbezieher in Oberösterreich gar nicht arbeitsfähig sind, da gehören nämlich die Kinder dazu, da sind Alleinerzieherinnen, die Kinderbetreuungsaufgaben, da sind Kranke, da sind Beeinträchtigte, also das ist auch eine große Zahl, die grundsätzlich nicht arbeitsfähig sind.

Aber auch muss man sagen, dass ein Drittel aller BMS-Bezieher in Oberösterreich sogenannte Aufstocker sind. Die also nicht die volle Mindestsicherung beziehen, sondern nur Teile davon, weil sie aus dem Einkommen und dem Vermögen, das sie haben, ihren Lebensunterhalt nicht bestreiten können.

Das sieht man auch daran, dass im oberösterreichischen Durchschnitt pro Bedarfsgemeinschaft und Bedarfsgemeinschaft ist ja Familie im gemeinsamen Haushalt 99 Euro weniger als im Bundesschnitt ausbezahlt wird, nämlich genau 423 Euro und auch hier sind wieder zahlreiche Familien mit Kinder enthalten, sodass der Betrag pro Kopf noch einmal ein wesentlich geringerer ist.

Dass das Mindestsicherungssystem in Oberösterreich überdurchschnittlich effektiv ist, erkennt man auch an einem anderen Beispiel. Im Jahr 2014 und 2015 hat die Statistik Austria festgestellt, dass von allen Mindestsicherungsbeziehern in Österreich insgesamt 6,9 Prozent aus unserem Bundesland kamen, aber 10,6 Prozent aller Wiedereinsteiger in den Arbeitsmarkt kamen aus Oberösterreich. Das heißt, mit unserem Casemanagement sind wir sehr erfolgreich, den Wiedereinstieg in die Arbeit zu schaffen.

Aber jetzt zu den angesprochenen Kürzungen. Im Jahr 2015 wurden von den Bezirksverwaltungsbehörden in jedem Monat konstant über das ganze Jahr zwischen hundert und hundertzehn Sanktionen gesetzt. Das ergibt auf das ganze Jahr bezogen über 1.200 Sanktionen, die teilweise auch an Personen mehrmals hintereinander natürlich durchgeführt wurden. Diese 1.200 Sanktionen wurden im überwiegenden Großteil wegen mangelnder Bereitschaft, eine zumutbare Arbeit anzunehmen, gesetzt.

Konkret waren im vergangenen Jahr 514 verschiedene Bedarfsgemeinschaften, also Einzelpersonen und Familien von diesen Sanktionen wegen mangelnder Arbeitsbereitschaft

betroffen. Es ist aber auch wichtig an dieser Stelle zu erwähnen, in allen Fällen mangelnder Arbeitsbereitschaft wurde der AMS-Bezug ja sowieso gekürzt und zusätzlich zur AMS-Kürzung wurde noch 1.200 mal auch die Mindestsicherung gekürzt.

Im Jahr 2014 wurde bei einer oberbehördlichen Prüfung untersucht, ob die Bearbeiter auf den Bezirkshauptmannschaften bei mangelnder Arbeitsbereitschaft über Kürzungen korrekt entschieden haben und unter allen Fällen wurde nur ein einziger Fall einer unterlassenen Kürzung festgestellt.

Das Problem ist also nicht, dass nicht oft genug gekürzt wird, wichtiger wäre aus meiner Sicht, dass alle Bezirkshauptmannschaften und Magistrate einheitlich vorgehen. Aus diesem Grund gibt es in meinem Ressort bereits Überlegungen, wie wir in Oberösterreich einen möglichst einheitlichen Vollzug in allen Bezirkshauptmannschaften machen und das auch abgestimmt mit dem Arbeitsmarktservice gestalten.

Natürlich sollen in diesem Prozess die Städte und Bezirkshauptmannschaften eingebunden werden, denn das Ziel muss es ja sein in allen Bezirken ein faires und effektives Unterstützungssystem zu entwickeln, dass die Menschen rasch wieder in den Arbeitsmarkt bringt und nicht nach dem Rasenmäherprinzip bei den Ärmsten der Armen zu kürzen.

Präsident: Dankeschön. Gibt es eine Zusatzfrage? Bitteschön Frau Abgeordnete.

Abg. **Wall:** Ich bin jetzt ein bisschen überrascht über Ihre Antwort betreffend die Sanktionen bei den Aufstockern, die vom AMS Leistungen bekommen und in der Mindestsicherung auch gekürzt werden. Bei einer Veranstaltung, die wir am 12. Februar gehabt haben, habe ich von Ihnen gehört, dass im Fall einer Arbeitsverweigerung Kürzungen, also, wenn vom AMS Kürzungen vorgenommen werden, dass die Mindestsicherung nicht auch noch gekürzt wird von unseren Sozialstellen, so nach dem Motto, einmal bestrafen wäre genug. Also, wie oft wurde tatsächlich im Jahr 2015 eine Kürzung der Mindestsicherung aufgrund einer vom AMS bekanntgegebenen Sperre beim Arbeitslosengeld vorgenommen?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat **Ing. Entholzer:** Also ich hab zum damaligen Zeitpunkt und da habe ich bei den Bezirkshauptmannschaften nachfragen lassen und da ist mir mitgeteilt worden, beim erstmaligen Vergehen, wo das AMS eine Kürzung vornimmt, machen die Bezirkshauptmannschaften nicht auch noch eine Kürzung der Mindestsicherung, weil eine Doppelbestrafung aus ihrer rechtlichen Sicht nicht zulässig ist und daher sollten wir uns auch zusammen setzen und das noch einmal gemeinsam betrachten, was nicht gemacht wird. Theoretisch könnte ja die Bezirkshauptmannschaft, wenn das AMS kürzt, wird ja der Bezug für den Mindestsicherungsbezieher weniger und sie könnten sogar aufstocken rein rechtlich gesehen. Theoretisch möglich, ich sage es nur dazu, aber es ist so, dass es also nicht zu einer doppelten Bestrafung oder einer doppelten Kürzung gekommen ist.

Wenn das mehrfach passiert, ein zweites Mal passiert, wird natürlich auch die Mindestsicherung gekürzt und das sind genau diese 1.200 Fälle, die wir im vergangenen Jahr 2015 auch rein aus Grund der bedarfsorientierten Mindestsicherung gekürzt haben.

Abg. **Wall:** Dankeschön.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Das ist nicht der Fall. Seitens der anderen Klubs? Ist auch nicht der Fall. Herr Landesrat, besten Dank.

Landesrat **Ing. Entholzer:** Bitte gerne.

Präsident: Wir kommen nun zur Anfrage von Herrn Klubobmann Gottfried Hirz an Herrn Landesrat Kommerzialrat Elmar Podgorschek. Bitteschön Herr Klubobmann.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr geehrter Herr Sicherheitslandesrat! Laut Medienberichten sinkt das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung in Oberösterreich, auch Landespolizeidirektor Pils! spricht von steigender Verunsicherung, obwohl die objektiven Zahlen dagegen sprechen. Ebenso wird medial über punktuell auftretende Versuche zur Formation von Bürgerwehren berichtet, sowie über Verhandlungen im Rahmen der BürgermeisterInnenkonferenz im Bezirk Schärding zu einem landesweiten Pilotprojekt zur probeweisen Einsetzung von so genannten „Community-Bürgern“. Welche Informationen liegen Ihnen über die aktuelle Entwicklung zur engeren Einbindung der Bevölkerung hinsichtlich des Vollzugs im Bereich Verwaltungspolizei vor?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat KommR **Podgorschek:** Danke Herr Präsident, geschätzte Mitglieder des Landtags, sehr geschätzter Herr Klubobmann! Ich kann die Antwort ganz kurz geben, nämlich keine. Ich glaube, es liegt da ein bisschen ein Irrtum vor, lieber Herr Kollege, weil bei allem Verständnis für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung muss man unterscheiden zwischen der allgemeinen Sicherheitspolizei und der Verwaltungspolizei. Ich bin ausschließlich für die Verwaltungspolizei zuständig, daher sehe ich keine Möglichkeit, dass ich da dementsprechend tätig werden kann, man kann das natürlich jetzt durchaus noch einmal klarlegen, das werde ich auch gerne tun, was der Unterschied ist zwischen Verwaltungs- und Sicherheitspolizei. Für meinen Bereich bin ich zuständig für die Lebensmittelpolizei, für die Baupolizei, Finanzpolizei, Gewerbepolizei, Veranstaltungs- und Fremdenpolizei, wenn dort Gefahr für Störung der Ordnung auftritt, habe ich auch die Möglichkeit einzuschreiten. Es ist auch noch geregelt unter anderem im Veranstaltungsgesetz, im Oberösterreichischen Spielapparate- und Wettgesetz, dann auch im Sexualdienstleistungsgesetz. Die Sicherheitspolizei ist geregelt im Sicherheitspolizeigesetz, das ist Bundesmaterie, das einzige, was im Bereich Sicherheit in meinen Bereich hineinfällt ist die örtliche Sicherheitspolizei, die haben wiederum nur Kompetenzen in Angelegenheiten der jeweiligen Gemeinden betreffend, also die im Interesse der Gemeinden sind. Da gibt es zum Beispiel ungebührliche Geruchs- und Lärmbelästigung, Maßnahmen zum Schutz städtischer Parkanlagen, bei der Beschädigung und Zerstörung durch freilaufende Hunde, Abwehr durch Ordnungsstörung durch Müllablagerungen und Verbot des Badens in einem Schottersee, das sind jetzt nur so Beispiele.

Das heißt, wenn die Bevölkerung sich jetzt zusammenschließt zu Bürgerwehren, was ich da zum Teil in den Medien lese, oder eben diese Community-Bürger, dann ist das ein freiwilliger Zusammenschluss von Bürgern. Da kann man natürlich unterschiedlicher Meinung sein, ich betrachte das eher als Nachbarschaftshilfe, und persönlich werde ich es auch befürworten, aber ich glaube nicht, dass wir dazu einen rechtlichen Rahmen benötigen. Über das subjektive Sicherheitsbefinden der Bevölkerung lässt sich natürlich trefflich streiten, ich habe da natürlich teilweise eine andere Wahrnehmung, aufgrund dessen wie besorgte Bürger an mich herantreten, da merke ich dann schon teilweise, dass das Sicherheitsempfinden sich

äußerst geändert hat in den letzten Jahren. Ich verweise nur, auch wenn ich von den Medien als Sicherheitslandesrat bezeichnet werde, weiß ich durchaus um meine Kompetenz, ich maße mir nicht an, dass ich jetzt der verlängerte Arm der Frau Bundesinnenministerin bin, sondern diese Kompetenz will ich ihr jetzt nicht streitig machen. Ich habe dennoch als verantwortungsvoller Landesrat und Bürger auch Anfang Dezember dem Herrn Landespolizeidirektor Pilsl einen Brief geschrieben und habe ihn auf die Missstände hingewiesen am Linzer Bahnhof, aber deshalb, weil sich Besorgte an mich gewandt haben, aber das heißt noch lange nicht, dass ich mir Rechte herausnehme, die mir nicht zustehen.

Präsident: Dankeschön, gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Es geht nicht um Schuld oder Nichtschuld, aber es ist so, dass sich Bürgerwehren in Wels und in Steyr via Facebook gegründet haben, es ist ja so, dass der Waffenkauf gestiegen ist und die Pfeffersprays ausverkauft sind. Ich hätte eben gerne gewusst, was Sie als Landesrat von dieser Entwicklung halten bzw. was Sie unternehmen können, um dieses Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen, dass wir nicht in diese Selbstmaßnahmen kommen, vor Ort entsprechende Bürgerwehren zu gründen, den Bürgern die Maßnahmen umhängen?

Landesrat KommR **Podgorschek:** Ich habe es schon ganz deutlich geantwortet, es lässt sich nicht verhindern, dass das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sich ändert. Es lässt sich trefflich darüber streiten, was die Ursache ist bzw. kann ich stundenlang darüber diskutieren ob jetzt diese Flüchtlingswelle, die über uns hereingebrochen ist, die Hauptursache ist. Faktum ist, die Menschen kaufen mehr Pfeffersprays, die Menschen kaufen mehr Waffen, so wurde mir zumindest mitgeteilt, auch die Installierung von Alarmanlagen nimmt zu. Es ist für mich ein Zeichen, dass da in der Bevölkerung durchaus etwas in Bewegung ist, ob berechtigt oder nicht, da lässt sich streiten, das gebe ich vollkommen zu, ich glaube schon, dass es zum Großteil auch berechtigt ist, weil gerade die Vorkommnisse in Köln oder Salzburg haben ja gezeigt, dass da einiges in Bewegung ist. Persönlich kann ich sagen, wenn via Facebook oder via Gemeindebund da Communities entstehen, dann nehme ich das zur Kenntnis, solange sie sich im Rahmen der gesetzlichen Grundlagen bewegen.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Offenbar ist es so, dass im Bezirk Schärding ein Pilotprojekt geplant ist, angeblich hat es am 29. Februar eine BürgermeisterInnenkonferenz gegeben, wo dieses Problem erörtert worden ist nach dem Konzept, es gibt Gemeindebedienstete, die dann bestimmte Bedenken der Bürgerinnen und Bürger entgegennehmen, und sie dann eine Verbindung zur Polizei herstellen. Was wissen Sie konkret über dieses Pilotprojekt bzw. sind Sie in diese Konzeption eingebunden?

Landesrat KommR **Podgorschek:** Nein, da bin ich nicht eingebunden, diese Frage ist daher dem Präsident Hingsamer zu stellen, was der Gemeindebund vorhat. Ich sage, es ist das Recht eines jeden Bürgers, dass er sich eben zusammenschließt, persönlich nehme ich mir nicht das Recht heraus, dass ich mich in Dinge hineinmische, die Kompetenz des Innenministeriums sind.

Präsident: Danke. Gibt es weitere Zusatzfragen? Herr Präsident Hingsamer! (Landesrat KommR Podgorschek verlässt das Rednerpult.) Herr Landesrat, bleibst du noch ein bisschen da?

Abg. **Hingsamer**: Es ist schwierig, weil ich nicht antworten darf, sondern das in eine Frage verpacken darf. (Heiterkeit) Herr Landesrat, eines ist völlig falsch, dass das etwas mit dem Gemeindebund zu tun hätte auf deine Antwort hin. Eines ist richtig, dass es österreichweit zwei Pilotprojekte gibt, eines in Mödling und eines in Oberösterreich für den Bezirk Schärding, wo ein Projekt der Polizei, was die Polizei initiiert hat und sonst niemand, ein Projekt der Polizei ins Leben gerufen wurde, um hier die Kontakte und auch die Informationsflüsse zwischen Bevölkerung und Polizei und im Wesentlichen auch umgekehrt zwischen Polizei und Bevölkerung hier zu vertiefen, nicht mehr und nicht weniger, das Projekt ist gestartet in nur zwei Bezirken in ganz Österreich. Bist du auch bereit diese Aktivitäten in dieser Form zu unterstützen, um auch das gefragt zu haben?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat KommR **Podgorschek**: Herr Präsident, ich habe jetzt auf die Frage gewartet, da sieht man, dass ich nicht diese Information habe, wenn ich Präsident Hingsamer höre und Medienmeldungen, dann denke ich natürlich an den Gemeindebund. Wenn es von der Polizei ausgeht, dann kann ich wiederum nur bestätigen, dass das dann Bundeskompetenz ist, selbstverständlich kann ich das emotional, ich kann das jetzt von mir auch als Parteipolitiker unterstützen, aber als Landesrat habe ich mich da rauszuhalten.

Präsident: Dankeschön, Herr Landesrat, du musst noch ein bisschen dableiben, die Frau Abgeordnete Böker hat auch noch eine Anfrage an dich. Bitte Frau Abgeordnete.

Abg. **Böker**: Ich habe zwar gehört, dass Sie das jetzt nicht wirklich beantworten können, aber ich stelle trotzdem die Frage, nachdem Sie das emotional unterstützen. Der Community-Bürger soll offenbar ein Koordinator zwischen den BürgerInnen und der Polizei sein, es soll fixe AnsprechpartnerInnen auf den Gemeinden geben. Den Medien habe ich entnommen, dass diese Funktion idealerweise die Gemeindemitarbeiter und Gemeindemitarbeiterinnen machen oder übernehmen sollen. Ich bin da ein bisschen skeptisch, in den Gemeindeämtern, wenn man heute und gestern die Zeitungen liest, da ist die Überforderung ziemlich sicher gegeben, gerade im Vorjahr sind auch die Strafzettelabwicklungen des ruhenden Verkehrs von den Bezirkshauptmannschaften auf die Gemeinden übertragen worden. Ich frage Sie nun, auch wenn Sie jetzt nur emotional zuständig sind, werden für den zusätzlichen Arbeitsaufwand in den Gemeinden mehr Stunden zur Verfügung gestellt, es ist natürlich auch eine Frage an Herrn Hingsamer oder Herrn Hiegelsberger, oder soll das im Rahmen der Bürgerservicetätigkeiten zusätzlich gemacht werden?

Präsident: Bitte Herr Landesrat.

Landesrat KommR **Podgorschek**: Danke für die Frage, ich kann wiederum nur emotional antworten, weil diese Frage ist zu richten an meine beiden Kollegen in der Landesregierung Herrn Kollegen Hiegelsberger und an Herrn Kollegen Entholzer, die natürlich für das Gemeinderessort zuständig sind, ob sie den Personalstand bzw. die Kompetenzen erweitern wollen, auch ist die Frage zu stellen an den Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Stelzer, der für das Personal zuständig ist. Grundsätzlich sage ich einmal, wenn die Polizei mit den Gemeinden kooperieren will, wie es in diesem Fall ist, ist es aus meiner Sicht in Ordnung, ich sehe da durchaus Möglichkeiten auch das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu verstärken. Daher würde ich es in diesem Fall emotional befürworten.

Präsident: Danke Frau Abgeordnete. Nächste Frage Herr Abgeordneter Krenn an den Herrn Landesrat. Bitte Herr Abgeordneter.

Abg. **Krenn:** Sehr geehrter Herr Landesrat! Ihre ursprünglichen einführenden Worte, dass Sie eigentlich für den ganzen Sicherheitsbereich nicht zuständig sind, veranlassen mich jetzt zu dieser Frage, ich brauche es auch für meine weitere politische Arbeit. Ist es richtig, dass diese Bezeichnung Sicherheitslandesrat dann eigentlich eine irreführende ist, weil sie mit dem, was die Menschen unter Sicherheit und Sicherheitslandesrat verstehen und damit verbinden, gar nicht zusammenpasst?

Landesrat KommR **Podgorschek:** Das können Sie betrachten, wie Sie wollen, der Begriff Sicherheitslandesrat, den habe ich nicht kreiert, das haben die Medien kreiert. Ich bin für die Sicherheit beim Hochwasser zuständig, für den Katastrophenschutz, ich bin für die Sicherheit im Bereich der Verwaltungspolizei zuständig, vor allem für das Feuerwehrwesen, das hat mit Sicherheit zu tun, also kann man das durchaus so sehen. Ich glaube, man kann von einem verantwortungsvollen Politiker auch erwarten, dass er sehr wohl unterscheiden kann zwischen der Kompetenz des Landes und der Kompetenz des Bundes. (Beifall)

Abg. **Krenn:** Jedenfalls nicht für die öffentliche Sicherheit in diesem Bereich zuständig, ist das richtig?

Landesrat KommR **Podgorschek:** Ich habe das ganz klar und deutlich kundgetan.

Präsident: Danke Herr Landesrat, danke Herr Abgeordneter. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Kompetenzenkatalog lesen!“)

Ich darf aufrufen die Anfrage des Herrn Klubobmann Christian Makor an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Thomas Stelzer.

Abg. KO **Makor:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Stelzer, aus dem Arbeitsübereinkommen von ÖVP und FPÖ geht auf Seite 12 hervor, dass das Innviertel besonders in die Standortüberlegungen für die geplante Fachhochschule im Bereich Agrar(-Technik) einbezogen werden soll. Wie steht es um die Planungen und Vorarbeiten für die Fachhochschule Innviertel im Bereich Agrar(-Technik)?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Stelzer:** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Klubobmann, geschätzte Damen und Herren! Das Arbeitsprogramm der Österreichischen Bundesregierung für die laufende Periode sieht vor, dass die Schaffung von Fachhochschul-Studienlehrgängen für agrarische Themen in Angriff genommen werden soll. Deshalb haben wir es als Partnerschaft innerhalb der Oberösterreichischen Landesregierung für zielführend erachtet, dass wir auf dem aufbauend auch erklären, sollte es dazu kommen, Oberösterreich allergrößtes Interesse hat, dass diese Entwicklung bei uns im Bundesland stattfindet. Die Ausschreibung von Fachhochschul-Studiengängen allerdings liegt ausschließlich beim Bund, beim Wissenschaftsministerium, da darf ich darüber informieren, dass die derzeit laufende Ausschreibung von 200 Master-Studienplätzen im jetzt laufenden Hochschulentwicklungsprogramm die letzte sein wird. Ich hoffe sehr, nur als Nebenbeianmerkung, dass wir als oberösterreichisches Bundesland und Fachhochschulstandort hoffentlich größtmöglich bedient werden, ich rechne noch Ende der Woche mit einer Entscheidung. Aber es steht das Ende der laufenden Hochschulentwicklung da, das heißt, eine Neuausschreibung von zusätzlichen neuen Studienplätzen, egal unter welchem Titel wird wahrscheinlich erst wieder im Jahr 2019 zu erwarten sein. Da möchten

wir uns dann natürlich entsprechend darum bemühen, so ist auch die Formulierung im Regierungsübereinkommen zu verstehen, wo auch drinnen steht, dass wir den Standort im Innviertel auch dafür für geeignet halten würden. Sie wissen ja, dass es immer auch mit unserem Nachbarland Bayern schon Kontakte gegeben hat, ob es hier möglicher Weise Kooperationen gibt, was einen Fachhochschul-Studiengang mit agrartechnischer Ausrichtung anlangt.

Präsident: Danke, gibt es eine Zusatzfrage? Bitteschön Herr Klubobmann.

Abg. KO **Makor:** In Medienberichten Anfang Februar ist bereits davon die Rede gewesen, es wurde ein Landesregierungsmitglied zitiert, dass ein möglicher Start 2018 in Aussicht genommen werden kann, dass insbesondere dies in Kooperation mit den bayerischen Fachhochschulen erfolgen soll oder kann, der Standort Reichersberg genannt wurde, ist das sozusagen in den konkreten Überlegungen enthalten?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Stelzer:** Ich habe schon darauf hingewiesen, dass wir uns auch in unserem Agrarressort darauf vorbereiten, das hier natürlich inhaltlich entsprechend federführend ist. Ausschlaggebend dafür ist für uns der Bund, da bitte ich auch um Unterstützung bei euren Freunden in der Bundesregierung, vielleicht gelingt es, dass wir etwas früher zu den neuen Ausschreibungen von Studiengängen kommen. (Beifall)

Präsident: Zweite Zusatzfrage.

Abg. KO **Makor:** Da geht es genauso um die fachliche Ausrichtung der möglichen Fachhochschule im Innviertel, es hat dazu in den vergangenen Jahren, der Prozess ist ein längerer, überparteiliche Zusammenarbeit zwischen allen Fraktionen im Landtag auf regionaler Ebene gegeben, wo insbesondere Fachrichtungen Richtung Composite, Richtung Maschinenbau unter anderem insbesondere angedacht wären, weil dies für die Region, für die Industrie und Wirtschaft von besonderer Bedeutung wäre. Wie passen derartige Überlegungen mit einer möglichen Agrartechnik zusammen, kann man das irgendwie aufbauend angehen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Stelzer:** Das große Erfolgsgeheimnis der oberösterreichischen Fachhochschulen generell ist ja, dass die Ausbildung und Studiengänge immer danach ausgerichtet werden, wo gibt es Perspektiven, wo gibt es Phantasie auch in der Wirtschaft und in der Industrie? Damit die Leute, die wir dort auch ausbilden, sofort Arbeitsplätze haben, man kann noch immer Gott sei Dank de facto sagen, dass zurzeit rund 5.000 Fachhochschul-Studierende de facto eine Job-Garantie haben. Aus dem Spektrum, aus dem du ansprichst, gibt es natürlich auch Interesse, hier gibt es auch Gott sei Dank eine starke Unternehmerschaft, eine starke Industrie im Lande, auch bei diesem Thema Agrar und Agrartechnik wird es natürlich so sein, dass wir uns mit der Wirtschaft im Vorfeld bei der Erstellung der entsprechenden Curricula zusammensetzen, damit wir dann genau dafür die Ausbildungen schaffen, die dann auch am Markt benötigt werden.

Präsident: Dankeschön, gibt es weitere Zusatzfragen? Das ist nicht der Fall.

Ich rufe auf die Anfrage der Frau Abgeordneten Ulrike Böker, ebenfalls an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Thomas Stelzer.

Abg. **Böker:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Stelzer! Erlauben Sie mir eine kurze Vorbemerkung aufgrund der medialen Berichterstattung, ich habe es in meiner

ersten Wortmeldung schon bezüglich schlanker Verwaltung gefragt, da könnte diese Anfrage nicht aktueller sein als sie ist, ich warne vor einem Kaputtsparen der öffentlichen Verwaltung. Eine große Pensionierungswelle steht dem Landesdienst Oberösterreich bevor, so wird in den nächsten sechs bis zehn Jahren rund die Hälfte der Bediensteten den aktiven Dienst verlassen. Welche konkreten Pläne gibt es, damit diese kommende Pensionierungswelle bewältigt wird, ohne den laufenden Dienstbetrieb zu stören?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Kollegin! Wenn ich den Zeitraum noch etwas konkretisieren darf, es sind nicht die nächsten sechs bis zehn, sondern die nächsten zehn bis zwölf Jahre in denen wir damit zu rechnen haben, dass rund 50 Prozent unserer derzeitigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter den Landesdienst verlassen werden, zum großen Teil aufgrund von Pensionierungen, aber auch aufgrund der immer gegebenen Fluktuation. Das sage ich deshalb besonders hervorhebend, weil unsere Mitarbeiter im Landesdienst ein sehr hohes faktisches Pensionsalter haben im Durchschnitt von 61,6 Jahren, da würden sich manche in anderen Bereichen sehr danach sehnen, wir arbeiten daran, dass dieses faktische Pensionsantrittsalter auch steigt.

Von einem Kaputtsparen in der oberösterreichischen Landesverwaltung kann ich nicht sprechen, ich weiß auch nicht, was du da meinst, weil wir gemeinsam auch das Budget für das Landespersonal beschlossen haben. Was aber stimmt, dass wir gemeinsam mit einem einstimmig getragenen Reformprojekt in den letzten Jahren 650 Dienstposten in der Landesverwaltung eingespart haben, wobei ich auch immer wieder unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danken möchte, auch der Personalvertretung, die hier sehr fair natürlich auch mit der nötigen kritischen Begleitung mitgearbeitet hat, dass dies auch im täglichen Ablauf, vor allem was den Kontakt mit unseren Kunden anlangt, gut bewältigt werden konnte. Sogar in diesem Zeitraum, wo wir die 650 Dienstposten abgebaut haben ist es trotzdem niemals zu einem Aufnahmestopp gekommen, es war bloß eine Reduktion bei Neuaufnahmen feststellbar, wir haben immer in bestimmten Berufsgruppen, bei Lehrlingen, bei Maturantinnen, bei Juristinnen und Juristen auch Aufnahmen vorgenommen, um auch für einen kontinuierlichen Nachwuchs zu sorgen.

Die Maßnahmen, die wir jetzt treffen, und wo wir auch schon zum Teil mitten drinnen sind, um uns auf diese Pensionierungswelle vorzubereiten, sind einmal, dass alle Dienststellen bei uns auf sechs Jahre vorausgesehen eine Personalplanung machen und wir daher nicht überrascht werden von Entwicklungen, sondern uns auch gut darauf vorbereiten können.

Wir stehen aber vor einer Aufgabe, und da bitte ich auch alle um Mithilfe, dass wir uns in diesen nächsten 10 bis 12 Jahren noch stärker als bisher als attraktiver Dienstgeber, auch als Land Oberösterreich, darstellen, weil wir natürlich auch mit anderen im Wettbewerb um die jungen Leute stehen. Da geht es darum, dass wir die Vorteile, die der Landesdienst bieten kann, auch entsprechend beleuchten und vor den Vorhang holen. Das ist natürlich die Arbeitsplatzsicherheit, aber es gibt auch eine Menge anderer, die Vielfalt der Einsatzmöglichkeiten, die Regionalität unserer Arbeitsmöglichkeiten, auch eine markt- und vor allem geschlechtergerechte Entlohnung, und Vorteile, die eben ein Großbetrieb auch ansonsten mit sich bringt.

Ich habe daher im heurigen Jahr ein Projekt gestartet. Es läuft eine Ausschreibung, das nennt sich Employer Branding, um all die Maßnahmen, die wir schon haben in diesem Bereich, zusammenzubündeln und auch noch neue zu finden, um die Attraktivität des Dienstgebers Land hervorstreichen. Ein Zweites, das habe ich schon angesprochen, wir arbeiten daran, und da danke ich auch der Personalvertretung, dass wir durch möglichst

gesundes Arbeiten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch möglichst lang in einem guten, fitten, gesunden Zustand halten und sie daher hoffentlich auch lange an ihrem Arbeitsplatz bleiben können und Personaleinsatz bringen.

Und eine dritte Herausforderung, die möchte ich nicht verschweigen, die ist genauso wichtig zu bewerkstelligen, wie gelingt es uns, bei dieser großen Menge an Fluktuation, ein ordentliches Wissensmanagement zu betreiben, dass eben auch Dinge wie Erfahrungen, einfach ein Wissen, das durch die Tätigkeit erworben wurde, auch auf die neue Generation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weitergegeben wird? Auch hier haben wir schon einige Pilotprojekte quer durch die Landesverwaltung laufen.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage? Frau Abgeordnete Buchmayr bitte.

Abg. Mag. Buchmayr: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Der Gleichstellungsbericht des Landes Oberösterreich zeigt deutlich, dass Frauen in Führungspositionen beim Land immer noch stark unterrepräsentiert sind. Also wir sind bei knapp 30 Prozent in der Funktionsgruppe eins und zwei, genaugenommen 29,5 Prozent. Wir wissen, dass sich Frauen oft gar nicht erst für diese Führungspositionen im selben Ausmaß wie Männer bewerben, weil sie davon ausgehen, bzw. weil intern oft jahrelang Männer auf diese Posten hin gefördert werden, zum Beispiel durch Projektaufträge und Ähnliches, und sie sich daher nur geringe Chancen ausrechnen. Wie gewährleisten Sie uns, dass künftig auch ausreichend Frauen in Führungspositionen beim Land Oberösterreich kommen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Stelzer:** Ich habe schon bei einem der Punkte darauf hingewiesen, dass ein wesentliches Merkmal Gott sei Dank im Landesdienst ist, dass wir vor allem auch geschlechtergerecht entlohnen, es hier zu keinen Differenzen vor allem in den Entlohnungssituationen kommt, und dass es uns auch möglich ist, daran arbeiten wir auch, bei Dingen wie Wiedereinstieg bestmöglich zu begleiten. Bei den letzten Bestellungen von leitenden Funktionen glaube ich, ist durchaus sichtbar geworden, dass wir vor allem auch im Rahmen der Objektivierung hier auch Erfolge erzielen konnten. Denken Sie nur an die Finanzdirektorin, denken Sie nur an einige andere leitende Positionen. Zur Zeit läuft auch gerade die Ausschreibung was die Kinder- und Jugendanwaltschaft anlangt, was die Patientenanzwaltschaft anlangt. Wir werden sehen, was die Verfahren hier bringen. Aber es ist ein stetiger Prozess. Ich glaube, dass sich das Land Oberösterreich was Gleichstellung, was Frauen in Führungspositionen und vor allem was auch gerechte Entlohnungssituationen anlangt, nicht verstecken muss. Aber es ist nie ein Ende des Weges erreicht.

Abg. Mag. Buchmayr: Danke!

Präsident: Danke. Weitere Frage, SPÖ-Klub, Frau Präsidentin.

Dritte Präsidentin: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, unabhängig jetzt von der Pensionierungswelle, die bevorsteht, lässt sich durchaus feststellen, dass in manchen Berufsgruppen, die im Land Oberösterreich angestellt sind, wenn ich konkret an den Jugendbereich denke bzw. auch an den wirklich schwierigen Pflegebereich, also ich würde sagen so typische Frauenberufe, es hier schon entweder eine starke Fluktuation gibt oder auf der anderen Seite auch mehrmals ausgeschrieben werden muss, um auch entsprechend Personal lukrieren zu können. Welche Maßnahmen sind gezielt dort zu setzen, oder hast du daran gedacht, dort entsprechend gezielte Maßnahmen zu setzen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Stelzer**: Das ist tatsächlich eine Herausforderung. Es gibt nach wie vor Bereiche, wo wir uns nicht darüber beklagen können, dass wir nicht ausreichend Bewerbungen hätten, aber es gibt natürlich bei uns im Landesdienst die sogenannten Mangelberufe. Du hast einige davon benannt. Dort habe ich ganz konkrete Maßnahmen bei einem Problemfall auch schon eingeleitet. Da geht es nicht nur um Marketing-Aktivitäten, sondern schon auch um Dinge wie zum Beispiel temporär verbesserte finanzielle Rahmenbedingungen, damit wir auch dort den Arbeitsanfall und vor allem die rechtlichen Aufträge, die unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu erledigen haben, auch entsprechend mit ausreichend Personal erfüllen können.

Dritte Präsidentin: Danke!

Präsident: Danke. Es gibt keine weitere Frage mehr. Dann komme ich zur nächsten Anfrage. Das ist die Anfrage der Frau Abg. Promberger ebenfalls an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Thomas Stelzer.

Abg. **Promberger**: Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Stelzer, Sie werden in den jüngsten Medienberichten mehrfach zitiert, dass in Oberösterreich bereits ab Herbst 2016 die freie Schulwahl bei Neuen Mittelschulen gelten soll. Inwiefern planen Sie bei der von Ihnen angekündigten freien Schulwahl die betroffenen Interessensgruppen, die Schulkinder, Eltern, Lehrkräfte, aber auch die Direktorinnen und Direktoren einzubinden?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Stelzer**: Sehr geehrte Frau Kollegin! Genauso wie es im Land Oberösterreich bei der Änderung von Landesgesetzen gute Tradition hat. Ich habe eine Novelle des Pflichtschulorganisationsgesetzes erarbeiten lassen und in Begutachtung geschickt, wo es darum geht, dass wir eben für die Neuen Mittelschulen einen gemeinsamen, das ganze Land umfassenden Berechtigungssprengel für die Neuen Mittelschulen für alle Schülerinnen und Schüler möglich machen können. Diese Begutachtung läuft. Da sind wie gewohnt auch die diversen Stellen eingeladen, sich damit auseinanderzusetzen und ihre Meinung dazu kundzutun. Begonnen von der Kinder- und Jugendanwaltschaft, über den Landesjugendbeirat, wir haben es auch dem Landesverband der Elternvereine öffentlicher Pflichtschulen zur Verfügung gestellt, dem Zentralausschuss für Landeslehrerinnen und Landeslehrer für APS, dem Zentralausschuss für Landeslehrer für Berufsschulen, dem Landesschulrat, dem Gemeindebund, dem Städtebund, den Schülervvertretungen und es ist auch im Internet abrufbar. Auf Basis dessen, was hier dann an Meinungen hereinkommt, wird es wie üblich eine Regierungsvorlage geben. Ich rechne damit, dass diese im Mai dem Landtag vorgelegt werden kann und dann entscheiden die Damen und Herren Abgeordneten darüber, ob und wann es in Kraft treten kann.

Präsident: Danke. Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Promberger**: Ja bitte. Und zwar, welche finanziellen Auswirkungen hat ihr Projekt auf die Gemeinden bzw. auf die betroffenen Pflichtschulen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Stelzer**: Auswirkungen hat dieses Projekt insofern, dass wir damit alle miteinander, Gemeinden und Land, Bürokratiekosten sparen möchten, weil wir zurzeit rund 5.000 sogenannte Umsprengelanträge im Lande haben, die natürlich einen ordentlichen Verwaltungsaufwand auslösen. Daher wollen wir dem in vereinfachender Weise mit dieser Regelung entgegenkommen. Wenn Sie sich aber die Novelle anschauen, den Begutachtungsentwurf, dann werden Sie feststellen, dass es da drin natürlich Bedingungen gibt, nämlich insbesondere, dass es an den Zielstandorten, wo sich Eltern und

Schülerinnen und Schüler wünschen hingehen zu können, durch diese Maßnahme zu keinen Aufstockungen an Klassen oder gar zur Kubatur kommen darf.

Präsident: Danke. Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Promberger:** Ja, eine Frage hätte ich noch. Und zwar, welche Steuerungsmöglichkeiten werden Sie schaffen, um durch die freie Schulwahl entstehende pädagogische Nachteile auszugleichen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Stelzer:** Ich glaube nicht, dass dadurch pädagogische Nachteile entstehen, weil wir nicht absolutes Neuland betreten, denn wenn ich die ungefähr andere Hälfte der Schülerinnen und Schüler betrachte, die nicht in die Neue Mittelschule gehen, sondern in höhere Schulen, dann ist dort ja seit jeher die „freie Schulwahl“ möglich und daher gibt es ja da genug Erfahrungswerte, dass wir hier, glaube ich, nicht mit pädagogischen Nachteilen rechnen müssen. Ganz im Gegenteil, ich glaube sogar, dass es zu einer Beflügelung der Standorte der Neuen Mittelschulen führen wird.

Abg. **Promberger:** Danke.

Präsident: Danke. Gibt es weitere Fragen? Bitte Herr Abg. Rippl.

Abg. Bgm. **Rippl:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Die freie Sprengelwahl wird womöglich im Bereich des Schülertransports aufgrund des vermehrten Verkehrs zwischen Wohn- und Schulstandorten zu Problemen führen. Wie wollen Sie die Verkehrsdienste im Linien- und Gelegenheitsverkehr koordinieren und finanzieren, damit alle Kinder auch zeitgerecht und sicher transportiert werden können?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Stelzer:** Ich danke sehr für diese Anfrage. Ich nehme an, das wird auch im Begutachtungsverfahren das läuft, eingebracht werden. Das werden wir uns ganz genau auch im Rahmen der parlamentarischen Landtagsdiskussionen anschauen. Aber auch hier darf ich auf die Erfahrungen hinweisen, die wir beim Schulweg der Kinder, die nicht in die Neue Mittelschule, sondern in die höheren Schulen gehen, dass wir auf diese Erfahrungen zurückgreifen werden.

Abg. Bgm. **Rippl:** Danke.

Präsident: Dankeschön. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Hirz.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter! Ich bin ja prinzipiell auch der Meinung, dass man in diese Richtung gehen sollte, die Schulsprengel abzuschaffen. Jetzt sind die Neuen Mittelschulen ja, Schulerhalter ist die entsprechende Standortgemeinde, wenn jetzt die Schulsprengel wegfallen, fallen ja auch die Gastschulbeiträge der Gemeinden weg, die keine Neue Mittelschule haben. Ist daran gedacht, hier irgendwelche finanziellen Ausgleiche zwischen den Gemeinden herzustellen?

Landeshauptmann-Stellvertreter **Mag. Stelzer:** Ich darf nur zitieren, aber ich sage, es ist ein Begutachtungsentwurf, den wir hier auf die Reise geschickt haben, dass es diese Wahlmöglichkeit nur in dem Rahmen geben darf, dass die personellen, räumlichen und schulorganisatorischen Gegebenheiten an der von ihr oder ihm, da ist der Schüler gemeint, gewählten Schule eine Aufnahme zulassen. Schülerinnen und Schüler, die auch dem Pflichtsprengel der von ihnen gewählten Schule angehören, darf eine Aufnahme aus diesen

Gründen nicht versagt werden. Das ist die Grundlage über die wir uns hier entsprechend unterhalten. Daher gehe ich auch davon aus, dass wir mit den sogenannten Gastschulbeiträgen hier keine Probleme bekommen werden.

Präsident: Danke. Gibt es eine weitere Frage? Das ist nicht der Fall. Danke Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Ich begrüße herzlich Frau Monika Wilks mit ihren Schützlingen der Schule in Münzkirchen, Polytechnische Schule aus Münzkirchen. Ich hoffe ihr fühlt euch wohl.

Wir kommen zur nächsten Anfrage. Das ist die Anfrage an Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Pühringer von Frau Abg. Maria Buchmayr.

Abg. Mag. Buchmayr: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Für die Schigebiete Höss und für die Wurzeralm wird ja seit mehreren Jahren von einzelnen Akteuren, unter anderem der Hinterstoder-Wurzeralm Bergbahnen AG ein Zusammenschluss angestrebt, der mit finanzieller Beteiligung des Landes unterstützt werden soll. Aus Sicht des Landes Oberösterreich und der Steuerzahler und Steuerzahlerinnen ist die Wirtschaftlichkeit der für ein solches, doch sehr großes Projekt eingesetzten öffentlichen Finanzmittel natürlich ein sehr wichtiges Kriterium. Wie ist nun der aktuelle Stand dieses Projektes des Schigebietszusammenschlusses Höss-Wurzeralm, das unter anderem ja von der Hinterstoder-Wurzeralm Bergbahnen AG betrieben wird, an der das Land Oberösterreich beteiligt ist?

Präsident: Bitte.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Herr Präsident, hohen Haus, sehr geehrte Frau Abg. Buchmayr! Ich muss dir mitteilen, dass es keinen aktuellen Stand gibt, weil es kein Projekt gibt, das eingereicht ist.

Präsident: Danke. Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. Mag. Buchmayr: Ja!

Präsident: Bitte.

Abg. Mag. Buchmayr: Selbstverständlich! Hier haben wir offenbar etwas weitergehende Informationen. Ich sage es einmal so, es wird ja auch von der WKO Kirchdorf und des Tourismusverbandes Pyhrn-Priel derzeit eine Unterschriftenkampagne durchgeführt, wo unter anderem mit Angaben argumentiert wird, die auf bereits sehr fortgeschrittene bzw. sehr konkrete Projektvarianten schließen lassen. Konkret wird unter anderem angeführt ein Kostenrahmen von 100 Millionen Euro, die naturschonende Durchquerung des Karststockes, dass der Schafferteich nicht unmittelbar berührt wird, also das lässt schon schließen darauf, dass hier ganz konkrete Überlegungen da sind. Dass etwa nur 0,04 bis 0,06 Prozent der in der Pyhrn-Priel Region geschützten Fläche für die Schischaukel genutzt werden würde, und dass eine kürzer Tunnelverbindung weiterhin eine Variante, als sprich durch den Berg, der sich Rossarsch nennt, wird hier diskutiert. Also das schließt schon auf sehr konkrete Überlegungen hin. Jetzt ist natürlich auch wichtig bzw. zu hinterfragen, welche Überlegungen zur Rentabilität der möglichen öffentlichen Zuschüsse im Zuge dieser Diskussion des Projekts des Schigebietszusammenschlusses Höss-Wurzeralm bereits angestellt wurden.

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Frau Abgeordnete, das Schigebiet Hinterstoder, Vorderstoder, Windischgarsten, die gesamte Region ist eine touristisch äußerst engagierte Region. Das hat zuletzt der Weltcup am vergangenen Wochenende wiederum gezeigt, wo über 40.000 Menschen in diese Region gekommen sind. Deine Anfrage gibt mir Gelegenheit, vor allem den über 600 ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die am vergangenen Wochenende im Einsatz in Hinterstoder gestanden sind, ein ganz herzliches Dankeschön auch offiziell von dieser Stelle aus zu sagen. (Beifall)

Zum Zweiten ist es in der Natur der Sache, dass eine erfolgreiche Region natürlich darüber nachdenkt, wie man die gesamte Region weiterentwickeln kann. Dazu gibt es Initiativen der Wirtschaftskammer, der Seilbahngesellschaft, der Gemeinden und so weiter. Aber diese befinden sich allesamt in einem Stadium, dass von einem Projekt, das nach den gesetzlichen Kriterien zu prüfen ist, nicht gesprochen werden kann.

Ich kenne die Anliegen der Region, und für diese habe ich auch großes Verständnis. Denn Schiregionen stehen heute in einem großen Wettbewerb. Uns sind die Ausbauten nicht unbekannt, die im Bundesland Salzburg und im Bundesland Steiermark derzeit passieren, die natürlich zum Teil in direkter Konkurrenz zu unseren Schigebieten stehen.

Dass daher unsere Schigebiete überlegen, wie sie sich weiter attraktivieren können, ist klar. Dass wirtschaftliche Interessensvertretungen usw. dies auch tun, ist klar. Dass die Gemeinden, die davon betroffen sind, dies auch wollen, ist auch klar. Aber jedes Projekt, das vorgelegt wird, muss natürlich einerseits allen Gesetzen entsprechen, bis hin insbesondere dem Naturschutz. Und zweitens muss es eine finanziell darstellbare Sache sein, wo die öffentlichen Zuschüsse auch in einer akzeptablen Größenordnung sein müssen. Aber all diese Fragen können erst geprüft werden, wenn ein konkretes Projekt von einem Projektbetreiber eingebracht wird.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. **Mag. Buchmayr:** Ja.

Präsident: Bitte.

Abg. **Mag. Buchmayr:** Auch wir anerkennen den großen Erfolg des letzten Wochenendes für das Schigebiet Hinterstoder, was auch ganz deutlich bewiesen hat, dass dieses Schigebiet im derzeitigen Istzustand wirklich ganz toll funktioniert. Ein Zusammenschluss mit diesen Planungsvarianten würde natürlich einen Eingriff in das entsprechende Naturschutzgebiet Warscheneck bedeuten. Würden Sie, oder ziehen Sie einen Eingriff in dieses Naturschutzgebiet, wenn die entsprechende Mehrheit da ist, in Erwägung?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Erstens würde ich als Landeshauptmann mich demokratiepolitisch unmöglich verhalten, wenn ich sagen würde, dass ich Mehrheiten nicht akzeptiere. Das ist in der Demokratie so, wenn eine Mehrheit zustande kommt, ist sie von der Regierung zu akzeptieren. Punkt zwei. Wird es in dieser gesamten Region bei Maßnahmen, die die Qualitätssteigerung im Schitourismus anlangt, wahrscheinlich keine Lösung geben, wo man nicht irgendwo ein Naturschutzgebiet kreuzt, wo man in eine Überschneidung mit einem Naturschutzgebiet kommt, etc. Das ist dann zu prüfen. Denn Eingriff ist nicht Eingriff. Es ist auch die Intensität des Eingriffs, die Größe des Eingriffs, wo erfolgt der Eingriff? Diese Fragen sind ja alle von der Naturschutzbehörde zu prüfen. Außerdem ist oft schon auch der Weg gegangen worden, dass man Abtausch gemacht hat.

Dass man dafür andere Flächen in Naturschutzgebiete eingebracht hat. Aber das ist alles nur Fantasie. Das kann man jetzt weder quantifizieren noch qualifizieren in der Aussage. Da braucht es ein konkretes Projekt, und dann kann man sagen, ist das vorstellbar, ist das denkbar, ist das behördlich durchbringbar? Denn es nützt ja nichts, wenn ein politisches Gremium beschließt, das machen wir, wenn dafür keine Bescheidlage gegeben ist, die die Realisierung des Projektes ermöglicht. Das wird alles seinen ordnungsgemäßen Weg gehen. Und am Ende werden diejenigen, die finanzieren, das sind die Eigentümer der Seilbahngesellschaft und natürlich das Land Oberösterreich auch noch die Fragen der akzeptablen Finanzierung zu beantworten haben.

Abg. Mag. Buchmayr: Danke.

Präsident: Danke. Eine weitere Frage hat Frau Abg. Ulrike Schwarz.

Abg. Schwarz: Herr Landeshauptmann, ja, die Erfolge haben gezeigt, es war ein tolles Schigebiet und es ist sehr viel investiert worden dort. Auch Gratulation an unseren Oberösterreicher, der dort sehr gut abgeschnitten hat. Aber Schigebietszusammenschlüsse bzw. diese tollen Pisten sind nur möglich, wenn es viel Beschneigung gibt und wir haben gerade im heurigen Jahr gesehen, wie oft der Schnee, der mit den Kanonen gekommen ist, dann wieder weggeschwemmt worden ist, usw. Also es braucht einfach zusätzliche Investitionen gerade wenn ich auch das Schigebiet erweitere, ganz gleich in welche Richtung, weil halt die Lage meistens unter 1.300 Meter ist. Es braucht zusätzliche Investitionen. Was hat das für Einflüsse aus Ihrer Sicht als Teilbetreiber, und wir bekommen ja auch etwas von der HIWU immer in die Seilbahnholding, für die Preisgestaltung bei den Liftkarten?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Das kann mangels eines konkreten Projektes unmöglich beantwortet werden. Wenn Sie nicht einmal eine Investsumme kennen, wenn Sie nicht kennen, wie die Investsumme aufgestellt wird, dann können daraus keine Folgekostenberechnungen abgeleitet werden. Es wird immer so sein, dass die Liftkarten eine sozial akzeptable Höhe nicht überschreiten dürfen. Denn wir wollen die Schigebiete in Oberösterreich, die ja deutlich kleiner sind und weniger sind wie im benachbarten Salzburg oder in der Steiermark, so gestalten, dass sie für unsere Familien attraktiv bleiben. Da gibt es eben Zumutbarkeitsgrenzen und die wird man einhalten müssen. Man wird auch bei einem Investment daran zu denken haben, dass man nur Teile davon wieder hereinspielen kann über die Höhe des Preises. Was der Region vorschwebt, ist ja ganz etwas anderes. Der Region schwebt vor, dass man durch ein attraktiveres Angebot mehr Besucher bekommt, nicht dass diejenigen bleiben, die hier sind und höhere Preise bezahlen, sondern dass mehr ins Schigebiet kommen und damit auch der Return entsprechend gegeben ist.

Präsident: Danke! Eine weitere Frage hat die Präsidentin Weichsler-Hauer. Bitte, Frau Abgeordnete!

Abg. Präsidentin Weichsler-Hauer: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Im Rahmen der Berichterstattung über den Schiweltcup am vergangenen Wochenende in Hinterstoder wurde ein Treffen gezeigt, das unter dem Titel Geheimgespräch, das dann also doch nicht so geheim gewesen ist, weil es auch gezeigt wurde, zwischen Ihnen, dem Herrn Landesrat Strugl, Herrn ÖSV-Präsidenten Schröcksnadel und dem Geschäftsführer der HIWU-AG Holzinger gezeigt, wo etwas verschmitzt gesagt wurde, es wurde nur die Frage diskutiert, wann der nächste Weltcup in Hinterstoder stattfinden kann. Nachdem dieses Treffen jetzt nicht mehr so geheim ist, erlaube ich mir die Frage zu stellen, was ist zusätzlich diskutiert worden?

Landeshauptmann **Dr. Pühringer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Es war nie ein Geheimtreffen! Der Obmann der Tourismusregion Herbert Gösweiner hat aus seiner Sicht Leute eingeladen, denen er die Pläne oder die Überlegungen, die Ideen für diese Region näher bringen wollte. Da waren ihre Bürgermeister dabei, wie der von Spital am Pyhrn, der sich ganz vehement dafür ausgesprochen hat, zum Beispiel dieses Projekt des Zusammenschlusses zu realisieren, auch hier nicht besonders Rücksicht zu nehmen auf den Naturschutz und so weiter. Ganz vehement! Ich habe ihn auch angesprochen, ob er das mit seiner Fraktion im Land abgesprochen hat? Er hat gesagt, nein, hat er natürlich nicht und die wird auch nicht dafür sein. Es waren dort Bürgermeister der betroffenen Gemeinden, es waren dort Interessensvertreter, es waren die Liffirma und ein paar Unternehmer und Hoteliers versammelt. Gösweiner hat dort die Notwendigkeit der Erweiterung dieses Gebietes vorgetragen. Dann haben sich gemeldet als erster Herr Exenberger, als zweiter der Windischgarstener Bürgermeister und alle Bürgermeister rundum, die einhellig für eine Weiterentwicklung des Gebietes, einige davon dezidiert sich für eine Schiverbindung ausgesprochen haben. Dann haben Hoteliers gesagt, sie verlangen die Weiterentwicklung, damit die Projekte, die sie derzeit führen und die sie planen, sich rechnen. Wir haben uns das ungefähr 40 Minuten angehört, dann haben wir zur Siegerehrung gehen müssen. Es hat dort weder Beschlüsse noch sonst etwas gegeben. Es war überhaupt nichts geheim. Es ist sogar schriftlich eingeladen worden. Den Einladungskreis hat der Obmann der Tourismusverbandes festgelegt und ich war bei diesem Einladungskreis und habe dort das gesagt, was ich hier gerade gesagt habe. Es braucht konkrete Projekte, die müssen naturschutzrechtlich und nach den anderen gesetzlichen Bestimmungen realisierbar und genehmigungsfähig sein. Es braucht ein Projekt, das auch von der finanziellen Höhe her verantwortet werden kann. Dann habe ich mich noch bei den Akteuren dieser Region überhaupt für ihr Engagement im Tourismus herzlich bedankt. Ich glaube, dass ich jetzt ungefähr widergegeben habe, was ich dort von mir gegeben habe.

Präsident: Danke! Es gibt keine weiteren Fragen. Danke Herr Landeshauptmann. Ich erkläre damit die Fragestunde für beendet und wir kommen zur Behandlung des Eingangs und darf unseren Schriftführer, Herrn Abgeordneten Wolfgang Stanek bitten, den Eingang bekanntzugeben.

Abg. Stanek: Ich beginne mit der Beilage 88/2016, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Umweltschutzgesetz 1996 geändert wird. Diese Beilage soll dem Umweltausschuss zugeführt werden.

Beilage 89/2016, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zum Schutzprojekt Lawinen Oberlaussa km 16,600 - km 18,800 L550 Hengstpass Straße Gemeinde Weyer. Diese Beilage soll dem Ausschuss für Infrastruktur zugewiesen werden.

Beilage 90/2016, Initiativantrag betreffend die Einhebung von Anmeldegebühren an der Johannes Kepler Universität Linz. Diese Beilage soll gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Beilage 91/2016, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Kinderbetreuungsgesetz geändert wird (Oö. Kinderbetreuungsgesetz-Novelle 2016). Diese Beilage soll dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zugewiesen werden.

Beilage 93/2016, Vorlage der Oö. Landesregierung betreffend die Genehmigung von Mehrjahresverpflichtungen für Investivprojekte im Bereich des Oö. Chancengleichheitsgesetzes. Diese Beilage soll dem Finanzausschuss zugewiesen werden.

Die nächsten Beilagen, die ich zur Verlesung bringe, sollen alle gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden. Ich werde das bei den einzelnen Beilagen nicht mehr ausdrücklich sagen:

Es handelt sich dabei um die Beilage 94/2016, Initiativantrag betreffend eine Deutschpflicht auf dem Schulareal,

Beilage 95/2016, Initiativantrag betreffend die Sicherung der oö. Bundesheerstandorte,

Beilage 96/2016, Initiativantrag betreffend den Schutz der heimischen IndustriearbeiterInnen gegen Preisdumping,

Beilage 97/2016, Initiativantrag betreffend Verankerung von Bargeld als Zahlungsmittel in der Bundesverfassung,

Beilage 98/2016, Initiativantrag betreffend die Beibehaltung der Beurteilung der Leistungen der Schüler nach Noten (Beurteilungsstufen),

Beilage 99/2016, Initiativantrag betreffend die Reduktion der Familienbeihilfe für Nicht-Staatsbürger.

Ich darf noch einmal wiederholen, dass die Beilagen 94/2016 bis inklusive 99/2016 gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden sollen.

Präsident: Danke, Herr Schriftführer! Die vom Schriftführer verlesenen Beilagen, soweit sie in heutiger Sitzung in dringlicher Behandlung stehen, haben wir auf ihren Plätzen aufgelegt und sämtliche Beilagen wurden Ihnen natürlich auch elektronisch zur Verfügung gestellt. Wie der Herr Schriftführer bereits angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 90/2016 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Einhebung von Anmeldegebühren an der Johannes Kepler Universität Linz. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 90/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Sabine Promberger. Bitte sehr, Frau Abgeordnete.

Abg. Promberger: Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Dieser vorliegende Initiativantrag beschäftigt sich mit der Einhebung von Anmeldegebühren für den Bereich bzw. für die Bachelorstudien Wirtschaftswissenschaften und Sozialwirtschaft. Mit Beginn des Wintersemesters 2016/17 sollen 50 Euro eingehoben werden. Und zwar gibt es eine online-Registrierung für die Aufnahme in eines dieser beiden Studien. Die ist allerdings nur dann gültig, wenn gleichzeitig die 50 Euro überwiesen werden.

Ja, wenn wir uns die Anmeldezahlen ansehen für die beiden genannten Studien, so hat es im Jahr 2012 noch 262 Studienanfänger gegeben für das Bachelorstudium Sozialwirtschaft. Es hat dann diese langen Voranmeldefristen gegeben und prompt ist natürlich auch schon die Anzahl der Anträge gesunken, und so waren 2014 nur noch 94 Personen für das genannte Studium inskribiert. Demgegenüber stehen 280 Studienplätze. Und das ist jetzt das Problem! Es ist nicht eine Anmeldegebühr, vielleicht wenn jemand nicht zum Anmeldeort kommt, dass er das dann zurückerstattet bekäme, sondern die 50 Euro werden auf alle Fälle einbehalten. Das ist ja besonders spannend an dieser Situation, auch wenn es überhaupt keine Anmeldeprüfung gibt.

Es gibt mehr Schritte in diesem Verfahren. Zuerst muss man sich online anmelden, man muss die Prüfungsgebühr überweisen und wenn mehr StudieninteressentInnen wären, als es tatsächlich Studienplätze gäbe, gibt es noch das Motivationsschreiben. All jene, die sich für dieses Studium interessieren, bekommen diese Information und sie müssen dann ein Motivationsschreiben schreiben. Wenn sich dann aufgrund dieses Motivationsschreibens herausstellt, jetzt sind eh schon weniger Anmeldungen als wir Studienplätze zu Verfügung haben, gibt es keinen Aufnahmetest, die 50 Euro werden aber trotzdem einbehalten.

Ich glaube wir wissen, dass in Österreich Bildung so stark vererbt wird wie überhaupt noch nie. Wenn man sich anschaut, wer die Studienanfänger sind, dann sehen wir, dass Kinder, die aus Familien kommen, die Eltern haben, die eine akademische Ausbildung oder eine Matura haben, dreimal so viel sind, wie Kinder, die aus einer sogenannten bildungsfernen Schicht, wie das seit neuesten heißt, kommen. Ich glaube, das ist eine zusätzliche Hürde für Menschen, die sowieso wenig Geld haben, dass man sagt, jetzt kommen noch einmal 50 Euro Anmeldegebühr dazu. Ich habe ein Verständnis, wenn es eine Situation gibt, wenn Plätze zur Verfügung gestellt werden, wenn man Räume anmieten muss, wenn eine Vielzahl an Studentinnen und Studenten sich anmelden und dann nicht kommen, dass damit Kosten verursacht werden und dass man damit eine gewisse Verbindlichkeit schaffen kann. Über das kann man diskutieren. Wo ich glaube, wo das Ende erreicht ist, wenn man sagt, es gibt 50 Euro Anmeldegebühr, die für einen Test eingehoben wird, wenn dieser Test dann nicht einmal stattfindet. Ich glaube, wir sollten uns dann doch überlegen, ob man über diesen Umweg nicht Studiengebühren einfach einführen will. Ich denke, es ist der falsche Weg. Ich glaube, wir brauchen gerade in Österreich, aber speziell auch in Oberösterreich die Möglichkeit für Menschen, die sich für ein Studium interessieren, dass sie das auch machen können. Es darf nicht von den finanziellen Möglichkeiten der Familie, aus der sie kommen, abhängen. Wir bemühen uns ja auf der anderen Seite auch, dass wir ein möglichst breites Angebot in Linz haben. Wie anders könnte man es verstehen, dass es auch möglich ist, Medizin zu studieren? Wenn wir jetzt über diese Möglichkeit wieder eine Einengung schaffen, wieder weniger Studierende in Linz zu haben, glaube ich, tut uns das auch als Studienort nicht gut. Wir wissen, dass viele Personen und viele junge Menschen, die in einem anderen Bundesland studieren, auch in diesem anderen Bundesland bleiben und dort dann auch arbeiten. Das heißt, die verlieren wir auch auf Dauer in Oberösterreich. Das kann nicht der richtige Weg sein! Deshalb dieser Antrag, deshalb auch das Ersuchen an die Landesregierung, sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten dafür einzusetzen, dass es zu diesen 50 Euro nicht kommt. Danke!

Präsident: Danke, Frau Abgeordnete! Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Silke Lackner. Bitteschön!

Abg. Mag. Lackner: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Für meine Fraktion möchte ich vorweg festhalten, dass wir der Dringlichkeit nicht zustimmen werden, weil wir über diesen Antrag noch ausführlich im Ausschuss diskutieren wollen. Wie schon berichtet worden ist, ist ab dem kommenden Wintersemester an der JKU geplant, von den Studenten der Studienrichtungen Sozialwirtschaft und Wirtschaftswissenschaften Anmeldegebühren einzuheben. Es gibt sicherlich einen Diskussionsbedarf darüber, ob diese Gebühren als eine Art Ansporn gesehen werden können, um ein Studium rasch fertig zu stellen. Immerhin argumentiert es die Universität ja damit, dass viele Studierende jahrelang keine Prüfungen ablegen. Bei den Wirtschaftswissenschaften sind es ja beispielsweise 40 Prozent. Dadurch werden unter anderem auch öffentliche Mittel finanzieller Ausbildungsleistungen durch Langzeitstudenten gebunden. Aber auch andere Universitäten überlegen Anmeldegebühren einzuführen. Die

Begründungen anderenorts liegen mitunter bei der mangelnden Verbindlichkeit bei den Anmeldeverfahren. Auf der anderen Seite verstehe ich auch, dass diese Gebühr vielleicht für den einen oder anderen Studenten eine zusätzliche finanzielle Hürde darstellen könnte. Daher sollten wir darüber noch ausführlich diskutieren, ob es auch ein Stipendium dafür geben könnte.

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie bereits gesagt, wir werden der Dringlichkeit heute nicht zustimmen und über die unterschiedlichsten Punkte gerne im Ausschuss beraten. (Beifall)

Präsident: Dankeschön! Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr KO Gottfried Hirz. Bitteschön, Herr Klubobmann!

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nachdem Kollegin Lackner schon gesagt hat, dass sie nicht zustimmen wird, sage ich gleich vorweg, wir werden diesem Antrag zustimmen. Wiewohl ich glaube, dass die Situation sicherlich ein Stück differenzierter zu sehen ist, als in dem Antrag herauskommt. Es ist so, dass seit dem 1. März an den österreichischen Universitäten Voranmeldungen für jene Studienfächer gestartet sind, wo die Studierenden Aufnahmetests machen müssen. Erstmals werden diese Studienwerber auch eine Gebühr zahlen müssen, konkret eine Anmeldegebühr für die Aufnahmetests. Ich würde es eher Registrierungsgebühr nennen, weil ja das unabhängig ist, ob man den Aufnahmetest macht oder nicht. Die Universitäten entscheiden autonom über die Höhe. In Österreich sind das zwischen 50 Euro und 110 Euro, die verlangt werden. Die Universitäten reagieren laut eigener Angaben darauf, weil es eine mangelnde Antrittsdisziplin bei den Studienwerbern und Studienwerberinnen gibt und sagen, dass teilweise in den letzten Jahren weniger als die Hälfte zu den Aufnahmeprüfungen gekommen sind, als sich angemeldet haben. Die österreichische Universitätskonferenz und das Wissenschaftsministerium haben darauf die Einhebung der Gebühren beschlossen. Gesetzlich ist es möglich. Es gibt eine Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes, dass dieses möglich ist. Ich würde auch sagen, dass es sich ein Stück unterscheidet von den Studiengebühren.

Die JKU hat jetzt 50 Euro für die Studienrichtungen Wirtschaftswissenschaften und Sozialwissenschaften beschlossen, wobei und da gebe ich meiner Vorrednerin Recht, das unabhängig gesehen wird, inwieweit es eine soziale Bedürftigkeit gibt, ob das Studienbeihilfenempfänger sind oder nicht, ob der Aufnahmetest überhaupt durchgeführt wird oder nicht, ob er bestanden wird oder nicht. Da glaube ich auch, dass man nachjustieren sollte. Es ist ja auch so, dass an der JKU noch nie ein Aufnahmeverfahren stattgefunden hat, weil die Aufnahmezahlen immer geringer waren als Studienplätze vorhanden waren. Das halte ich auch für fragwürdig. Das ist auch der Grund, warum sich die österreichische Hochschülerschaft ganz massiv gegen diese Anmeldegebühr ausspricht und ich kann diese Kritik auch nur ein Stück insofern teilen, weil ich glaube, dass diese Anmeldegebühr eigentlich eine Symptombekämpfung darstellt. Das heißt, wir brauchen eine ordentliche Ausfinanzierung der Hochschulen. Wir brauchen eine Anhebung der Universitätsbudgets und wir brauchen vor allen Dingen eine verbesserte Infrastruktur, universitäre Infrastruktur. Wir Grüne stehen für einen offenen Hochschulzugang. Da muss man natürlich auch entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen. Ansonsten, glaube ich, werden die Universitäten weitere Symptombekämpfungsmaßnahmen entwickeln. Ich sage auch dazu, unabhängig, ob heute dieser Antrag diesen Landtag passieren wird oder nicht, halte ich es für wichtig, dass wir in diesem Bereich in eine Kommunikation treten, sowohl mit den Rektoren als auch mit dem Wissenschaftsministerium und vor allem konkret auch mit der JKU, um diese Gebühren entsprechend zu überdenken. Danke!

Präsident: Danke Herr Klubobmann! Ich darf als Nächste Frau Abg. Manhal das Wort erteilen. Ich bitte im Interesse der Redner, den Lärmpegel hier im Saal so zu halten, dass die Redner auch gehört werden.

Abg. **Mag. Dr. Manhal:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unser Zugang zum Thema Bildungszugang ist etwas differenzierter als jener der SPÖ. Bildung muss für alle Menschen möglich sein. Ich sage bewusst, möglich und nicht frei. Was meine ich damit? Wenn etwa der bisher freie Zugang, wie beim Bachelorstudium der Wirtschaftswissenschaften oder Sozialwirtschaft, viele Menschen, aus welchen Gründen auch immer, dazu veranlasst, sich anzumelden und wenn diese Menschen dann über Jahre hinweg keine Prüfung ablegen, dann schwächen sie die Struktur für jene, die ihr Studium bewusst ausgewählt haben und auch wirklich absolvieren möchten. Der absolut schrankenlose Zugang zur Bildung kann also dazu führen, dass sich Bildungsmöglichkeiten für Bildungswillige verschlechtern. Das kann ja wohl nicht im Interesse einer ernstgemeinten Bildungspolitik sein.

In dieselbe Kerbe schlägt auch die Präsidentin der österreichischen Rektorenkonferenz, wenn Sie in der gestrigen Ausgabe der Oberösterreichischen Nachrichten mit den Worten zitiert wird, ich zitiere wörtlich: „Es braucht mehr Zugangsbeschränkungen, sonst kann man die Qualität der Ausbildung nicht mehr sichern!“ Die durchgeführte Kostenbeteiligung, Kollegin Promberger, ist nicht eine zusätzliche Hürde, sondern sie hat einen regulierenden Charakter. Sie verfolgt das Ziel, nicht ausreichend interessierte Studienwerber vom Studium abzuhalten.

Und das muss wohl im Sinne derer sein, die sich für ein Studium ernsthaft interessieren und die die Studienentscheidung auch entsprechend reflektiert haben. Das muss aber auch im Sinne einer verantwortungsbewussten und effektiven Finanzpolitik sein. Denn schließlich handelt es sich bei der Finanzierung öffentlicher Unis überwiegend um Steuergelder, die eingesetzt werden. Und schließlich ist es im Sinne aller angehenden Studenten, sich im Vorfeld genau mit der Studienwahl auseinanderzusetzen.

Die Aufregung der SPÖ entlarvt sich zudem auch deswegen als künstliche, weil mit der Hochschülerschaft vereinbart wurde, dass die Anmeldegebühren ausschließlich für Maßnahmen im Interesse der Studenten verwendet werden. Die Beiträge kommen also am Ende des Tages wieder jenen zugute, die sie entrichtet haben. Die konkreten Einsatzgebiete werden auch mit dem ÖH-Vorsitz abgestimmt.

Ganz offensichtlich versucht die SPÖ also mit diesem Antrag einen Bildungsklassenkampf zu inszenieren. Wir machen da nicht mit. Wir sehen diesen Antrag auch nicht als dringlich und werden daher die Dringlichkeit heute ablehnen. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 90/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der Grünen heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist, dass er keine Mehrheit bekommen hat.

Wie der Herr Schriftführer bekanntgegeben hat, wird die Beilage 94/2016 ebenfalls keinem Ausschuss zur Vorberatung zugewiesen. Diese Beilage 94/2016, hier handelt es sich um den Initiativantrag betreffend eine Deutschpflicht auf dem Schulareal. Hierzu ist ebenfalls ein

Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich, über den ich gleich die Wechselrede eröffne. Und bekanntgeben möchte ich noch, dass der Geschäftsantrag mit der Beilagen Nummer 90/2016 dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zur weiteren Vorberatung zugewiesen wird. Ich eröffne nun die Wechselrede über die Beilage 94/2016.

Und zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Mag. Regina Aspalter. Bitteschön Frau Abgeordnete!

Abg. Mag. Aspalter: Es geht um die Deutschpflicht auf dem Schulareal und in Anbetracht der steigenden Zahl von Schülern und Schülerinnen mit nichtdeutscher Muttersprache halten wir es für wichtig, Deutsch als Schulalltagssprache zu stärken. Nicht nur innerhalb des Unterrichts, sondern auch darüber hinaus soll an unseren Schulen das Sprechen und damit das Erlernen der deutschen Sprache forciert werden. Laut einer Stellungnahme der Direktion Verfassungsdienst steht einer verpflichtenden Anordnung an unsere Schülerinnen und Schüler, für die sprachliche Kommunikation Staats- und Unterrichtssprache Deutsch zu verwenden bzw. auch einer Empfehlung staatlicher Organe in eine solche Richtung, verfassungsrechtlich grundsätzlich nichts entgegen.

Zur Durchsetzung wurden drei Varianten aufgezeigt. Erstens ist es möglich durch gesetzliche Bestimmungen im Schulunterrichtsgesetz. Dazu bedarf es eines Mehrheitsbeschlusses im Nationalrat. Zweitens gäbe es die Möglichkeit über eine Regelung in der Schulordnung, und hier brauchen wir eine Verordnungsänderung im Bundesministerium. Die dritte Möglichkeit ist die Regelung in der jeweiligen Hausordnung in der Schule. Und dazu bedarf es eines Beschlusses im jeweiligen Schulforum bzw. Schulgemeinschaftsausschuss.

Vor dem Hintergrund dieser steigenden Zahlen ist es dringend geboten, durch eine Änderung des Schulunterrichtsgesetzes oder eben der Schulordnung sicherzustellen, dass die deutsche Sprache Schulalltagssprache ist und bleibt. Der Landesschulrat für Oberösterreich hat gerade in den letzten Tagen dahingehend auch einen Formulierungsvorschlag an alle Schulen übermittelt und die Empfehlung ausgesprochen, diesen Passus in die Hausordnungen aufzunehmen.

Ich möchte betonen, es geht um keine Wertung, sondern es geht um eine Forcierung des Spracherwerbs. Es geht um eine möglichst umfassende Verwendung der deutschen Sprache und somit auch um eine möglichst umfassende und schnelle Integration. Ich ersuche um Zuerkennung der Dringlichkeit. (Beifall)

Präsident: Dankeschön Frau Abgeordnete! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Thomas Punkenhofer. Bitteschön!

Abg. Bgm. Punkenhofer: Danke Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, liebe Besucherinnen und Besucher! Ich darf es gleich vorwegnehmen, wir werden dieser Dringlichkeit nicht zustimmen, denn die Begründung liegt darin, dass es keine Dringlichkeit gibt. Und das darf ich auch im Detail noch einmal erläutern. Die Dringlichkeit basiert im Wesentlichen auf zwei Faktoren und meine Vorrednerin hat schon jetzt angesprochen, Hintergrund der steigenden Zahlen, ja, und in der Begründung der Resolution lesen wir, dass wir aktuell 1.409 Flüchtlingskinder in den Pflichtschulen haben. Ich würde gerne eine Frage stellen. Wie viele Pflichtschülerinnen und Pflichtschüler gibt es in Oberösterreich? Das weiß man nicht auswendig, ich habe es mir erhoben. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „105.000!“) Danke Herr Klubobmann, 105.454, großartig, großartig! (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr:

„Zur Information, brauchst nicht nachschauen, brauchst nur mich fragen!“) Und jetzt wollen Sie mir erklären, dass im Verhältnis 105.000 Pflichtschüler zu 1.400 wir eine großartige Dringlichkeit haben, damit wir Hausordnungen, damit wir das gesamte Schulorganisationsgesetz verändern müssen? Das ist ein bisschen abenteuerlich aus meiner Sicht. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Sind 1.500 Kinder nichts wert?“) 1.500 Kinder sind extrem viel wert, 105.000 Kinder sind auch extrem viel wert. Nur eine Gesetzesänderung aufgrund einer Anzahl von 1,3 Prozent ist ein bisschen übertrieben aus meiner Sicht. Sie können eine andere Meinung haben, das ist Ihnen natürlich freigestellt.

Die zweite, ganz interessante Begründung ist, dass es ja hier eine Formulierung gibt, dass man hier verfassungsrechtlich etwas ändern könnte. Ich würde das jetzt gerne vorlesen, damit das wirklich auch alle wissen. Also die rechtsgutachtliche Stellungnahme der Direktion Verfassungsdienst beim Amt der Oö. Landesregierung sagt: Stehen einer verpflichtenden Anordnung an Schülerinnen und Schülern, für die sprachliche Kommunikation in den Pausen sowie vor und nach den Unterrichtseinheiten die Staats- bzw. Unterrichtssprache Deutsch zu verwenden bzw. einer Empfehlung staatlicher Organe eine solche Richtung verfassungsrechtliche Erwägung nicht grundsätzlich entgegen. Super Formulierung, heißt original nichts. Das heißt original gar nichts, weil grundsätzlich steht dem nichts entgegen, ist eine Aussage, wo man es sich aussuchen kann ob es das oder das heißt. Viel deutlicher interessanterweise wird das angesprochene Bildungsministerium, das sagt nämlich, das Festlegen von Deutsch als einzige außerhalb des Unterrichts in der Schule zulässigen Sprache bzw. das Verbot einer bestimmten bzw. mehrerer Sprachen im Rahmen von Hausordnung oder Verwaltungseinheiten ebenfalls ein Widerspruch zur Achtung des Privat- und Familienlebens gemäß Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention und zu Artikel 1 Bundes-Verfassungsgesetz über die Rechte des Kindes steht und daher unzulässig ist. Das sagt das zuständige Bundesministerium. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Mit der Heinisch-Hossek wird es kein gutes Bildungssystem geben!“)

Ich sage Ihnen eines, liebe Kolleginnen und Kollegen der FPÖ und ÖVP! Tun wir nicht die Kinder schikanieren, sondern machen wir ein ordentliches Bildungssystem, weil dann haben wir auch eine Chance, dass diese Kinder eine Zukunft haben. Danke. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Gottfried Hirz.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Der Antrag an den Bund, die Deutschpflicht in den Pausen zu beschließen ist ein Antrag der nicht unerwartet kommt, nachdem man ja das in Oberösterreich nicht beschließen kann. Das ist ein schwarz-blaues Prestigeprojekt, Deutschpflicht in den Pausen, das soll also durchgezogen werden. Es handelt sich offensichtlich um die wichtigste bildungspolitische Maßnahme, die Schwarz-Blau momentan machen möchte und auf die man sich einigen hat können. (Beifall)

Ich sage trotzdem, auch wenn du mir jetzt hereinschreist, diese Forderung ist populistisch, die ist pädagogisch fragwürdig und die ist rechtlich bedenklich. Und dazu kommt noch, dass ÖVP und FPÖ in der Regierung jegliche Handhabe fehlt, das auch entsprechend sicherzustellen, dass die Deutschpflicht in den Pausen und am Schulhof eingeführt werden kann. Jetzt ist halt der Landeschulratspräsident Enzenhofer zu Hilfe gesprungen und hat gesagt, okay schlagen wir einen Text vor, das ist ein Nonanet-Text, der jetzt sozusagen in die Hausordnungen hineinkommen soll, wobei man auch dazu sagen muss, dass auch die

Hausordnungen nicht von der Landesregierung per Verordnung beschlossen werden können, sondern dass die Schulen in Autonomie entscheiden können. Dafür hätten wir also das ganze Tamtam nicht gebraucht.

Und jetzt liegt dieser Antrag heute vor und dieser Antrag ist nichts anderes als das Eingeständnis der Kompetenzlosigkeit von Schwarz-Blau in Oberösterreich in dieser Frage. Schwarz-Blau kann diese Deutschpflicht Gott sei Dank nicht einführen, kann nicht sicherstellen dass Deutsch gesprochen werden muss in den Pausen an den oberösterreichischen Schulen. Jetzt bleibt also nichts anderes übrig, als dass wir eine Resolution schreiben an die Bundesministerin, an den Bund, die Deutschpflicht gesetzlich in das Schulunterrichtsgesetz hineinzugeben. Das ist die nächste populistische Nebelgranate, weil die Bundesministerin schon gesagt hat, dass sie das nicht tun wird, dass sie das für verfassungswidrig hält und dass ein derartiges Gesetz wahrscheinlich auch beim Europäischen Menschenrechtsgerichtshof nicht standhalten wird.

Was die ÖVP betrifft, ist das eine Hundertachtziggradwende, die da vollzogen wird. Ich behaupte jetzt einmal, dass das also eine der wichtigsten bildungspolitischen Forderungen der FPÖ auch in der letzten Periode war und die ÖVP wird jetzt der Fahnenträger dafür. Viermal haben wir so einen Antrag gehabt im Oberösterreichischen Landtag, viermal wurde er abgelehnt, auch mit den Stimmen der ÖVP. Und ich glaube, dass das nicht mit Gedächtnisverlust zu tun hat. Ich glaube, dass da wirklich auch eine ideologische Neuausrichtung da ist und ich möchte nur noch erinnern an die von mir sehr geschätzte ÖVP-Kollegin, die Abgeordnete Bezirksschulinspektorin Astleitner, die bei einem dieser Anträge hier an diesem Rednerpult ganz klare Worte gefunden hat und ich zitiere sie sinngemäß: „Kinder, die in eine fremde Umgebung kommen und nicht Deutsch können, müssten stumm bleiben, wenn sie nicht in ihrer Sprache miteinander reden dürfen.“ Und ich glaube, das sollte man sich noch einmal gedanklich vor Augen führen, was das bedeutet. Ich glaube, sie hat absolut Recht.

Und ich möchte an dieser Stelle auch noch einmal klarstellen, wir wollen auch, dass die Kinder möglichst schnell Deutsch lernen. Natürlich sollen sie die bestmöglichen Deutschkenntnisse möglichst schnell erzielen. Das ist ja auch der Sinn der Schule und die Pädagoginnen und Pädagogen machen das ja auch jetzt schon und das ist ja Praxis an den Schulen, dass man die Kinder auffordert auch entsprechend Deutsch zu reden. Aber die Deutschpflicht ist etwas anderes. Viel sinnvoller wäre ja, wenn man das wirklich will, dass man die Stundenkontingente für Deutsch als Zweitsprache erhöht. Ich bin selbst Deutschlehrer, ich habe selbst diesen Unterricht auch gemacht. Ja, das hat wahrscheinlich den meisten Sinn, als wie sich zu überlegen, ob man jetzt in irgendwelche gesetzlichen Forderungen hineingeht. Noch dazu mit der Frage, was ist denn die Konsequenz, wenn das nicht stattfindet? Und ich kann nur sagen, Kindern mit nichtdeutscher Muttersprache, wie kann man denn denen am besten und am schnellsten Deutsch lernen? Sicher nicht, indem man ihnen vorschreibt, ihr müsst am Pausenhof Deutsch reden und das sagen ja auch die entsprechenden Linguistiker, dass die Deutschpflicht nicht lernfördernd ist und dass man die Muttersprache der Kinder eigentlich auf ein Defizit entsprechend reduziert. Und das wirkt sich auch aus auf die Identität und das Selbstbewusstsein.

Und in diesem Sinne möchte ich nur sagen, glaube ich ist es an der Zeit, wieder zur politischen Vernunft zurückzukehren und wahrscheinlich auch Zeit und notwendig, zum pädagogischen Hausverstand zurückzukehren und deshalb möchte ich Sie auffordern, diesem Antrag heute nicht zuzustimmen. Danke. (Beifall)

Präsident: Dankeschön. Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Herwig Mahr. Bitteschön.

Abg. KO **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Gottfried, du möchtest immer, dass natürlich auch Deutsch gesprochen wird. Wir setzen es halt um. (Zwischenruf Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz: „Ach geh!“)

Herr Kollege Punkenhofer! 105.000 Schüler haben wir in der Pflichtschule und ich darf die Zahlen ergänzen, 19 Prozent davon nicht deutsche Muttersprache. Es gibt eine zweite Zahl, 14.200 Volksschüler haben wir, davon können 6.300 dem Regelunterricht nicht mehr folgen, das heißt 44 Prozent. So weit sind wir schon. Dass da extremer und zügiger Handlungsbedarf gefordert ist, ist, glaube ich, selbstredend.

Ich möchte ja nur eines wissen, meine Damen und Herren! Was machen denn diese Schüler in der Pause, wenn in einer Klasse 10, 12 unterschiedliche Nationalitäten sind? Glaubst du, dass die im Pausenhof Englisch oder Französisch reden? Nein, sie sollen Deutsch sprechen und daher ist es für uns ein Anliegen! (Beifall) Wenn hier in Österreich Deutsch gesprochen wird, dann ist es die logische Konsequenz, dass in der Schule, aber auch im Schulhof, in den Pausen, deutsch zu sprechen ist. Denn wenn er aus der Schule kommt, steht er im Arbeitsleben. Und was glaubst du, wie dort gesprochen wird? Da wird auch nicht Englisch und Französisch gesprochen, da wird auch Deutsch gesprochen. (Unverständliche Zwischenrufe) Ja das ist doch die High-Ebene, aber der Normalverbraucher, das kann es ja doch nicht sein. Ihr lebt doch alle am Mond, meine Damen und Herren! Das kann ja doch wirklich nicht sein, wenn wir mittlerweile 65 Klassen haben, wo 100 Prozent nicht deutsche Muttersprache ist. Wir haben Probleme und wir müssen sie endlich einmal angehen. Und das hat nichts mit Populismus oder sonst irgendetwas zu tun. Wir haben Deutsch als Schulsprache und wir werden auch in Zukunft Deutsch in den Pausen und sonst überall sprechen müssen, damit Integration funktioniert. Ich komme aus Traun bitteschön, wir haben 89 Prozent nicht deutsche Muttersprache teilweise im Schnitt in einzelnen Schulen. Das sind Probleme und die müssen wir endlich einmal angehen. Und wir müssen auch den Mut dazu haben und nicht immer so tun. Und ich sage dazu, Probleme oder Herausforderungen gehen ja nicht weg, wenn man sie verschweigt oder wenn man sie totschweigt oder sonst irgendetwas. Daher müssen wir es angehen und wir werden es auch angehen und auch durchsetzen. (Beifall)

Präsident: Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zu Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 94/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 95/2016 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 95/2016 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Sicherung der oberösterreichischen Bundesheerstandorte. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich und ich darf über den Antrag, dass der Beilage 95/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede eröffnen.

Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Hermann Krenn. Bitteschön Herr Abgeordneter!

Abg. **Krenn:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, werte Zuhörer und Zuhörerinnen! Wir kommen jetzt zu einem Bereich, wo Deutsch gesprochen wird und Fremdsprachen gewünscht werden: zum Bundesheer.

Geschätzte Kollegen! Unser vorliegender Antrag, auf der einen Seite zur Kaserne Freistadt, diese als Ausbildungsstätte zu erhalten und die Stellungsstraße und die Ergänzungsabteilung für Stellungspflichtige in Linz zu belassen sowie in weiterer Folge die Objekte 4 und 6 für das Abwehramt, für das Heeresnachrichtenamt und den Nachrichtendienst und die Führungsunterstützung zu nützen sollte eigentlich, wenn ich die Wortmeldungen, die Medienmeldungen der letzten Zeit betrachte, eigentlich die Unterstützung aller erhalten. Zur Stellungsstraße, Ergänzungsabteilung ist in unserem Antrag noch mit drinnen, dass das Gebäude 11 mit Liegenschaften und Lagerflächen einer anderen Verwertung zugeführt werden könnte.

Wir hätten damit auf der einen Seite mit dieser Variante sowohl den Wunsch nach dem Erhalt der Bundesheerstruktur in Oberösterreich bedient, als auch die immer wieder genannte Forderung, finanzielle Mittel zu beschaffen, erfüllt. Der Wert, der sich vor allem für die Wirtschaft ergibt, liegt insbesondere in der Stadt Freistadt ebenfalls auf der Hand. Dieser Antrag ergänzt auch einen Bereich, einen Antrag, den wir heute noch behandeln werden, 80/2016, Initiativantrag betreffend die Stärkung des Bundesheers für Aufgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und den Ausschussbericht 85/2016, Bericht des Sicherheitsausschusses über die Stärkung des Bundesheers für Aufgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Wo es um Änderungen, um Rückstellungen im Strukturpaket des Bundesheeres geht. Mit der von Minister Doskozil in den letzten Tagen verfüigten Aussetzung des Maßnahmenpaketes ist ein erster wichtiger Schritt bereits erfüllt.

Nun ist es meiner Meinung nach an der Zeit, dass auch wir geschlossen auf den Plan treten und gemeinsam für das Bundesheer eintreten, den Einsatz für Oberösterreich und das Bundesheer verstärken, um so dem gewünschten Ziel näher zu kommen. Dem Ziel auf der einen Seite, dass wir für unsere Jugend, für unsere Jungen die Stellungsstraße erhalten, gleichzeitig auch Ausbildungsstätten in Oberösterreich belassen. Sodass nicht eintreten muss, dass unsere Jugend, unsere jungen Burschen in einem anderen Bundesland ihre Wehrpflicht machen müssen, ihre Wehrpflicht erfüllen müssen. Denn das hat auf der einen Seite wirtschaftliche Nachteile! Denn längere Fahrten, längere Anreisezeiten bedeuten natürlich auch einen wirtschaftlichen Einschnitt für die Jugend. Aber auch, und das muss man auch so sagen, darf man ruhig auch so sagen, einen Freizeiteinschnitt. Denn wenn ich die Möglichkeit habe, öfter nach Hause zu fahren, weil ich eben in der Nähe wohne, ist das etwas anderes, als wenn ich sozusagen auspendeln muss.

Ja und was es für Freistadt bedeutet, 50 Arbeitsplätze zu erhalten, brauche ich Ihnen auch nicht näher erläutern. In dieser Größenordnung, und in der heutigen Zeit sind 50 Arbeitsplätze, die erhalten werden oder eben nicht da sind, schon ein gewaltiges Plus. Ich ersuche Sie deshalb gemeinsam hier für Oberösterreich einzustehen und unseren Antrag zu unterstützen. Dafür sage ich Ihnen jetzt schon danke. (Beifall)

Präsident: Dankeschön! Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Michael Gruber. Bitteschön Herr Abgeordneter!

Abg. **Gruber:** Herr Präsident, hohes Haus, geschätzte Damen und Herren und Jugendliche auf der Galerie und an den Bildschirmen! Geschätzter Herr Kollege Krenn, an und für sich haben Sie alles gesagt, diese Dringlichkeit und dieser Antrag, dem ist an und für sich nichts

hinzuzufügen, das brauchen wir nicht, das brauchen wir nicht unterstützen, nachdem in der Beilage 80/2016 Initiativantrag betreffend die Stärkung des Bundesheers für Aufgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und in der Folgerung in der Beilage 85/2016 Bericht des Sicherheitsausschusses über die Stärkung des Bundesheers für Aufgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise, dem Ausschussbericht schon alles festgeschrieben ist, sogar noch viel vollinhaltlicher dieses Thema betreffend für Oberösterreich, weil, und da muss ich schon ein bisschen sagen, Populismus war heute in diesem Plenum schon ein Thema, das ist eine FSG-motivierte populistische Antragsserie hätte ich schon fast gesagt, weil das ist mir schon bekannt gewesen von den Kameraden aus Freistadt, die FSG hat 1999 und 2006 bei den diversen Strukturanpassungen bereits immer auf die Standorte alleine gesetzt und das war ein gravierender Fehler, vor allem auch für Oberösterreich und das Österreichische Bundesheer.

Und unser Resolutionsantrag ist nicht alleine auf die Standorte konzentriert, sondern auf Verbände und Einheiten. Und das ist der Kern des Themas. Die aktuelle Flüchtlingsfrage wirft auf, dass nicht der Standort alleine oder die Standorte alleine das Thema sind, sondern die Truppenstärke des Heeres. Und in allumfassender Beurteilung kann die Sozialdemokratie ganz ruhigen Gewissens unserem Antrag zustimmen, weil hiermit alles abgedeckt wird.

Und diese Dringlichkeit ist insofern nicht gegeben, weil Sie ja alle im Ausschuss mit dabei waren. Ich kann mich noch an die Wortmeldung vom Klubobmann Makor erinnern bezüglich der Standorte. Und ich glaube, da ist in Bausch und Bogen alles abgehandelt worden. Und es geht nicht um so einen kleinen Ansatz der Verpfückung jetzt bei der Garnisonstraße, dass man von mir aus eine Halle irgendwo ausgliedert. Es geht auch um die Frage des Formierungsraumes. Und kein einziger Quadratmeter darf in Oberösterreich mehr hergegeben werden, weil wir auch den Raum brauchen, nicht nur für Ausbildungszwecke, sondern auch für Lagerzwecke und für Formierungszwecke.

Sehr erfreulich ist natürlich bei diesem Antrag, da ist mir fast das Herz aufgegangen, wie ich das Wort Grundwehrdiener entnommen habe, nachdem normalerweise immer die Berufsarmee noch immer in der Sozialdemokratie ein Thema ist, Grundwehrdiener bedeutet allgemeine Wehrpflicht, das heißt, das ist ja ein Traum. Sie können unserer Beilage wie gesagt ruhigen Gewissens zustimmen, dann haben wir die nötige Stärke, um alle uns anstehenden Aufgaben ruhigen Gewissens zu bewältigen. (Zwischenruf Abg. Makor: „Wir stimmen nicht zu, wenn ihr uns auch zustimmt, sondern weil es geht um die Sache!“) Genau, das heißt, diese Ergänzung eures Antrages ist nicht notwendig, weil es in der Beilage 80/2016, Initiativantrag betreffend die Stärkung des Bundesheers für Aufgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise eh schon drinnen ist und in der Beilage 85/2016 Bericht des Sicherheitsausschusses über die Stärkung des Bundesheers für Aufgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise, beim Ausschussbericht dokumentiert ist, dass es das beinhaltet.

Und zu der Dringlichkeit ist noch eines zu sagen. Seit Jahren stellt die SPÖ den Herrn Bundesminister, dort haben wir auch die zuständige Kompetenz, und diese Dringlichkeit wäre vielleicht schon beim Minister Darabos bzw. beim Minister Klug nötig gewesen, dass wir diese Debatten da jetzt nicht mehr führen müssten. Dankeschön! (Beifall)

Präsident: Danke! Als Nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Gottfried Hirz. Bitteschön Herrn Klubobmann!

Abg. Dipl.-Päd. **Hirz**: Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns in diesem hohen Haus 2014 gemeinsam für den Erhalt der Kaserne Freistadt ausgesprochen. Es war die Beilage 1285/2014 Initiativantrag betreffend den Erhalt der Kaserne Freistadt und ich glaube, es hat sich an der Position der Fraktionen jetzt in diesem hohen Haus eigentlich nicht wirklich was geändert. Ich glaube jetzt, dass die Antragsteller die Entwicklungen nicht wirklich gewusst haben, die jetzt momentan auf Bundesebene in der Bundesregierung abgelaufen sind, das ist ja gestern bekannt geworden, dass Verteidigungsminister Doskozil gesagt hat, wegen der Flüchtlingsbewegung sind die geplanten Schließungen der Kasernen abgesagt. Und es ist ja auch die Schließung der Kaserne Freistadt abgesagt. Ich sage jetzt zwar, was die Kaserne Freistadt betrifft, ist mir die Begründung nicht ganz logisch, weil ich nicht glaube, dass wir besonders viele Migrationbewegungen von Tschechien herüber haben werden. Aber sei's drum.

Es ist im Endeffekt so, dass die konkrete Forderung des vorliegenden Antrages eigentlich bereits erfüllt ist. Das heißt, das ist die Forderung 2 und deshalb glaube ich, ist es auch nicht wirklich sinnvoll, jetzt von diesem hohen Haus hier dringlich einen Antrag sozusagen als Bundesresolution wegzuschicken. Komm ich zur Forderung 1, die ja in diesem Antrag drinnen ist, das ist die Forderung, was die Stellungstraße betrifft. Es ist ja so, dass sich also seit dem Zerfall des Warschauer Paktes 1989 sicher die Sicherheitslage in Europa, die geopolitische Sicherheitslage sehr stark geändert hat. Seit dem ist ja auch in Dauerdiskussion, was sind denn die Aufgaben und wohin soll sich das Österreichische Bundesheer auch entsprechend entwickeln?

Ich glaube, dass die Bundesheerreform 2007 eine sehr gute war, die im Endeffekt eine gute Richtung aufgezeigt hat, wo man beschlossen hat, das Heer, das stehende Heer zu verkleinern und gleichzeitig also auch den Weg beschritten hat, in die Richtung zu gehen, eher in spezialisierte Einheiten zu gehen und bis 2012 dieses abzuschließen mit entsprechenden klar definierten Aufgaben. Und das ist jetzt auch das, was ich noch zur Wehrpflicht sagen möchte. In diesem Antrag wird ja die Wehrpflicht sozusagen angesprochen. Die Position der Grünen ist ja, dass wir glauben, dass man in Richtung Berufsheer gehen sollte und eigentlich die Wehrpflicht ein Modell ist, das nicht mehr den Anforderungen entspricht, die wir brauchen. Das ist auch der Grund, warum wahrscheinlich 22 EU-Staaten von 28 die Wehrpflicht abgeschafft haben.

Aber solange es die Wehrpflicht gibt, habe ich ja die Situation, dass in Oberösterreich, und Oberösterreich ist ein sehr bevölkerungsstarkes Bundesland, natürlich zwischen 8.500 und 9.000 junge Männer sich der Stellung stellen müssen. Und da war auch ganz klar, und dazu bekenne ich mich auch, dass es eine Stellungsstraße in Oberösterreich geben soll. Es ist ja nicht einzusehen, warum die Oberösterreicher da jetzt sozusagen in andere Bundesländer auspendeln sollen. Das heißt, es gibt von unserer Seite her das Bekenntnis zur Stellungsstraße. Ich sage es dazu, solange wir die Wehrpflicht haben. Ob jetzt die Stellungsstraße in Hörsching ist oder ob die jetzt in der Garnisonstraße ist, das kann ich jetzt nicht wirklich so beurteilen, also Objekt 4, Objekt 6 und Gebäude 11 können wir verkaufen, es war mir nicht ganz möglich, das jetzt im Schnellverfahren nachzuvollziehen, was da jetzt genau damit gemeint ist. Das heißt, ich bin der Meinung, dass es notwendig ist, mit den entsprechenden Militärverantwortlichen hier auch die entsprechenden Gespräche in einem Ausschuss zu führen, damit wir in dem Bereich entsprechende Klarheit bekommen.

Letztes, was ich noch sagen möchte, das ist der letzte Absatz in dem Antrag, der mich eigentlich ein bisschen stört, sage ich auch noch dazu, ich glaube, es macht wenig Sinn, die militärische Infrastruktur nach einem Bundesländer-Gerechtigkeitsschlüssel sozusagen

aufzusplitten, weil da hochgerechnet wird, wieviel Kasernen hat wer und so weiter. Ich glaube, dass wir von der Sicherheitslage ausgehen sollten und von den Anforderungen und das sozusagen in der gesamten Republik gemeinsam denken sollten. Und in diesem Sinne werden wir diesem Antrag, der Dringlichkeit, nicht zustimmen. (Beifall)

Präsident: Dankeschön Herr Klubobmann. Als Nächster zu Wort gemeldet, ist der Herr Abgeordnete Wolfgang Stanek. Bitteschön Herr Abgeordneter!

Abg. **Stanek:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren hier im hohen Haus, auf der Galerie und im Internet! Eine Schlagzeile einer Wochenzeitung lautet: „Heer stoppt Schließungsplan für Tilly-Kaserne Freistadt“. Es gibt ganz eindeutige Aussagen des neuen Verteidigungsministers, dessen Arbeit ich bisher sehr schätzte. Und daher frage ich mich eigentlich, warum dieser Antrag dringlich sein sollte. Ist er deshalb dringlich, damit man sich sozusagen noch irgendwo auf einen fahrenden Zug bereits draufschmeißt, weil sonst kann ich mir die Dringlichkeit einfach nicht erklären.

Es liegt auf der Hand, dass erfreulicherweise die Erkenntnis da ist, dass aufgrund der geänderten Sicherheitslage die Kaserne Freistadt und weitere Kasernen vorerst nicht geschlossen werden sollen und dass das Konzept grundsätzlich neu überdacht wird. Ich lade daher auch die Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen ein, unserem später zu diskutierenden Antrag die Zustimmung zu geben, weil wie bereits der Kollege von der FPÖ gesagt hat, ist das in unserem Antrag alles inkludiert.

Ich möchte aber noch auf einen zweiten Punkt kommen, den ich gar nicht verstehe. Im Antrag der SPÖ heißt es wortwörtlich, ich zitiere „Inbesondere Oberösterreich wäre von der Schließung der Kaserne Freistadt unter Auflassung der Stellungsstraße in Linz durch Verlegung nach Hörsching überproportional betroffen“. Meine sehr geehrten Damen und Herren der SPÖ, erstens einmal möchte ich schon festhalten, dass sich Herr Landeshauptmann Josef Pühringer gemeinsam mit dem gesamten Oberösterreichischen Landtag bereits vor etlichen Monaten ganz vehement dafür eingesetzt hat, dass die Stellungsstraße in Oberösterreich bleibt.

Zweitens möchte ich eine kleine Nachhilfe in Geographie geben. Hörsching liegt in Oberösterreich, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ, und zwar gar nicht weit entfernt von Linz und wenn dann auch noch begründet wird, dass dies ein Verkehrsthema ist, dass Stellungspflichtige schwer nach Hörsching kommen können, dann muss ich einfach dagegenhalten. Auch Sie haben erfreulicherweise mitgestimmt, dass die Straßenbahn nach Traun kommt. Der Kollege Steinkellner hat als zuständiger Landesrat bereits dafür gesorgt, dass auch die Anbindung der Kaserne Hörsching an das Straßennetz hervorragend funktioniert. Also ist auch dieses Argument völlig falsch. (Beifall)

Zum Dritten ist es für mich schon auch sehr überraschend, dass in einem Antrag des Oberösterreichischen Landtags ganz genau über verschiedene Objekte gesprochen wird. Ich frage mich letztendlich, wenn ich diesen Antrag lese, ob es Ihnen tatsächlich um die Stellungspflichten geht oder ob es Ihnen um eine Frage der Stadtentwicklung in Linz geht. Wir sind für die Stellungspflichtigen. Wir sind dafür, dass das Bundesheer in Zukunft wieder gestärkt wird. Daher werden wir der Dringlichkeit dieses Antrages nicht zustimmen. (Beifall)

Präsident: Dankeschön! Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 95/2016, Initiativantrag betreffend die Sicherung der oberösterreichischen Bundesheerstandorte, zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 95/2016 dem Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts-, Unvereinbarkeits- und Innenausschuss zur Vorberatung zu.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 96/2016 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend den Schutz der heimischen IndustriearbeiterInnen gegen Preisdumping. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 96/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Karl Schaller. Ich darf es dir erteilen Herr Abgeordneter!

Abg. **Schaller:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Der Initiativantrag beschäftigt sich mit dem Schutz von heimischen Industriearbeitsplätzen gegen Preisdumping durch chinesische Konkurrenz und deren Produkte. Aufgrund ungleicher Rahmenbedingungen steht die europäische Industrie im internationalen Wettbewerb mit China unter starkem Druck. Während in Europa nach strengen ökologischen Standards möglichst energie- und klimaefizient produziert wird, fehlt es in China an auch nur ansatzweise vergleichbaren Regeln, was eine massive Wettbewerbsverzerrung darstellt. Diese ungleichen Rahmenbedingungen haben bereits in der Vergangenheit dramatische Auswirkungen gezeigt. Seit 2008 sind in der Europäischen Union rund 85.000 gut bezahlte Industriearbeitsplätze alleine dadurch verloren gegangen, weil chinesische Anbieter Europa systematisch mit Stahl überschwemmen und diesen zu Dumpingpreisen verkauft haben.

Warum ist das Thema gerade jetzt so dringlich? China hat in den vergangenen zwei Jahren seine Stahlimporte in die Europäische Union verdoppelt. Geschätzte Damen und Herren, damit Sie sich ein Bild machen können, in welchem Ausmaß Dumping bei chinesischen Produkten eine Rolle spielt, 60 Prozent aller EU-Anti-Dumpingmaßnahmen sind nur gegen chinesische Produkte gerichtet. Chinesisches Dumping funktioniert primär über einen staatlich subventionierten Exportverkaufspreis, der weit unter den chinesischen Herstellungskosten liegt. Daneben versucht die chinesische Notenbank die Wirtschaft dadurch in Schwung zu bringen, indem sie den chinesischen Yuan abwertet, was die Exporte weiter verbilligt.

Vielleicht ein Beispiel dazu: Die Tonne Bramme wird zurzeit am europäischen Stahlmarkt um ca. 330 Euro pro Tonne erzeugt. China liefert über Italien das fertige Band um 250 Euro nach Europa, also weit unter den Herstellkosten. Der Preis 2009 war noch bei zirka 650 Euro pro Tonne. Zusätzliche problematische Komponenten, die jedoch kein Dumping im engeren Sinn darstellen, sind die chinesischen Produktionsbedingungen zu deutlich niedrigeren Umwelt-, Klima- und Sozialstandards. Die EU-Schutzmaßnahmen gegen chinesisches Dumping sind nun in Gefahr, weil China auf die Anerkennung als Marktwirtschaft drängt und sich dabei auf einen Passus im Beitrittsprotokoll Chinas zur Welthandelsorganisation beruft, der laut Chinas Rechtsmeinung eine automatische Anerkennung nach fünfzehnjährigen Zeitablauf beinhalten würde. Und das soll im Dezember, also in zehn Monaten, mehr oder weniger geschehen. Und eine Verleihung des Marktwirtschaftsstatus an China käme einer

Lizenz zum Dumping gleich und würde glaube ich ein falsches Signal bezüglich notwendigen Reformen senden.

Meine Damen und Herren, daher sagen wir zurzeit nein zum Marktwirtschaftsstatus für China, denn China verstößt gegen die Prinzipien des fairen Handels, um unwirtschaftliche Arbeitsplätze gegen jede Marktlogik zu erhalten. China untergräbt den fairen Wettbewerb durch den Export von Überkapazitäten zu Niedrigstpreisen unter den realen Herstellungskosten, um so Marktanteile im offenen europäischen Markt zu gewinnen. Dumpingprodukte aus China zielen auf wichtige europäische Industrien, wie Stahl, Aluminium, Keramik und Chemie und gefährden damit komplette Wertschöpfungsketten. (Der Zweite Präsident übernimmt den Vorsitz).

Im Jahr 2015 verbuchte die EU im Handel mit China auch ohne Marktwirtschaftsstatus bereits ein Handelsdefizit von mehr als 180 Milliarden Euro. Dieses Ungleichgewicht würde natürlich durch die Vergabe des Status an China noch weiter anwachsen. Chinas exportbasierte Wachstumsstrategie und Fünfjahrespläne fördern weiterhin massive Überkapazitäten. Wie schon berichtet, mehr als 60 Prozent aller EU-Anti-Dumping-Maßnahmen richten sich gegen chinesische Produkte.

Europäische Hersteller können nicht mit Chinas staatlich unterstützten Dumping- und Exportsubventionen konkurrieren. Zum Schluss, da bei der Produktion in China deutlich mehr CO₂ entsteht als in der effizienten europäischen Industrie, erhöhen chinesische Dumpingimporte den CO₂-Fußabdruck der EU und untergraben so die Ziele der Klimapolitik und des EU-Emissionshandels.

Meine Damen und Herren, China erfüllt daher bei weitem nicht die von der EU definierten Kriterien einer Marktwirtschaft. Die europäische Politik muss jetzt Verantwortung übernehmen, sowohl für ihre Bürger, für ihre Arbeitnehmer, als auch für eine nachhaltige Entwicklung der europäischen Wirtschaft in der Frage der Nichtanerkennung als Marktwirtschaft, als auch beim Verhängen von notwendigen Schutzzöllen zu Gunsten der heimischen Industrie-Arbeitsplätze.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung und danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Frauscher.

Abg. KommR **Frauscher:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die europäische Industrie, die steht momentan vor großen Herausforderungen, und besonders betroffen sind dabei eben die Stahlindustrie, der Maschinenbau, die Chemie, die Keramik. Ein Teil dieser Herausforderung ist sicherlich auch selbst gemacht, wie ich denke, was zum Beispiel die Europäische Union mit der CO₂-Politik macht. Die weitaus größere Gefahr droht allerdings durch Billigimporte und hier vor allem durch solche auch aus Russland und ganz speziell natürlich aus China.

Natürlich begünstigen andere Rahmenbedingungen in China den Preis derer Produkte. Wesentlich geringere Standards was Umwelt und Klima betrifft und bei weitem billigere Lohnkosten und Sozialausgaben sind hier ein großer Wettbewerbsvorteil.

Das wird man aber auch nicht ändern können, und das kann man auch nicht unter diesen Dumpingmethoden einordnen, wobei es sicherlich zu diskutieren wäre, ob man zukünftig Produkte dann nicht auch mit Strafzöllen belegen kann, wenn deren Produktion auf Umwelt

und Klima keine Rücksicht nimmt, denn die Schädigung des Klimas kennt ja schließlich bekanntlich keine nationalen Grenzen.

Sehr wohl Dumping ist es, wenn China Stahl, im speziellen Fall habe ich lesen können, kalt gewalzten Flachstahl, nahtlose Rohre und Grobblech um einen Preis nach Europa liefert, der unter den Erzeugungskosten in China liegt. China, und das ist ganz interessant, das habe ich aus einem Papier der Cecilia Malmström herausgelesen, erlaubt es ihren Firmen beispielsweise, künstlich erhöhte Preise auf ihren Märkten zu verlangen, um mit diesen Profiten dann den Export mit Preisen zu bedienen, die weit unter den realen Einstandskosten sind.

Kollege Schaller hat es auch schon gesagt, auch mit einer Währungspolitik, die sich je nach Bedarf steuern lässt, in dem Fall eben abwerten, wird das wiederum begünstigt. Diese Art von Exportpolitik kostet uns in Europa natürlich eine große Anzahl von Arbeitsplätzen in der Industrie und kann nicht toleriert werden. Die EU hat in diesem Fall zu prüfen, ob Dumping vorliegt oder nicht.

Sehr gut ist, dass gegen Russland und China auf jeden Fall bereits jetzt vorläufige Einfuhrzölle sofort verhängt wurden, und wegen der neuen Erkenntnisse von Billigpreisimporten werden jetzt Informationen gesammelt von chinesischen Importeuren, europäischen Produzenten und Importeuren und Nutzern der Produkte aus der Industrie, damit man diese Entscheidung auch absichern kann.

Als Beispiel wurden auch die Strafzölle auf Solarmodule weiter verlängert. Das ist auch interessant, da China im Umweg über Malaysia und Taiwan diese in die EU einschleust und sozusagen diesen Umweg nimmt. Die Europäische Kommission hat ja gewisse Maßnahmen in der Hand und mit der Handelskommissarin Cecilia Malmström an der Spitze geht sie hier, glaube ich, einen sehr strikten Weg, was nur zu begrüßen ist.

Was der Kollege Schaller auch schon gesagt hat, eine Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft, China ist ja Mitglied der WTO, ist zur jetzigen Zeit auf jeden Fall abzulehnen, weil China die meisten nötigen Rahmenbedingungen nicht erfüllt, seien es die Bereiche Eigentumsrecht, Insolvenzsystem, Finanzsektor, oder auch ganz besonders das Verbot von Regierungsinterventionen, sozusagen das Hineinregieren in das Management der Firmen.

Die Bundesregierung soll sich deshalb massiv dafür einsetzen, dass unsere Industrie und damit Millionen von Arbeitsplätzen vor dem Dumpingsystem von China und von Russland geschützt wird. Ein vorgesehene System von Einfuhr-Strafzöllen ist sehr konsequent anzuwenden. Mit der Anerkennung Chinas als Marktwirtschaft würde das sicherlich sehr erschwert werden. Deshalb ist auch diese Anerkennung nicht zu akzeptieren und muss verhindert werden.

Europa hat starke Industriebetriebe, sehr starke Industriebetriebe, die sehr wettbewerbsfähig sind. Gegen unfaire Konkurrenz können sich diese aber natürlich schwer behaupten. Deshalb ist hier Chancengleichheit herzustellen, und zwar mit aller Konsequenz. Weil gerade jetzt wieder eine Überflutung mit chinesischem Stahl droht, sind die notwendigen Schritte natürlich möglichst schnell zu setzen. Deshalb wird dieser Antrag dringlich eingebracht. Dankeschön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Abgeordneten Kroiß.

Abg. **Kroiß**: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren! Um den europäischen Industrie-Arbeitsplätzen ein Überleben zu ermöglichen, braucht es faire Regeln. Einerseits von der Industrie zu verlangen, dass sie die hohen Umwelt- und Sozialstandards unserer sozialen Marktwirtschaft erfüllt, und andererseits zu glauben, dass sie am Weltmarkt mit den Preisen der chinesischen Industrie konkurrieren kann, ist absurd.

Besonders die europäische Stahlindustrie kommt alleine nicht aus der Krise. Der weltweite Absatzmarkt bezüglich Stahl stagniert. Folgend herrscht in den Stahlwerken ein Produktionsüberschuss und am Markt ein noch nie dagewesener Preisverfall. Europäische Stahlwerke haben, um dieser negative Entwicklung entgegen zu können, die Produktionsleistung der Hochöfen reduziert oder sogar welche stillgelegt.

Aber gerade China, in dessen Wirtschaftsraum die Konjunkturschwäche am Absatzmarkt besonders sichtbar ist, hat die Stahlproduktion nicht gedrosselt, im Gegenteil. Die Hochöfen mit den weltweit schlechtesten Filteranlagen und mit den unmenschlichsten Arbeitsbedingungen und mit den schlechtesten Rohstoff- und Energiebilanzen produzieren weiter, als gäbe es kein Morgen und bieten ihren schmutzigen Stahl, von der chinesischen Regierung subventioniert, unter dem Erzeugerpreis am Weltmarkt an.

Man weiß, dass zirka 90 Prozent der chinesischen Stahlwerke Verluste schreiben, und dieser Umstand wird von der Regierung geduldet, wie es ja mein Vorredner gerade ausgeführt hat. Ein Blick auf die Statistik bezüglich der Entwicklung am weltweiten Arbeitsmarkt zeigt ein grausiges Bild. So wurden die benötigten Stahlmengen im Jahr 2000 noch zu 18 Prozent von China produziert, 2015 schon zu 49 Prozent, das heißt, beinahe verdoppelt.

Gegenüber dem EWR-Raum, dort wurden die Stahlmengen reduziert, im europäischen Raum produzierter Stahl im Jahr 2000 23 Prozent, im Jahr 2015 zehn Prozent, in den NAFTA-Ländern, produziert 2000 16 Prozent des Weltbedarfs, 2015 nur mehr sieben Prozent des Weltbedarfs und in den GUS-Staaten im Jahr 2000 noch zwölf Prozent und im Jahr 2015 nur mehr 6,5 Prozent.

Mit dieser erschreckenden Entwicklung verbunden waren auf europäischem Boden hohe Arbeitsplatzverluste und enorme Kosten für den Sozialstaat. Das alles nur, damit diese Zombie-Unternehmen, die teilweise von chinesischen Provinzregierungen geführt werden, so ein Tagesschau-Bericht im deutschen Fernsehen, nicht umdenken müssen.

Hier steht sich das Reich der Mitte selbst im Weg und will keineswegs ihre über 600 Hochöfen, die eigentlich ökologische Zeitbomben sind, schließen. Die Branchen Chemie, Keramik, Kunststoff oder Textil zeigen kein besseres Bild. Das Vorhaben, China nun offiziell bei der WTO als Marktwirtschaft zu deklarieren, das heißt auch, auf Aufschläge und Schutzzölle bis zu 25 Prozent zu verzichten und diese zu streichen, folglich die Einfuhr der schmutzigen Industrieerzeugnisse nach Europa zu erleichtern, würde großen Teilen der europäischen Industrie den Todesstoß geben und die im Antrag erwähnten 3,5 Millionen Arbeitsplätze massiv gefährden.

Aber auch China erweist sich selbst mit dem Fortschreiten dieser katastrophalen Industriepolitik, im Fokus hier die Schwerindustrie, keinen guten Dienst. Millionen Chinesen, die nicht in dieser Schwerindustrie arbeiten, würden vom Schließen unrentabler Betriebe profitieren. Die Luft würde sauberer werden, Rohstoffe nicht unnötig verheizt und die Feinstaubbelastung für die Bevölkerung in den Ballungsräumen würden deutlich reduziert

werden. Auch die Lebenserwartung der chinesischen Industriearbeiter würde sich deutlich erhöhen, und die Umwelt könnte sich in China langsam wieder erholen.

Auch Peking muss erkennen, wie die europäischen Betriebe Jahrzehnte zuvor, dass ein Festhalten an ihrer alten Schwerindustrie ohne Investitionen in moderne Umwelttechnologien, ohne Schaffen menschenwürdiger Arbeitsplätze und ohne Rücksicht auf die weltweite Konjunkturentwicklung langfristig zum Scheitern verurteilt ist. Mit diesem Antrag soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass auf EU-Ebene alle möglichen Handelsschutzinstrumente ergriffen werden.

Das heißt folglich, die WTO soll China vorerst nicht als Marktwirtschaft anerkennen und die festgesetzten Schutzzölle beibehalten, es soll Preisdumping verhindert werden und wichtige Arbeitsplätze abgesichert, aber auch, dass die österreichischen Industriebetriebe samt ihren Beschäftigten unter fairen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Umweltauflagen beweisen können, dass sie leistungsfähig sind und weltweit mit ihren Produkten konkurrieren können. Deshalb bitten wir um Zustimmung. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Mir geht seit vorher ein Satz nicht aus dem Kopf, der sagt, der frühe Ostertermin setzt die Eierproduzenten unter Druck. Jetzt weiß ich nicht genau, sind da die Landwirte gemeint oder die Hühner? Man sieht, es gibt viele Faktoren, wo Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter Druck kommen.

Die Demonstration in Brüssel, aber auch der Antrag zeigen ganz klar, wo der Druck immer stärker wird, der Druck auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in erster Linie, nicht nur auf die Wirtschaftserfolge der Betriebe, sondern vor allem auf die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Bestimmte Branchen, die sind aufgeführt worden, kommen durch Billigstimporte immer mehr unter Druck.

Ich möchte einfach bei den Branchen ergänzen, ich glaube, es ist im Antrag auch von der Kleiderindustrie geredet worden, also wie können wir es wieder zurückholen, oder wie schaffen wir es, dass das, was von uns jetzt erzeugt wird, nicht wieder unter Druck kommt? Aber auch die Sonnenkollektoren, die sind mit Strafzöllen belegt, aber wir wissen, dass da die Konkurrenz sehr groß ist, und nicht nur wegen der Qualität, sondern vor allem auch bei den Umweltstandards, wie sie erzeugt werden, ganz, ganz andere sind als bei uns.

Daher ist uns ganz wichtig, und wir werden dringlich und inhaltlich zustimmen, weil man fehlende Sozial- und Umweltstandards nicht tolerieren wollen und unsere Produkte, unsere Leistungen auch nicht unter Druck setzen lassen wollen.

Ich möchte aber schon ganz klar neben diesen arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen Dingen diese umweltfreundliche Produktion in den Vordergrund stellen, weil ich glaube, das ist auch schon gesagt worden, wir haben nichts davon, wenn wir die Betriebe, die Industrie, die sehr intensiv oder auch energieintensive Industrie wieder verlagern in andere Länder, wo es nicht die hohen Umweltstandards gibt.

Gerade die Voest als weltweit sauberstes Stahlwerk zeigt es uns vor, es geht. Wichtig sind da die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, weil da so viel möglich ist, das haben wir auch in vielen Forschungsprojekten gesehen, und auch in der praxisangewandten Forschung, was

es da noch alles an Möglichkeiten gegeben hat, dass das noch sauberer und noch besser wird, und da wollen wir nicht durch andere Maßnahmen unter Druck kommen.

Dass gesunde Umwelt, faire Arbeitsbedingungen, gute Arbeitsbedingungen eine hohe Lebensqualität bringen, ist eigentlich unwidersprochen, und dass eine gute Lebensqualität, gute, gesunde Betriebe mit guten Arbeitsbedingungen auch ein wichtiger Standortfaktor sind, gerade auch hier in Oberösterreich, aber gerade auch in Österreich, ist, glaube ich, ganz, ganz wichtig hervorzuheben.

Wir müssen alles machen, damit eben genau dieser Standortfaktor, diese Standortqualität in den Vordergrund kommt. Da haben wir ja schon in der Vorperiode immer wieder auch Maßnahmen gesetzt, und Landesrat Rudi Anschober hat ja damals auch auf EU-Ebene schon verhandelt, wie geht das mit dem Stahlkorb, wie können wir die CO₂-Zertifikate so lösen, dass das einfach einen Sinn macht, dass man nicht wirklich etwas verschiebt, sondern dass man die gute, umweltfreundliche Produktion bei uns in Europa halten kann, und vor allem auch bei uns in Österreich halten kann.

Dass auf der österreichischen und der nationalen Ebene diesbezüglich nicht viel weitergegangen ist, ist eine andere Geschichte, aber da haben wir schon gezeigt, es geht uns um Arbeitsstandards, um Sozialstandards und um Umweltstandards, denn nur so, in diesem Zusammenhang, können wir auf eine gute Produktion, auf gute Lebensbedingungen, auch für unsere Bürgerinnen und Bürger, setzen.

Ich glaube, genau diese Diskussion muss uns einfach auch dazu zwingen, ein bisschen einen klareren, kritischeren Blick auf diese Diskussion, auf dieses Diktat der Wirtschaft des Handels, des freien Handels, über alles zu stellen, und nicht hinzuschauen, was wollen wir denn eigentlich?

Es ist ein paar Mal gefallen, fairer Handel. Aber meinen wir da alle dasselbe darunter? Und man soll wirklich auch kritisch hinschauen, auch gerade bei den jetzigen Verhandlungen zu CETA, zu TTIP, dass man nicht einfach sagt, mein Gott, hätten wir doch vorher daran gedacht. Ich glaube, das zeigt uns wieder, wie wichtig es ist, unserer Standards gut zu verteidigen, unsere Lebensqualitäten zu verteidigen. Ich habe vorige Woche ein Treffen mit einer philippinischen Politikerin gehabt, Kollegin Pühringer war auch dabei, und wenn die aufzeigt, dass sie sagt, der importierte Reis ist bei uns billiger als der eigenproduzierte, da stimmt etwas nicht. Und warum da viele Menschen momentan in einem Umbruch sind, und weggehen, das zeigt auch, dass dieses freie Handelssystem in vielen Bereichen nicht so funktioniert, wie es die Menschen vor Ort brauchen.

Daher glaube ich, müssen wir Politikerinnen und Politiker wirklich das Heft in die nehmen und sagen, ja, wir zeigen Verantwortung. Wir zeigen Verantwortung für unsere Wirtschaft, für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, wir wollen Sozial- und Umweltstandards weiter hochhalten. Nur so können wir unsere Lebensqualität sichern. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 96/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Wie der Herr Schriftführer weiter angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 97/2016 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 97/2016 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Verankerung von Bargeld als Zahlungsmittel in der Bundesverfassung.

Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 97/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Langer-Weninger.

Abg. **Langer-Weninger:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf der Galerie! Ja, das Bargeld ist in Europa zunehmend am Prüfstand. Wir haben Diskussionen über Obergrenzen in Deutschland, wir haben aber auch eine Kampagne in Schweden zur Abschaffung des Bargeldes.

In Österreich stellt es sich so dar, dass 35 Prozent der Österreicher nie mit Bankomatkarte zahlen, und acht von zehn Österreichern es sich nicht vorstellen können, dass es eine bargeldlose Gesellschaft geben wird. Die Einschränkungen der Möglichkeiten beim Bezahlen mit Bargeld oder Obergrenzen mögen zu einer Totalüberwachung und auch zu einer Bevormundung unserer Bürgerinnen und Bürger führen und lehnen diese daher auch strikt ab.

In dieser europäischen Diskussion ist es daher wichtig, dass wir auch frühzeitig Signale senden, und dass wir das Recht auf Bargeld auch entsprechend in der Verfassung verankern. Was wir Österreicherinnen und Österreicher in der Geldbörse haben, das geht nur uns selbst etwas an.

Es ist ein elementares Stück der Freiheit, die wir nicht bereit sind, aufzugeben. Bargeld ist ein Stück gedruckte Freiheit. Der Deckmantel, dass durch die Abschaffung des Bargeldes bei der Bekämpfung von Terrorismusfinanzierung, bei der Steuerhinterziehung, bei der Schwarzarbeit oder auch bei der Drogenkriminalität, dass dieses helfen würde, ist ein Totschlagargument im ersten Hinschauen.

Aber wer illegale Geschäfte machen will, der findet immer einen Weg, mit oder ohne Bargeld. Wir wissen, dass die Schattenwirtschaft und auch die Kriminalität durch die Abschaffung von Bargeld höchstens ein bis drei Prozent zurückgedrängt werden würde. Dafür sind wir nicht bereit, die Privatsphäre unbescholtener Bürgerinnen und Bürger zu opfern.

Zudem muss man auch den Bereich der Online-Kriminalität beachten. Da muss man wissen, dass in Europa der Schaden durch Cyberkriminalität im Jahr laut Interpol 750 Milliarden Euro ausmacht. Das heißt, das Sicherheitssystem für ausschließlich bargeldlosen Verkehr ist, im Moment vielleicht, auf alle Fälle nicht gegeben. Zudem ist auch der Hintergrund, wenn Cyberattacken stattfinden, wenn größere Krisenfälle eintreten, das heißt ein größerer Stromausfall, dann kann der Staat nur ein Notfallsystem mit Bargeld aufrechterhalten. Und auch der Werteverlust muss beachtet werden. Wenn wir Bargeld total abschaffen, könnten allen Sparern Negativzinsen aufgezwungen werden und das steht ja durchaus im Raum. Niemand kann sich dann diesem entziehen, das heißt, das was wir angespart haben, würde laufend weniger werden. Mit Bargeld lässt sich zumindest der Nominalwertverlust verhindern. Bargeld ist ein wichtiges und auch ein sozialisierendes Kulturgut in unserer Gesellschaft. Unseren Kindern kann man den Umgang mit Bargeld und mit Geld nur dann lernen, wenn man es angreifen kann, wenn es einen haptischen Wert hat. Und auch der

Schutz der Privatsphäre beim Einkaufen ist nur dann gegeben, wenn wir selbst entscheiden können, wo wir einkaufen, was wir einkaufen, ohne dabei überwacht zu werden. Und auch so manche Menschen in unserer Gesellschaft, die vielleicht nicht so technikaffin sind wie der eine oder andere von uns, würden durch ausschließlich bargeldlosen Zahlungsverkehr entsprechend diskriminiert werden.

Vor diesem Hintergrund eines Wertefundaments, zu dem wir stehen, in der Freiheit, in der Eigenverantwortung, dass für uns im Mittelpunkt steht, ist die Wahlfreiheit beim Zahlen ein ganz entscheidender und ein unverzichtbarer Wert. Es verhindert, dass wir Menschen noch mehr gläsern werden und auf der anderen Seite, dass der Staat und so mancher Anbieter von bargeldlosem Zahlungsverkehr uns im Lebensalltag lückenlos kontrollieren, nachverfolgen und überwachen kann. Daher ist die Wahlfreiheit bei der Bezahlung für uns entscheidend und muss auch für die nächsten Generationen gesichert werden. Wir müssen das Recht auf Privatsphäre beim Zahlen gesetzlich regeln, darum fordern wir auch diese Verankerung in der Verfassung genauso wie beim Briefgeheimnis, denn was in meinem Brief drinnen steht, weiß nur ich und was ich in der Geldbörse habe und was ich damit bezahle, soll auch nur meine freie Entscheidung sein.

Wir bitten daher um Zustimmung dieses Dringlichkeitsantrages, damit wir diese Resolution an den Bund senden können, damit die Verankerung in der Verfassung bei der Wahlfreiheit beim Bezahlen gesetzlich festgehalten wird, damit auch unsere Minister bei den Verhandlungen in Brüssel draußen entsprechendes Pouvoir mitnehmen können. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Klinger.

Abg. Bgm. KommR **Ing. Klinger:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die Zuhörer auf der Galerie und Zuseher im Internet! Dem, was meine Vorgängerin gesagt hat, ist eigentlich nichts hinzuzufügen. Aus persönlicher Erfahrung möchte ich nur sagen, ich habe in meiner sehr frühen Kindheit ein Automobil von meinem Vater zur Verfügung gestellt bekommen, wir hatten damals ein Gasthaus. Dieses kleine Automobil musste ich selber am Leben erhalten, so ich mit diesem Automobil fahren wollte. Und zur Finanzierung dieser ganzen Angelegenheit ist mir eine kleine lederne Geldbörse zur Verfügung gestanden, aufgrund deren Fülle ich immer feststellen konnte, wieviel Benzin hier möglich gewesen wäre, einzukaufen. Ich habe also mit den Hartgeldmünzen sehr schnell gelernt, mit Geld gut und sparsam umzugehen und möchte diese Erfahrung ganz ehrlich gesagt nie mehr wieder missen, wiewohl ich schon zur Kenntnis nehmen muss, dass ich damals permanent am Ruin gestanden bin.

In späterer Zeit ist mir das Bargeld deshalb sehr wertvoll geworden, weil es heute nicht mehr möglich ist, mit Schecks größere Einkäufe zu tätigen. Ich hatte früher die Möglichkeit durch die Bank mit einem Pouvoir über eine gewisse Geldsumme kurzfristig auch am Wochenende Gebrauchtfahrzeuge oder Maschinen zu kaufen, was heute leider Gottes nicht mehr möglich ist. Die einzige Möglichkeit dazu bleibt und wird auch in Zukunft sein das Bargeld.

Das für meine persönlichen Dinge im Leben, die für mich sehr, sehr wichtig sind, aber es gibt auch Menschen, die darauf hinweisen und da bin ich bei Orwell 1984, habe das schon öfters hier im Hause zitiert, nämlich, dass durch die Machtfülle der Banken, durch den genauen Überblick der Banken in allen Bereichen des Lebens, es dazu kommen wird, dass sämtliche Privatsphären der Menschen durchleuchtet werden können. Es können Persönlichkeitsprofile entstehen, von denen wir heute noch gar keine Ahnung haben, wie weit das gedeihen kann.

Also auch in diesem Bereich ist diese Abschaffung des Bargeldes mit allem Nachdruck abzulehnen.

Was mir noch ganz wichtig ist, dass für Menschen, die nicht in der Lage sind, ein eigenes Konto zu führen oder von der Finanzierung her kein Konto mehr von den Banken bekommen, deren Finanzierung auch nur durch Bargeld möglich sein wird. Oder wie stellt man sich das vor, dass man den Menschen dann eine kleine Spende gibt, einen kleinen Betrag an Golddukatens oder sonst irgendetwas? Das heißt, im Klartext, wenn dieses Bargeld abgeschafft werden würde, dann würde es in vielen Bereichen, in sehr vielen Bereichen zu Alternativwährungen kommen müssen. Und ich glaube, das wollen wir alle nicht so haben. In diesem Sinne ist es also auch ganz, ganz wesentlich hier aufzuzeigen, dass die Abschaffung des Bargeldes nur im Interesse ganz weniger großer Institutionen liegt. Und diese Interessen haben wir mit allem Nachdruck hintanzuhalten. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Kein Atomkraftwerk für Günskirchen, keine Abschaffung des Bargeldes, denken Sie nicht an den rosaroten Elefanten. Was passiert, was für ein Bild haben Sie gerade in Ihrem Kopf? Ja, es ist der rosarote Elefant.

Also wenn ich manches immer wieder von mir gebe und das Nein davor setze, das kann unser Gehirn nicht wirklich verifizieren. Das heißt, es bleibt dann irgendwann einmal etwas über und man glaubt, es ist wirklich schon das, was man eigentlich nicht will, wenn man es oft genug sagt, ist es schon da. Ich glaube genau in diesem Bereich sind wir immer wieder mit dieser Diskussion Bargeldabschaffung konfrontiert, ja oder nein. Seit ewigen Zeiten geht dieses Phantom herum und wenn man darüber diskutiert ob der Fünfhunderteuroschein sinnvoll ist oder nicht, dann heißt es auf einmal, um das ganze Bargeld wird diskutiert und abgeschafft.

Überhaupt nicht und ich glaube, man muss diesen Antrag schon von zwei Ebenen betrachten und es geht mir schon um den Wert des Bargeldes, nicht nur den nominalen Wert, sondern den faktischen Wert. Was heißt das an Freiheit, das ist schon angesprochen worden. Aber es bleibt mir schon wichtig, es liegt auch an uns Konsumentinnen und Konsumenten und an der Wirtschaft, dieses Instrument der Bezahlung, dieses mögliche Instrument der Bezahlung neben anderen auch wirklich hochzuhalten. Und natürlich wollen wir auch Maßnahmen haben gegen eine wirksame Bekämpfung von Steuerbetrag und Geldwäsche, aber ob das die Abschaffung von Bargeld ist, das wage ich zu bezweifeln, aber da gibt es immer wieder Schlupflöcher.

Und ich möchte einfach auch, und das hat mich schon jetzt ein bisschen irritiert, diese große Panik und diese große Angst vor der Totalüberwachung. Das sagt eine Partei, meine Vorrednerin Langer-Weninger hat es ja erwähnt, die eigentlich für die Vorratsdatenspeicherung ist und für viele andere Dinge, wo wir überwacht werden müssen. Und ich denke, das ist ein bisschen ein Widerspruch. Also wir reden sehr viel von Freiheit und gleichzeitig wollen wir alles überwachen, wollen wir alles kontrollieren. Und ich glaube, genau da müssen wir auch darauf hinschauen, was machen wir denn mit dieser Diskussion, auch mit der Verunsicherung?

Und dass wir lückenlos überwacht sind, gerade was unsere Einkaufsgewohnheiten betrifft, das ist ja eh schon klar. Schauen Sie in Ihre Geldtasche, wie viele Karten haben Sie, die

einem spezifischen Geschäft zugeordnet sind. Ich möchte es nicht erwähnen, ob das ein Drogeriemarkt ist oder ob das andere Geschäfte sind, man hat überall die Karte. Und nicht umsonst bekommt man genau die Werbung, die halt einem Einkaufsverhalten nahe kommt, oder wenn ich mit der Bankomatkarte oder mit der Mastercard bezahle. Also ich glaube, genau in diesen Bereichen sind wir schon überwacht und es liegt an uns, wie wir damit umgehen und wie wir das auch handhaben. Und da immer wieder zu reden, nein, wir wollen das irgendwo gesichert haben, ja es liegt an uns, ob wir mit dem so weiter umgehen, so verantwortungsvoll und nicht eine Sache abschaffen, weil wir vielleicht irgendwo eine mögliche Bekämpfung diskutieren können. Nein, das wollen wir auch nicht, aber gleichzeitig will ich nicht da ein Phantom und eine Angst herbeireden, die nicht da ist und die nicht notwendig ist.

Und ich möchte das schon auch nochmal in den Kontext stellen, der Wert der Verfassung. Und ich glaube, gerade in Oberösterreich sollte man ein bisschen vorsichtiger sein, was man alles in die Verfassung hineinschreibt. Wir haben sehr viele und sehr wichtige Dinge in der Verfassung geregelt und die Verfassung ist dazu da, klare Regeln vorzugeben, klare Wertigkeiten vorzugeben, aber wir brauchen keine inhaltliche Überfrachtung, wir müssen nicht Gott und das Geld hineinschreiben, sondern wir sollten das machen, was drinnen steht. Zum Beispiel, laut der oberösterreichischen Verfassung zu ermöglichen, dass alle Bürgerinnen und Bürger, die in Oberösterreich leben, ein menschenwürdiges Leben haben können.

Und was tun wir in Oberösterreich, oder was tun Sie in Oberösterreich, weil ich möchte mich da nicht in einem Zug nennen, genau das nicht. Und es werden Bestimmungen gemacht, es werden Anträge gemacht, die absolut gegen eine Landesverfassung in Oberösterreich sind. Und dann kommt man her und will das Bargeld hineinschreiben, also was ist eine Verfassung noch wert? Nein, wir wollen eine Verfassung, die klare Regeln vorgibt, aber nicht eine inhaltliche Überfrachtung und nicht ein Phantom herbeischreiben, dass wir eigentlich nicht haben. Daher werden wir dieser Dringlichkeit und diesem Inhalt auch nicht zustimmen. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Bauer.

Abg. Bauer: Sehr geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und im Internet! Es ist jetzt gut eine Woche her, dass im Parlament von SPÖ-Klubobmann Andreas Schieder und Kollegen ein Entschließungsantrag eingebracht wurde zur Erhaltung des Bargeldes. Alle Parteien haben sich unisono selbstverständlich für die Beibehaltung des Bargelds in Österreich ausgesprochen. Und auch auf EU-Ebene gibt es keinerlei Bestrebungen, Münzen und Scheine als Zahlungsmittel abzuschaffen. Erst im vergangenen September hat EU-Finanzmarktkommissar Jonathan Hill auf eine Anfrage von ÖVP-Europaabgeordneten Othmar Karas klargestellt, die Kommission ist, Zitat „An keiner Debatte über die Abschaffung von Bargeld oder die Begrenzung von Barzahlungen auf ein bestimmtes Maximum beteiligt“, Zitat Ende. Ein weiterer Diskussionspunkt in dem Dringlichkeitsantrag ist die Einführung von Bargeldobergrenzen mit dem Argument der Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismus und Steuerbetrug.

Da ist die Frage, wie sinnvoll ist das? In mehreren Ländern Europas gibt es bereits Obergrenzen in den unterschiedlichsten Höhen. In Frankreich und Portugal dürfen Rechnungen nur mehr bis zu einer Höhe von 1.000 Euro in bar bezahlt werden, in Griechenland liegt die Grenze bei 1.500 Euro, in Spanien bei 2.500 Euro, in Italien und

Belgien bei 3.000 Euro und in der Slowakei bei 5.000 Euro. Die höchste Grenze gibt es in Tschechien mit 13.000 Euro und in Polen mit 15.000 Euro.

Und jetzt stellt sich schon die Frage, wie sinnvoll ist diese Einführung von Obergrenzen wirklich? Laut einer aktuellen Studie von Universitätsprofessor Friedrich Schneider von der Linzer JKU ist die Schattenwirtschaft in fast allen EU-Ländern, die eine Obergrenze haben, deutlich ausgeprägter als in Deutschland oder Österreich, wo bislang unbegrenzt Bargeldtransaktionen erlaubt sind. Die Studie von Professor Schneider belegt ganz klar, die organisierte Kriminalität bedient sich doch viel eher der anonymen Konten und Briefkastenfirmen, als dass sie die dicken Bargeldbündel durch die Gegend schleppt. Daher ist die Sinnhaftigkeit einer derartigen Forderung wirklich zu hinterfragen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, jetzt geht es noch um die Verankerung von Bargeld in der Bundesverfassung. Wir sagen ganz klar Nein dazu, weil dazu ist die österreichische Bundesverfassung nicht da. Widerstand dazu kommt ja auch aus der ÖVP selbst, der EU-Abgeordnete Othmar Karas hat die Idee als Alibipolitik bezeichnet, er hat ausrichten lassen, dass der Fasching vorbei ist und jetzt wieder mehr Zeit für mehr Ernsthaftigkeit sein sollte, das hat der Othmar Karas gesagt. Für ihn gehören die Eckpfeiler des Staates und der Demokratie in die Verfassung, aber nicht jeder Wunsch ans Christkind und dieser Aussage kann ich mich nur anschließen. Für uns ist das Ganze eigentlich eine Placebo-Debatte, an den Haaren herbeigezogen von ÖVP-Klubobmann Lopatka und der Bundes-FPÖ zum Thema Bargeld in die Verfassung. Die haben sich da ganz schön blamiert vorige Woche in der Nationalratssitzung und daher werden wir beim vorliegenden Antrag der Dringlichkeit nicht zustimmen.

Und noch einmal zur Klarstellung, die SPÖ-Fraktion spricht sich ganz klar für die Beibehaltung des Bargeldes in Österreich aus, die Österreicherinnen und Österreicher wollen nicht, dass das Bargeld abgeschafft wird, das ist eh heute schon mehrmals gesagt worden, das wäre ein Eingriff in die Privatsphäre in die Privatautonomie und in die Freiheit eines jeden Einzelnen und das kann nicht wirklich jemand wollen. Dankeschön. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine weitere Wortmeldung mehr vor, ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 97/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wie der Herr Schriftführer weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 98/2016 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 98/2016 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Beibehaltung der Beurteilung der Leistungen der Schüler nach Noten. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 98/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Lackner.

Abg. Mag. Lackner: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Schulnoten sind ein immens wichtiges Leistungsinstrument für die Beurteilung eines Schülers und haben viel mehr Aussagekraft als andere Beurteilungsformen. Gemäß Paragraph 18 Absatz 2 des Schulunterrichtsgesetzes sind für die Beurteilung der Leistungen der Schüler die Beurteilungsstufen, also Noten, von Sehr Gut (1) bis Nicht Genügend (5) zu verwenden. Laut einem Entwurf des Bildungsministeriums sollen

künftig die Volksschüler bis zur dritten Klasse nur mehr verbal beurteilt werden. Eine Einstufung durch Ziffernnoten erfolgt dann nur noch auf Verlangen der Eltern.

In regelmäßigen Gesprächen sollen die Eltern dann über die Lernfortschritte ihrer Kinder informiert werden. Auch das Sitzenbleiben ist dann de facto nicht mehr möglich, nur noch in Ausnahmefällen ein freiwilliges Wiederholen. Sind aber die Defizite gerade in den Grundkompetenzen, also in Lesen, Schreiben und Rechnen derartig groß, dass ein Schüler dem Unterricht der nächsten Klasse nicht folgen kann, dann muss unserer Meinung nach die Möglichkeit eines Wiederholens der Klasse, auch in der Volksschule, weiterhin gegeben sein.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ganz neu ist die Idee der verbalen Beurteilung nicht, erinnern wir uns zurück. Bereits im Jahr 2004 gab es einen sehr ähnlichen Vorstoß seitens der SPÖ. Damals forderte man, die Kinder, statt mit Ziffernnoten, nur noch verbal zu beurteilen. In einer dazu durchgeführten Umfrage des Meinungsforschungsinstitutes Spectra sprachen sich 73 Prozent der Befragten für die Beibehaltung der Noten in der Volksschule aus. Auch bei unseren Nachbarn in Deutschland wird immer wieder die Diskussion um die Schulnoten angezogen. Olaf Köller, Professor am Psychologischen Institut der erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg, hat den Forschungsgegenstand zur Notenvergabe deshalb zusammengefasst. Er zählt zu den pädagogischen Funktionen der Notenvergabe, die Feedback- und die Anreizfunktion.

Die Feedbackfunktion heißt, dass Noten Verhaltens- und Leistungsrückmeldungen liefern und somit Informationen für Erziehungshilfen bieten. Zusätzlich machen sie die Schüler mit Leistungsvergleichen und Normen vertraut und helfen somit ein realistisches Selbstbild eigener Stärken und Schwächen aufzubauen.

Die Anreizfunktion heißt, dass gute Noten motivieren, in Zukunft noch mehr zu leisten. Daher stehen wir weiterhin zum bewährten Ziffernnotensystem, das Leistungsanreize bietet und zeigt, wo ein Schüler Stärken oder Schwächen hat. Nur verbale Beurteilungen könne man nicht als Parameter heranziehen. Immerhin interpretiert jeder Mensch diese ja anders. Des weiteren geht mit der verbalen Beurteilung die Vergleichbarkeit verloren und gerade dann bei der Zentralmatura brauchen wir diese wieder.

Eine verbale Beurteilung kann als Ergänzung zum Ziffernnotensystem sehr sinnvoll sein, jedoch darf das bestehende Ziffernnotensystem nicht ersetzt werden. Die Abschaffung der Schulnoten würde nämlich schließlich nur die Bildungsprobleme auf den Arbeitsmarkt verlagern. Und deshalb sprechen wir uns für die Beibehaltung des bewährten Benotungssystems aus. Noten sind ein sehr wichtiges Leistungsinstrument und haben mehr Aussagekraft als alle anderen Beurteilungsformen. Stimmen Sie daher mit uns für die Beibehaltung der Schulnoten. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Hirz.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die alternative Leistungsbeurteilung ist in den Volksschulen seit Jahrzehnten eine Erfolgsgeschichte in Oberösterreich. Und was die Kollegin Lackner gesagt hat, ist nicht ganz neu. Seit 50 Jahren wird in Oberösterreich der Schulversuch alternative Leistungsbeurteilung umgesetzt. Rund 80 Prozent der Volksschulen in Oberösterreich suchen jährlich um diesen Schulversuch an. Die Rückmeldungen sind nahezu 100 Prozent positiv.

Wir hatten alleine im Schuljahr 2015/2016 in Oberösterreich 640 Schulversuchsanträge betreffend alternative Leistungsbeurteilung, die beim Landesschulrat eingebracht worden sind. Das sind mehr Anträge als wir in Oberösterreich Volksschulen haben. Das hängt damit zusammen, dass für jede Klasse einzeln angesucht werden muss. Das bedeutet natürlich auch, dass die Genehmigungsverfahren hochbürokratisch abgewickelt werden. Das heißt, der Landesschulrat muss sie bearbeiten. Das Ministerium muss sie einzeln genehmigen und wieder zurückschicken über den Landesschulrat an die jeweiligen Schulen. Ist ein unglaublicher Verwaltungsaufwand, und wir Grüne haben das immer massiv kritisiert.

Es hat ja auch entsprechende Anträge in diesem hohen Haus gegeben, wo wir den Bund aufgefordert haben, die Schulversuche alternative Leistungsbeurteilung endlich in das Regelschulwesen überzuführen. Und jetzt gibt es schwierige Verhandlungen, was die Bildungsreform betrifft. Und jetzt hat man sich sozusagen ein Stück geeinigt, dass man die Leistungsbeurteilung, die Kompetenz der jeweiligen Schule geben soll. Das heißt, die Schule kann entscheiden, was sie tun will.

Jetzt gibt es einen Gesetzesentwurf, der prinzipiell sagt, in den ersten, zweiten und dritten Klassen gibt es eine verbale Beurteilung. Wenn eine Schule aber möchte, kann sie weiterhin die Noten entsprechend auf Verlangen der Eltern und des Schulgemeinschaftsausschusses einführen. Da kann ich nur sagen, dass wir Grüne ganz klar dieses Gesetzesvorhaben unterstützen. Das ist einer der positiven Ansätze in dieser Bildungsreform, die jetzt vorliegt.

Und ich halte es auch für pädagogisch den richtigen Schritt, eine durchgängige verbale Beurteilung in den Volksschulen in den ersten, zweiten, dritten Klassen zu haben, und zwar deswegen, weil die Experten und Expertinnen auch immer wieder sagen, dass die Ziffernote eigentlich nicht wirklich aussagekräftig ist. Also das heißt, dass der Zusammenhang zwischen dem Leistungsniveau und den Noten eigentlich nicht wirklich gegeben ist. (Zwischenruf Landesrat KommR Podgorschek: „Das heißt Eins ist nicht aussagekräftig!“) Ich sage dir jetzt auch warum. Weil du, wenn du in der Klasse stehst, eigentlich eine Gauß'sche Kurve hast. Das heißt, du hast weniger Einser, relativ viele Dreier und wenige Vierer und Fünfer, weil du ja Kinder motivieren möchtest. Das ist aber jetzt unabhängig, welches Niveau die Klasse hat und unabhängig, welches Niveau die Schule hat. Deshalb hast du auch entsprechende Ungerechtigkeiten, was die Noten betrifft. Das heißt, die Ziffer alleine sagt eigentlich nichts über die Entwicklung des Kindes aus. (Zwischenruf Landesrat KommR Podgorschek: „Aber das ist eh eine verbale Beurteilung, befriedigend, nicht genügend, genügend. Steht eh ein Wort dahinter!“) Wenn du in eine Richtung lernzielorientierte Beurteilung gehst, das heißt, du definierst für das Kind, was soll erreicht sein und es ist erreicht, dann hat es auch eine entsprechende gute Beurteilung verdient. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Dann kriegt es ein Summi!“) Und ich kann jetzt nur sagen, dass das die Eltern auch immer wieder bestätigen, dass das genau das ist, was sie wollen, sonst hätte es ja nicht diese Schulversuche in Oberösterreich entsprechend gegeben.

Und wenn die, und das kommt jetzt noch dazu, wenn wir uns jetzt noch anschauen die Standards der oberösterreichischen Volksschulen, dann sind wir bei diesem Ergebnis, bei den Auswertungen der Bildungsstandards bei den Volksschulen ganz, ganz vorne. Oberösterreich hat die besten Ergebnisse. Wenn das jetzt alles so schlecht wäre und das so leistungsfeindlich wäre, dann frage ich mich, wie gibt es denn das, wenn wir derartig viele Klassen haben, die verbal beurteilt werden und Oberösterreich so gut liegt, dass das dann, so wie das jetzt gesagt worden ist, eigentlich leistungsfeindlich wäre, die Ziffernoten nicht zu haben?

Beziehungsweise sage ich auch noch dazu, Feedback kann man ganz anders auch geben. Da brauche ich nicht nur immer Noten hergeben. Solange ich einen Einser oder Zweier habe, ist es ja super. Das Feedback kann aber durchaus auch ein anderes sein. Und in einer Volksschule kann ich alles Mögliche an Feedback geben. Das wichtigste sind die Wertschätzung und die lobenden Worte. Aber ich kann auch Sterne machen, (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Bärli, Sumsi, Haribo!“) Bärli oder was Sie sonst noch vorschlagen, keine Frage. Also alles das, was im Endeffekt, auch Haribo kann man hergeben als positive Leistungsbeurteilung. Ich würde mich da nicht lustig machen darüber, weil für Kinder das durchaus sehr starke Motivationen sein können. Und eine der stärksten Motivationen ist ja im Übrigen, dass die Jungen, die Volksschüler für die Lehrer und Lehrerinnen auch lernen und die Beziehung eine ganz wesentliche ist.

Das heißt, ich möchte am Schluss noch sagen, ich bedauere, dass jetzt auch die ÖVP diesen Antrag der FPÖ mitträgt, weil wir noch in der vorigen Periode eigentlich gemeinsam Anträge eingebracht haben, dass diese alternative Leistungsbeurteilung in den Schulen ins Regelschulsystem übergeführt werden sollte.

Und das ganz Letzte, was ich noch sagen möchte, ich habe dem Antragstext entnommen, dass leider die Schülerinnen herausgefallen sind. In der Begründung sind sie drinnen, im Antragstext nicht. Und das bedauere ich sehr, vor allen Dingen aufgrund auch des bevorstehenden Weltfrauentages glaube ich, sollten wir doch im Antragstext in Zukunft im Oberösterreichischen Landtag auch entsprechend eine gendergerechte Sprache haben. Danke. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Auf der Uni gibt es dann auch eine verbale Beurteilung!“ Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Promberger.

Abg. **Promberger:** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Landtags! Ja, den Ausführungen vom Kollegen Hirz ist wenig hinzuzufügen. Auch wir werden weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt dieses Antrages zustimmen. Ich glaube, die wichtigen Dinge sind bereits herausgenommen. Wir haben mehr Schulversuche. Der ganze Verwaltungsaufwand, der damit betrieben wird. Wir diskutieren an anderer Stelle immer wieder, tun wir doch Verwaltungsvereinfachungen machen. Jetzt sehen wir, die Schulversuche gibt es, die Schulversuche werden angenommen. Und es gibt auch einen Ministerratsvorschlag. Der Kollege Hirz hat auch bereits darauf hingewiesen, wo ist schulautonom. Und schulautonom, das ist eh immer so ein Zauberwort auch in diesem Haus. Uns fällt ja auch ein, wenn wir über Schule reden, dann brauchen wir Autonomie, weil das ist das, womit alles besser wird. Da bin ich zwar ein bisschen skeptisch. Aber gerade in diesem Bereich, wo es die Möglichkeit geben soll für die Eltern, für die Direktorinnen und Direktoren, für die Lehrerinnen und Lehrer, genau solche Fragen schulautonom zu klären, zu klären, ist es gescheit, das zu machen, brauchen Eltern noch Noten dazu, dann können sie das an den jeweiligen Schulstandorten. Und ich glaube, wir würden uns einiges an Verwaltungsaufwand ersparen.

Was ich recht spannend gefunden habe in dem Antrag war die Aussage, dass mit Ziffernnoten die Leistungen direkt vergleichbar sind. Also das ist wirklich spannend. Wenn man sich dazu zum Beispiel den Universitätsprofessor Dr. Rupert Vierlinger liest, ein Plädoyer für die Abschaffung der Ziffernnoten, dann kommt der nämlich ganz genau zu einer gegenteiligen Annahme, und zwar nicht nur bei Deutschsaufsätzen oder in Fremdsprachen, sondern natürlich diese Variante gibt es sogar im Prüfungsfach Mathematik, dass nicht jeder Einser von jedem Pädagogen, von jeder Pädagogin auch mit einem Einser beurteilt wird.

Also auch das stimmt nicht, dass wenn jemand einen Einser hat, und der Kollege Hirz, jetzt komme ich dauernd schon auf dich zurück, hat es eh erklärt, es gibt diese Gauß'sche Verteilungskurve und nach dem wird beurteilt und nicht, dass man sagen kann, der Lehrer A beurteilt das mit einem Einser oder Zweier und die Lehrerin B würde dem folgen, sondern das ist ganz unterschiedlich. Der Dr. Vierlinger sagt zum Beispiel selber, wenn er einen Aufsatz kriegen würde, den er dann in zwei Jahren selber noch einmal zu verbessern hätte, und es wären alle seine Korrekturen gelöscht, wüsste er nicht, ob er noch einmal annähernd zum gleichen Ergebnis kommt. Also wir sollen da nicht irgendetwas konstruieren, was so nicht ist. Auch eine Ziffernote macht das System nicht vergleichbarer.

Und was schon noch ein zentraler Aspekt ist, auch den sollten wir beachten, was ist mit Schülern, die es vielleicht ein wenig schwieriger haben beim Start, wie macht man das vergleichbar? Der lernt für sich selber sehr viel dazu. Seine Mitschülerinnen und Mitschüler tun das Gleiche und er bleibt immer irgendwie hinten, hat aber einen großen Entwicklungsschritt gemacht.

Und ich denke nicht, dass das der Förderung der Kinder entspricht. Ich glaube, da hat sich das System bewährt, auch alternative Leistungsbeschreibungen möglich zu machen. Ich glaube, am Schulstandort können diese Fragen wirklich besser geklärt werden, als wie wenn wir wieder diese Methode wählen mit den Anträgen, die dann eh immer genehmigt oder großteils genehmigt werden. Und wenn wir mehr Anträge haben als wir Schulen haben, glaube ich, spricht das eine deutliche Sprache. In diesem Sinne werden wir, wie schon anfangs gesagt, weder der Dringlichkeit noch dem Inhalt dieses Antrags näher treten. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Klubobfrau Kirchmayr.

Abg. KO **Mag. Kirchmayr:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, auf der Galerie und im Internet! Warum die Dringlichkeit dieses Antrags? Weil laut Bundesministerin Heinisch-Hosek die alternative Beurteilung für alle kommen soll und es auch in der Volksschule keine Wiederholung mehr geben soll. Daher auch die Dringlichkeit. Es ist jetzt so, dass das auf Bundesebene in der Endabstimmung ist und daher wollen wir auch unsere Position kundtun, wie wir das sehen.

Das widerspricht sich gar nicht mit dem Antrag, der 2014, glaube ich, eingegangen ist, weil da war auch nie die Rede davon, dass man die Noten abschafft, sondern nur, dass man aus dem Schulversuch eine Regelmöglichkeit schafft und dort aber immer noch autonom entschieden wird. Denn, und das muss ich jetzt lobenswert erwähnen, Oberösterreich, lieber Gottfried Hirz, du hast es gesagt, ist da ganz besonders fortschrittlich. Dank unserer damaligen Landesrätin Mag. Doris Hummer, aber auch natürlich unseres Landeshauptmann-Stellvertreters Thomas Stelzer haben wir und werden wir auch in Zukunft die Schulautonomie stärken, das heißt, die Schulstandorte stärken und das heißt wiederum, dass Eltern, Lehrer schulparterschaftlich selbst bestimmen, welchen Weg sie gehen.

Und unsere Aufgabe ist es, den Rahmen darum zu spannen. Und es gibt ja mehrere Möglichkeiten, zum einen die Benotung in Ziffern, zum anderen die Benotung mit verbaler Beurteilung und zum Dritten auch die rein alternative Leistungsbeurteilung.

Und ich habe mir ein Beispiel mitgenommen, damit man sich ein bisschen vorstellen kann, wie das passiert, nämlich eine Kombination aus Noten und verbaler Beurteilung, aber keine reine alternative Beurteilung: Das ist der kleine Clemens, der die erste Klasse Volksschule besucht

hat. Darin steht: Clemens, du bist ein aufgeschlossener, hilfsbereiter Schüler und arbeitest fleißig mit. Bemühe dich aber, besser aufzupassen und zuzuhören. Dann sind deine Arbeiten bestimmt auch fehlerfrei. Du bist ein guter Sänger und auch schon recht tüchtig bei der Lautdifferenzierung. Im offenen Unterricht arbeitest du mit Ausdauer und Konzentration. Besonders geschickt bist du beim Bauen und Konstruieren. Clemens, es wäre schön, wenn du dich nur mehr an unsere Regeln halten könntest, damit ich dich nicht so oft ermahnen muss. Ich freue mich oft sehr, dass du unsere Klasse so ordentlich aufräumst. Du hast Freude an Religion, bist aber nicht immer so aufmerksam. Du kannst dich nur schwer an den Ordnungsrahmen halten. Und zusätzlich dazu gibt es für Lesen, Rechnen, Schreiben und noch andere ein Notensystem, nämlich ein Ziffernnotensystem in diesem Rahmen.

Und so kann man sagen, die Noten geben unseren Kindern zum einen Teil Orientierung. Sie können sich gegenseitig vergleichen. Sie sollen aber auch anspornen. Sie geben aber auch den Eltern zusätzlich zur verbalen Beurteilung richtungsweisende und ausschlaggebende Eckpfeiler, wie mit den Kindern in Zukunft umgegangen werden soll.

Es ist aber auch das Thema des Wiederholens, das ich da in den Raum stellen möchte. Nicht alle Kinder sind gleich reif. Und oft schadet es nicht, wenn man einem Kind die Chance und die Möglichkeit gibt, noch einmal ein Jahr zu nutzen, um zu reifen. (Zwischenruf Abg. KO Dipl.-Päd. Hirz: „Die Chance haben sie ja!“) Um zu reifen, denn wir legen in den Volksschulen wirklich im Lesen, im Rechnen, im Schreiben und noch in vielen anderen Bereichen, aber auch im Lernen lernen wirklich das Fundament und die Grundbausteine, auf denen aufgebaut werden muss. Es ist ein Ort der Kreativität, ein Ort, wo man soziales Verhalten erlernt, aber eben auch ein Ort des Lernens.

Und am Ende des Tages geht es darum, dass die Kinder Spaß am Lernen haben und Freude am Lernen haben, dass sie auch in Zukunft zur Schule gehen, gerne zur Schule gehen und das muss unsere Grundintention sein. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung. (Beifall)

Zweiter Präsident: Helene, ich danke dir, dass du nicht mein Zeugnis verlesen hast. Das wäre wahrscheinlich ein eher negatives Beispiel gewesen. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Du hast dich gesteigert!“ Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Und bist auch was worden!“) Es gibt keine Wortmeldung mehr. Dem Herwig seines könntest du nächstes Mal vortragen, das wäre sicher aufschlussreich.

Ich schließe die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 98/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wie der Herr Schriftführer bereits angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 99/2016 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 99/2016 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Reduktion der Familienbeihilfe für Nicht-Staatsbürger. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich.

Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 99/2016 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Wall.

Abg. **Wall:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! In der letzten Landtagssitzung haben wir diskutiert über das neue Kinderbetreuungsgeld und haben festgestellt, dass nicht, wie wir es uns erwarten, eine entsprechende Inflationsanpassung einmal vorgenommen wird, weil es eigentlich schon ein Viertel, kann man sagen, seines Wertes verloren hat, aber offensichtlich zu wenig Geld im Familienressort dafür da ist.

Heute geht es um die Reduktion der Familienbeihilfe für Nicht-Staatsbürger in unserem Dringlichkeitsantrag. Entgegen anders lautender Prognosen hat die EU-Osterweiterung und der freie Zugang zum Arbeitsmarkt zu einer starken Zuwanderung nach Österreich aus diesen Ländern geführt. Mittlerweile leben rund 240.000 Ungarn, Slowaken, Polen und Rumänen in Österreich, ungefähr zehnmal so viel als man angenommen hat. Nicht alle haben ihre Familien mitgenommen, sondern ihre Kinder in den Herkunftsländern. Und um die geht es in unserem heutigen Antrag.

Die Kosten für Familienleistungen für Nicht-Staatsbürger, deren Kinder im EU-Ausland leben, sind kräftig angestiegen. Österreich hat im Jahr 2015 rund 223 Millionen Euro an Familienbeihilfe ins Ausland überwiesen. 2010 waren das noch 150 Millionen Euro, jetzt sind es 223 Millionen Euro. Dabei werden die Lebenshaltungskosten in diesen Staaten, wo die Kinder leben, in keiner Weise berücksichtigt. Ein Rumäne, der bei uns arbeitet, erhält für seine beiden Kinder im Heimatland 300 Euro Familienbeihilfe. Das entspricht ungefähr einem monatlichen Durchschnittseinkommen in Rumänien. Er würde, wenn er zu Hause leben würde, für seine beiden Kinder in etwa 20 Euro Familienbeihilfe bekommen.

Wir Freiheitliche fordern daher seit Jahren, diesen Export von Familienleistungen ins Ausland zu stoppen und eine entsprechende Anpassung nach dem Herkunftslandprinzip vorzunehmen. Das derzeitige System ist gegenüber den heimischen Familien ungerecht und wir können es uns auch gar nicht leisten, weil sonst hätten wir vielleicht mehr Geld für die eigenen Familien.

Vor einigen Monaten hat ÖVP-Außenminister Kurz dieses Thema für sich entdeckt und sogar SPÖ-Bundeskanzler Faymann, wie wir in der Krone vom 21. Februar 2016 lesen, ist offen für eine Vorgangsweise, wie sie die Briten lautstark fordern. Wir erwarten uns von der Bundesregierung, dass den Worten Taten folgen und dass sie sich mit Entschlossenheit einsetzt in Brüssel für eine österreichische Lösung. Ich ersuche Sie um Zustimmung zur Dringlichkeit. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Binder.

Abg. **Binder:** Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Haus, werte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie und im Internet! Die Kollegin Wall hat mir das Argument selbst geliefert, warum wir für diesen Antrag keine Dringlichkeit erkennen können und auch der Kollege Stanek hat heute schon davon gesprochen, dass etwas in der Zeitung steht, was schon passieren wird im Zusammenhang mit dem Kasernenstandort Freistadt. Steht auch hier schon in der Zeitung, dass auf EU-Ebene über Änderungen des Europarechtes verhandelt wird, die allerdings auch die Grundlage ist für eine Änderung, wie Sie sie hier wünschen.

Es ist also ratsam, hier keine Dringlichkeit zu sehen, sondern diese Verhandlungen und diese notwendigen Änderungen des Europarechts abzuwarten und sich da noch die Zeit zu nehmen, werte Kolleginnen und Kollegen, um an der Qualität des Antrages noch etwas zu

arbeiten, auch um der Bundesregierung, die Sie ja auffordern, noch etwas weniger Interpretationsspielraum zu lassen, worauf wir eigentlich hinauswollen.

Geht es wirklich nur um das Senken der Familienbeihilfe zum Beispiel? In einem Drittel der EU-Staaten liegt das Preisniveau des Endverbrauchs für private Haushalte über dem österreichischen Preisniveau, zum Beispiel in Frankreich oder den Beneluxstaaten. Aber sollte man dort dann eventuell die bessere Versorgung in der Kinderbetreuung berücksichtigen und in Abzug bringen? Auch das wäre etwas, was man im Zuge einer ausführlicheren und längeren Diskussion auch debattieren könnte.

Was passiert dann mit dem wirklich möglicherweise weniger ins Ausland überwiesene Geld? Soll das dann nur gespart werden oder eben, wie angesprochen, den in Österreich lebenden Familien zu Gute kommen? Seit 1987 ist ja die ÖVP, mit einer kurzen Unterbrechung die FPÖ, im Familienministerium gesessen. Seit 2000 ist der Verbraucherpreisindex um ein Drittel gestiegen. Sind also die Lebenshaltungskosten im Schnitt um ein Drittel teurer geworden. Die Familienbeihilfe, auch das haben Sie festgestellt, ist hingegen in diesen Jahren nicht erhöht worden. Erst 2014 und 2015 und heuer eben nur um sechs Prozent in Summe in diesen sechzehn Jahren gestiegen.

Sie sehen, viele Spielräume der Interpretation, viele offene Fragen, das ist auch der Grund, warum wir der Dringlichkeit die Zustimmung nicht erteilen werden. Aber, wir gehen davon aus, dass Sie diesen Antrag in gewohnter Husch-Pfusch-Manier heute sowieso zur Abstimmung verhelfen wollen und darum sage ich auch etwas zum weiteren Abstimmungsverhalten.

Wir können nämlich der diesem Antrag innewohnenden Logik durchaus etwas abgewinnen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner. Er hat eine Logik. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Ich habe eine Logik, das ist richtig!“) Der Antrag, (Heiterkeit) der Antrag, Ihre Logik, na ja. Sie haben auch eine Logik, die ist nicht immer die richtige. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Aber ich freu mich, wenn Ihr sie nachvollziehen könnt!“)

Wie 1955, wir werden sehen, wie weit Sie Logik folgen können, wie 1955 das Familienlastenausgleichsgesetz erstmals erlassen wurde, hieß es darin: Mit der Familienbeihilfe soll der Ausgleich der finanziellen Mehrbelastung, die die Ernährung, Bekleidung, häusliche Unterbringung und Erziehung von Kindern verursacht, abgeglichen werden. Es ist nicht nur eine Forderung der sozialen Gerechtigkeit, das zu tun, sondern eine gesellschaftliche Existenznotwendigkeit. Die Familienbeihilfe ist also eine gesellschaftliche Pflicht und soll dabei unterstützen, die Lebenshaltungskosten von Kindern abzudecken.

Nur logisch, aus unserer Sicht auch, dass dabei das Preisniveau für Güter des täglichen Bedarfs in jener Region, in der die Kinder leben, für die es diese Unterstützung gibt, eine Rolle spielen sollte. Man könnte in diesem Zusammenhang fast von einer bedarfsorientierten Familienbeihilfe sprechen. Verblüffend ähnlich ist ja auch die Definition der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Mit einer pauschalierten Leistung soll besonders der regelmäßige Aufwand für Wohnung, Nahrung, Bekleidung, Körperpflege, Hausrat, Heizung und Strom sowie kulturelle und soziale Teilhabe abgedeckt werden. Dafür muss dann logischerweise auch hier das Preisniveau jener Region zum Tragen kommen, in der die Menschen leben, die diese Unterstützung der Gesellschaft brauchen.

Wir werden also der Dringlichkeit des Antrags nicht zustimmen in weiterer Folge dem Antrag trotz aller Verbesserungswürdigkeit dann doch. Wir werden Sie aber auch im Unterausschuss zum Thema Mindestsicherung an diese Logik erinnern. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Kaineder.

Abg. **Kaineder:** Danke Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte noch kurz replizieren auf das, was die Kollegin Wall gesagt hat. Die zwanzig Euro, die es in Rumänien Kinderbeihilfe gibt, die würden nicht die Menschen bekommen oder die Kinder bekommen. Die bekommen sie tatsächlich und der österreichische Staat bezahlt nur, was sozusagen auf die österreichische Familienbeihilfe fehlt. Weil Sie gesagt haben, die würden zwanzig Euro bekommen.

Sie bekommen zwanzig Euro und der österreichische Staat bezahlt diese zwanzig Euro weniger. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Das heißt eh nicht der volle Preis!“) Ich komme noch dazu.

Der Kollege Binder hat es angesprochen. Dieser vorliegende Antrag hat eine Logik. Ich erkenne das auch an, denn wenn die Verpflegung von Kindern in Rumänien weniger Geld kostet und die Eltern deshalb für ihre Kinder, die in Rumänien leben, weniger Geld vom österreichischen Steuerzahler bekommen sollen, dann hat das eine Logik.

Wenn die Welt so einfach wär, könnten wir jetzt einfach zustimmen. Es ist aber komplizierter, und ich werde euch heute drei wesentliche Punkte ans Herz legen, die ich als wichtig empfinde, wenn wir uns diesen Antrag anschauen und deshalb können wir auch der Dringlichkeit nicht zustimmen, weil ich glaube, es braucht eine konkrete Betrachtung der Lebensumstände und nicht diese simple einmal-eins-Logik, die dem Antrag zugrunde liegt.

Also, erstens ist es einmal so, der Kollege Binder hat gesagt, der Familienlastenausgleichsfonds, worauf der abzielt und hat es ausgabenseitig sozusagen als richtig befunden, dass man diese Abstufungen macht, wie sie gefordert sind. Ich beziehe mich auf denselben Familienlastenausgleichsfonds und sage, jede österreichische Beschäftigte und jeder österreichische Beschäftigte zahlt in diesem Fonds gleichviel Geld ein. Also, wenn ihr jetzt nicht hergeht und sagt, wir rechnen dem rumänischen Beschäftigten die 35 Prozent oder 40 Prozent herunter, die sie sozusagen auf das Niveau der rumänischen weniger bekommen, dann empfinde ich es als eine Ungerechtigkeit, dass die sozusagen im österreichischen Niveau einzahlen und dann nicht das österreichische Niveau herausbekommen, also das könnten wir und sollten wir uns genauer anschauen, ob das gerecht ist.

Der zweite Punkt ist: Wir müssen uns ein paar wesentliche Fragen stellen. Nämlich: Wer sind diese Arbeitskräfte? Wie wichtig sind diese Arbeitskräfte für die österreichische Wirtschaft und wie wichtig ist die Familienbeihilfe als sozusagen auch Teil ihres Lohns, weil sie in Österreich arbeiten, für die Bereitschaft überhaupt nach Österreich zu pendeln? Weil die, von denen Sie jetzt sprechen und vor allem, wenn Sie im Antrag schon die Rumänen erwähnen, ja, die haben einen sehr weiten Weg und die wohnen nicht dauerhaft und lustvoll bei uns, ohne ihre Kinder zu sehen, sondern die fahren in regelmäßigen Abständen, so oft sie können, wieder nach Hause und das heißt, wir müssen uns fragen, (Zwischenruf Abg. Stanek: „Aber, sie machen es schon freiwillig, oder?“) sie machen es freiwillig. (Zwischenruf Abg. Stanek: „Ja! Danke!“)

Jetzt habe ich zwei Fragen gestellt. Ich wiederhole sie gerne noch einmal, damit wir nicht vergessen, was die Fragen waren. (Zwischenruf Abg. Stanek: „Nein, ich habe nur eine Feststellung gemacht!“) Ja, ja. Wie wichtig sind diese Arbeitskräfte für unsere Wirtschaft. (Zwischenruf Abg. Stanek: „Ja, aber freiwillig!“) Die machen das natürlich freiwillig. Und wie wichtig ist die Familienbeihilfe für die Bereitschaft hierherzukommen, freiwillig? (Zwischenruf Abg. Stanek: „Aber freiwillig!“) Ja. Genau, weil die Familienbeihilfe die wir sozusagen nach Rumänien zahlen würden, wär ja dann nicht zwanzig Euro, sondern sie wär um 35 Prozent vielleicht 40 Prozent niedriger als die, die sie jetzt bekommen, weil die Lebenshaltungskosten um 35 Prozent niedriger sind.

Ihr wisst das sicher alle. Gerade aus Rumänien haben wir ganz, ganz viele Frauen, die zu uns pendeln, die in der Vierundzwanzigstundenpflege tätig sind. In einem absoluten Niedriglohnsektor. Für die ist es sicher ein großer Anreiz, eine österreichische Familienbeihilfe für die Kinder zuhause zu bekommen.

Eine Illusion darf ich jetzt schon nehmen. Es wird hier suggeriert, man wird sozusagen von der österreichischen Familienbeihilfe reich werden. Wenn ich in Rumänien wohne und von Rumänien nach Österreich, sagen wir einmal am Wochenende, nach Hause fahren will, dann bleiben die 120 Euro die für die zwei Kinder dann weniger ausbezahlt würden, ohnehin jetzt schon auf der Autobahn.

Ihr könnt es euch ausrechnen. Wie oft könnt Ihr von Linz nach Bukarest fahren, (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Das ist ein Fahrtkostenzuschuss!“ Unverständliche Zwischenrufe.) die 120 Euro, ich stelle nur die Frage. (Zwischenruf Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: „Das ist ein Fahrtkostenzuschuss!“) Ja, aber das ist ein wesentlicher Grund, warum die überhaupt hier herkommen. Warum finden wir in Österreich die Arbeitskräfte nicht, die in unserem Pflegebereich arbeiten?

Ein dritter Aspekt, den finde ich noch sehr wichtig und das ist etwas, das ich mir auch genauer anschauen würde. Wenn wir das System so ändern, wie Ihr das fordert, dann würden wir uns eines positiven Nebeneffektes entledigen. Ich erkläre euch, warum mir das wichtig ist. Ich komme aus der Entwicklungszusammenarbeit. Momentan fördern wir mit dieser Familienbeihilfe jedes Kind gleich und das bedeutet, dass in wirtschaftlich schwachen Regionen Europas für Kinder mehr Geld zur Verfügung ist. Ich finde diesen Nebeneffekt, ich würde ihn gerne mit euch diskutieren in einem Ausschuss, in einem Unterausschuss, aber ich kann diesem Antrag aus diesen Gründen die Dringlichkeit heute nicht geben und wir werden ihm auch nicht zustimmen. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abg. Hattmannsdorfer.

Abg. Mag. Dr. Hattmannsdorfer: Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Zuseherinnen und Zuseher! Wir fordern heute die Reduktion der Familienbeihilfe für Kinder von Nicht-Staatsbürgern, die im Ausland leben und wir werden das heute auch beschließen, um es unmissverständlich festzuhalten.

Lieber Peter Binder! Wenn du uns heute eine Husch-Pfusch-Manier bei dem Modus der Abstimmung vorwirfst, dann werfe ich der SPÖ eine Husch-Pfusch-Politik vor, weil das mittlerweile nicht mehr zu verstehen ist, wie hier argumentiert wird. Wir erleben eine internationale Diskussion. Wo sich auch die große Koalition in Deutschland diesem Zugang widmet. Wir haben auch eine klare Stellungnahme des Bundeskanzlers und du stehst da

herausßen, argumentierst mit einer Husch-Pfusch-Manier, machst eine Husch-Pfusch-Manier in deiner Politik und dann Husch-Pfusch auch im eigenen Abstimmungsverhalten der SPÖ.

Um für uns ganz klar festzuhalten: Es geht heute um soziale Verantwortung. Es geht heute darum, unser Sozialsystem und auch die Unterstützung der Familien auf Dauer abzusichern. Und da ist es unser Auftrag, unsere Systeme, unsere Sozialsysteme vor Überlastung zu schützen. Wir brauchen uns ja nur die Fakten anschauen.

Wenn wir jährlich 220 Millionen Euro überweisen an Familien von Nicht-Staatsbürgern, deren Kinder im Ausland leben, dann gibt es da eine massive Schieflage. Und das Beispiel Rumänien ist schon angesprochen worden. Wenn die rumänische Familienbeihilfe zwanzig Euro beträgt, dann zahlen wir 130 Euro auf für Kinder, die in Rumänien leben und die nicht in Österreich leben. Das kann es wohl nicht sein.

Es geht hier nämlich nicht darum, dass die Familienbeihilfe ein Lohnzuschuss ist oder dass die Familienbeihilfe ein Fahrtkostenzuschuss ist, sondern eine Familienbeihilfe ist eine Beihilfe für die Familienleistung, für alle Kosten im Rahmen der Kinderbetreuung hier in Österreich. Und wenn die Lebenshaltungskosten in Rumänien dementsprechend niedriger sind, ist es nicht unsere Aufgabe hier über Beihilfen zu Lohnniveaus zu kommen, die dort in keiner Vergleichbarkeit mehr stehen.

Und das Beispiel wurde ja angesprochen: Mit zwei Kindern sind das 300 Euro in Rumänien. Das entspricht dem Durchschnittseinkommen und das ist auch volkswirtschaftlich nicht mehr erklärbar, dass wir da Volkswirtschaften auch quer subventionieren in Zeiten enger Staatskassen, in Zeiten, wo wir draufschauen müssen, dass wir unsere Sozialsysteme auch auf Dauer absichern können. (Zwischenruf Abg. Binder: „Nach Kürzung sind es 220 Euro, nicht 20 Euro!“) Nein, und das Argument von den Grünen ist ja super. Nachdem die Rumänen ja eh zwanzig Euro zahlen, müssen wir nicht 150 Euro zuschießen, sondern nur 130 Euro zuschießen. Das ist irgendeine Voodoo-Ökonomie, der ich nicht folgen kann und verzerrt volkswirtschaftlich total (Unverständlicher Zwischenruf links.) die Gemengelage und kann nicht unser Zugang sein.

Ich appelliere daher an jene, die sich dieser Frage offen und ehrlich widmen. Ich appelliere, dass wir das Thema ehrlich und (Unverständlicher Zwischenrufe links.) sachlich diskutieren und nicht, weil es keine Gegenargumente dazu gibt, irgendetwas vorschieben. Die SPÖ findet dann den Weg, dass sie der Dringlichkeit nicht zustimmt, aber dann dem Antrag doch zustimmt, um da irgendwie durchzufinden. Bekennen wir uns doch ganz klar. Was ist Aufgabe des Sozialstaates? Was ist unsere Verantwortung als Politiker in Oberösterreich, als österreichische Politiker? Uns muss es um die Familienbeihilfe gehen, die wir auszahlen an Familien, die hier in Österreich leben und unser Auftrag ist es nicht, mit Familienbeihilfe, die wir zu 220 Millionen Euro im Jahr ans Ausland überweisen, dort quasi zur ökonomischen und zur volkswirtschaftlichen Verzerrungen beizutragen.

Wir bekennen uns zu einem dichten sozialen Netz. Wir bekennen uns zur vollsten Unterstützung für unsere Familien und handeln auch dementsprechend und ich bin dankbar, dass es hier jetzt auch auf europäischer Ebene eine klare Schwerpunktsetzung im Rahmen der Verhandlungen mit den Briten gibt. Ich bin dankbar, dass auch Deutschland die Signale der Zeit erkennt und ebenfalls Beschlüsse in diese Richtung vorbereiten lässt und ich glaube, das sollte uns ermutigen und bestärken, dass wir auch im Oberösterreichischen Landtag hier einen gemeinsamen Antrag zum Wohle unserer Familien, aber auch zur

Absicherung unserer Sozialstandards leisten und appelliere nochmals an alle hier anwesenden Mandatäre, diesem Antrag zuzustimmen. (Beifall)

Zweiter Präsident: Mir liegt keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe somit die Wechselrede. Bevor wir zur Abstimmung kommen, darf ich noch Herrn Dr. Wilhelm Köhler und die Schülerinnen und Schüler der Gesundheits- und Krankenpflegeschule der Elisabethinen begrüßen. Ich wünsche ihnen eine spannende und interessante Stunde hier bei uns im Oö. Landtag.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oö. Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 99/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Tagesordnung und somit zur Behandlung der dringlichen Anfrage des SPÖ-Landtagsklubs an Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Manfred Haimbuchner zum Thema Versorgung von Wohneinheiten in Oberösterreich mit erneuerbarer Energie durch Anlagen, deren Errichtung im Rahmen der Oö. Energiespar-Verordnung gefördert wurden.

Ich darf Herrn Klubobmann Makor bitten, die dringliche Anfrage vorzutragen.

Abg. KO **Makor:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner! Zielgenau, punktgenau mit der Öffnung der Welser Messe, jener weit über die Grenzen Oberösterreichs und Österreichs hinaus bekannten Fachmesse für Energiesparen und Ökoenergie, wo Tausende internationale Aussteller aus dem Bereich der Ökoenergiebranche für ihre Produkte und für ihre Branche werben und darüber informieren, wo zigtausende Besucherinnen und Besucher, die wahrscheinlich zu einem Großteil in den nächsten Wochen, Monaten oder vielleicht Jahren vorhaben in diesem Bereich, weil sie Haus bauen oder sonstige Investitionen vorhaben, zu investieren, (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Sanieren wir!“) genau, zielgerichtet punktgenau an diesem Tag haben Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner, es verursacht, dass es zu einem riesen Wirbel, zu einer riesen Diskussion, ja geradezu zu einer Blamage auf dieser Messe gekommen ist.

Nämlich dadurch, sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, dass Ihre Pläne der Reduzierung, ja der Streichung der Landesförderung für den Einbau von Solaranlagen, der Einbau von Wärmepumpen und der Anschluss an Nah- und Fernwärme durchgesetzt werden soll durch die Novelle der Oö. Neubau-Verordnung und das Ende der Oö. Energiespar-Verordnung 2008. Noch dazu, meine sehr geehrten Damen und Herren, soll dies überfallsartig passieren.

Überfallsartig deswegen, weil mit Ende Juni, in wenigen Monaten, diese Förderung bereits auslaufen soll und damit die Planungssicherheit für all jene, die selbst Häuslbauer sind, nicht mehr gegeben ist und auch für die Wirtschaft es eine riesen Herausforderung ist, weil wenn plötzlich ein bestimmender Teil einer Finanzierung und die Förderung mit 1.000 Euro bis 1.700 Euro ist keine Kleinigkeit mehr, das ist schon interessantes Geld auch für die Oberösterreichinnen und Oberösterreicher, wenn dies wegfällt und das überfallsartig passiert, so ist das ein riesen Problem.

Sie, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner, verursachen damit eine Verteuerung für die Häuslbauer in Konsequenz letztendlich auch für die Mieterinnen und Mieter und Sie verunsichern die Energiebranche, nämlich vor allem jene Alternativenergiebranche, auf die wir in dutzenden, ja wenn nicht in hunderten Beiträgen in diesem Haus so stolz waren und so stolz sind, weil sie sich gerade in Oberösterreich im letzten Jahrzehnt hervorragend entwickelt hat, in vielen Bereichen zum Branchenführer, zum Weltmarktführer entwickelt hat. Das hat sich nicht aus „mir nichts dir nichts“ ergeben, sondern auch deswegen, weil es für diesen Energiebereich eine Förderung und politische Unterstützung seitens der Landespolitik gegeben hat. Es ist also eine falsche Maßnahme noch dazu zum falschen Zeitpunkt, und das noch dazu überfallsartig. Aus diesem Grund, sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner, erlaube ich mir folgende dringliche Anfragen an Sie zu stellen: Erstens, wie viele Wohneinheiten werden in Oberösterreich mit erneuerbarer Energie versorgt, die durch Anlagen gewonnen werden, deren Errichtung im Rahmen der Oö. Energiespar-Verordnung bislang gefördert worden sind? Frage zwei, die Errichtung wie vieler Solaranlagen und Wärmepumpen wurde 2015 jeweils im Rahmen der Oö. Energiespar-Verordnung gefördert? Drittens, der Anschluss wie vieler Wohneinheiten an Fern- bzw. Nahwärme wurde 2015 im Rahmen der Oö. Energiespar-Verordnung gefördert? Viertens, mit welchen Maßnahmen werden Sie verhindern, dass sich Eigenheimbesitzerinnen und -besitzer aufgrund kurzfristiger Preisvorteile langfristig wieder in die unberechenbare und umweltschädliche Ölabhängigkeit begeben? Fünftens, planen Sie in anderen Wohnbau-Verordnungen die Reduzierung bzw. Abschaffung weiterer Förderungen, insbesondere im Energiebereich? Insbesondere die letzte Frage wird von großem Interesse sein, weil Ihrer Argumentation folgend, dass die Beheizung und auch die Energieversorgung von Häusern nichts mit dem Wohnbau zu tun hat, daraus könnte man auch ableiten, dass es auch andere Verordnungen gibt, wo Sie auf ähnliche Argumentationen zurückgreifen könnten und damit Förderungen auch im geförderten Mietwohnbereich abschaffen könnten. Danke sehr. (Beifall)

Zweiter Präsident: Ich ersuche nun Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner um die Beantwortung der Anfrage.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrter Herr Präsident, hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren Zuseher! Ein wichtiges Thema die Energiespar-Verordnung, ich glaube, erneuerbare Energie ist uns allen ein besonderes Anliegen, nicht nur Ihnen, Herr Klubobmann Makor, aber Sie waren ja gar nicht bei der Energiesparmesse anwesend, ich habe Sie gar nicht gesehen. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Ich war nicht beim Gratisbuffet!“) Offensichtlich, Herr Klubobmann, ist Ihnen dieses Thema gar nicht so wichtig, ich war von 9.30 Uhr bis 16.30 Uhr auf der Energiesparmesse, ich habe mich mit allen möglichen Ausstellern und Gästen auch unterhalten und sehr, sehr gute Gespräche geführt. Übrigens diese Änderung, wo Sie von einem Überfall sprechen, von einem Banküberfall, es war überfallsartig von einem Zeitpunkt auf den anderen, na ja so überfallsartig ist das nicht. Sie wissen, Sie sind ja ein erfahrener Wohnbausprecher der SPÖ-Fraktion, seit sieben Jahren fordere ich hier diese wohnbauförderungs Fremde Förderung im Wohnbaubereich auch abzustellen. Ich glaube, ich kann das ganz vernünftig begründen, jedenfalls ist meine Entscheidung nicht vom Himmel gefallen, Sie finden es auch im Arbeitsübereinkommen, was Sie sicherlich sehr aufmerksam durchgelesen haben, es war vor vielen Monaten. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Da steht drinnen wird geprüft!“) Nein es steht drinnen, es ist immer wichtig sinnerfassend zu lesen. (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Das ist ein Blödsinn!“) Es steht drinnen, dass es auslaufen wird, dass wir dann diese Mittel für den Neubau wieder verwenden werden und für die Sanierung.

Übrigens, Herr Kollege, wenn mehr gebaut wird, dann werden auch mehr diese Systeme einbauen, ich glaube, das ist eine Logik, die ganz entscheidend ist. Ich habe das mehrmals medial gesagt, übrigens auch hier im Landtag, ich glaube bei fast jeder Budgetdebatte, soweit ich mich erinnern kann. Man muss einmal festhalten, es gibt keinen Anspruch auf eine Dauerförderung, an und für sich wurde diese Förderung als eine Art Impulsförderung eingeführt für neue Systeme, ich glaube auch aus guten und aus vernünftigen Gründen, überhaupt keine Frage. Ja, wir haben in Oberösterreich tolle Unternehmen in diesem Bereich, sehr gute Produkte mit einer ausgezeichneten Technik, die sich übrigens durchgesetzt hat, von dem gehe ich als vernunftorientierter Mensch aus. Wir dürfen nicht vergessen, einen Landesrechnungshofbericht hat es dazu gegeben, Doppelförderungen wurden auch kritisiert, ich werde diese Doppelförderung auch abstellen.

Ich komme jetzt zur Beantwortung der konkreten Frage, Sie haben mich gefragt, wie viele Wohneinheiten werden in Oberösterreich mit erneuerbarer Energie versorgt, die durch Anlagen gewonnen werden, deren Errichtung im Rahmen der Oö. Energiespar-Verordnung bislang gefördert worden ist? Meine Antwort dazu: Das Wohnbauressort fördert seit mehr als 35 Jahren Energiegewinnungsanlagen, die Oö. Energiespar-Verordnung in ihrer jetzigen Form gibt es seit dem Jahr 2003, bis zu diesem Zeitpunkt wurden die Alternativanlagen mit dem Oberösterreichischen Landes-, Wohnungs- und Siedlungsfonds gefördert. In den Jahren 2003 bis 2015, ich werde es ein bisschen aufschlüsseln, wurden insgesamt 74.281 Alternativanlagen mit öffentlichen Mitteln gefördert. Im Detail waren das 29.324 Wärmepumpen, 38.876 Solaranlagen und 6.033 Fernwärmeanschlüsse, sowie 48 Wohnraumlüftungen. In den Jahren 1980 bis 2002, also vor der Energiespar-Verordnung wurden insgesamt 50.984 Alternativanlagen mit öffentlichen Mitteln gefördert, im Detail waren das 22.128 Wärmepumpen, 25.482 Solaranlagen und 3.374 Fernwärmeanschlüsse. Diese Zahlen beziehen sich wie erwähnt auf die geförderten Anlagen, um die Frage nach den Wohneinheiten explizit beantworten zu können, würde dies eine sehr umfassende und zeitaufwendige Auswertung durch die Abteilung IT erfordern. Ich habe es noch einmal aufgeschlüsselt für die Wärmepumpen, Solar- und Fernwärme und Wohnraumlüftungen von den Jahren 2003 bis 2015:

	Wärmepumpen	Solar	Fernwärme	Wohnraumlüftung	Gesamt
2003	1.851	1.908	355		4.114
2004	1.334	1.809	215		3.358
2005	2.337	3.223	376		5.936
2006	2.323	3.313	573		6.209
2007	2.802	3.507	681		6.990
2008	3.686	5.014	739		9.439
2009	2.862	5.161	684		8.707
2010	2.520	4.210	541	1	7.272
2011	2.306	3.470	477	19	6.272
2012	2.021	2.571	405	11	5.008
2013	1.792	1.983	464	4	4.243
2014	1.853	1.482	337	10	3.682
2015	1.637	1.225	186	3	3.051
Summe	29.324	38.876	6.033	48	74.281

Die Summe bei den Wärmepumpen, damals waren die Mittel aus dem Oberösterreichischen Landes-, Wohnungs- und Siedlungsfonds, Wärmepumpen 1980 bis 2002 21.128, Solaranlagen 25.482, Fernwärme 3.374, insgesamt 50.984.

Ich komme zur Beantwortung der Unterfrage, die Unterfrage eins, die Errichtung wie vieler Solaranlagen und Wärmepumpen wurde 2015 jeweils im Rahmen der Oö. Energiesparverordnung gefördert? Wortlaut der zweiten Unterfrage, der Anschluss wie vieler Wohneinheiten an Fern- bzw. Nahwärme wurde 2015 im Rahmen der Oö. Energiesparverordnung gefördert? Ich sage es noch einmal extra dazu, für die Errichtung von 1.637 Wärmepumpen, 1.225 Solaranlagen, 186 Wärmeanschlüssen sowie drei kontrollierten Wohnraumlüftungen, also insgesamt 3.051 Alternativenanlagen wurden im Jahr 2015 5,7 Millionen Euro an öffentlichen Mitteln aus dem Wohnbaressort bewilligt.

Wortlaut der dritten Unterfrage, mit welchen Maßnahmen werden Sie verhindern, dass sich Eigenheimbesitzerinnen und -besitzer aufgrund kurzfristiger Preisvorteile langfristig wieder in die unberechenbare und umweltschädliche Ölabhängigkeit begeben? Ich darf Ihnen dazu Folgendes antworten: Es werden innovative und vor allem klimarelevante Heizsysteme bei der Neuerrichtung von Eigenheimen und im mehrgeschossigen Wohnbau gefördert. Ich streiche hervor, es ist etwas ganz Wichtiges, es wird in der Diskussion völlig vergessen, dass Ölheizungen in Oberösterreich aufgrund der Förderbestimmungen nicht zulässig sind, diese daher einen Förderausschluss darstellen. Das heißt, wenn sie in Oberösterreich, ich halte das auch für richtig, eine Wohnbauförderung beantragen für ein Eigenheim, dann bekommen sie nur dann eine Wohnbauförderung, wenn sie auch ein innovatives, klimarelevantes, gutes Produkt einbauen, das würde ich auch persönlich unterstützen, weil ich es für sinnvoll erachte.

Ich sage Ihnen dazu noch Folgendes, dass ich mit einem bekannten großen Baumeister in Oberösterreich ein Gespräch geführt habe, er hat letztes Jahr 300 Eigenheime errichtet, ich habe ihn gefragt, wie viele fossile Energiesysteme, Ölheizungen eingebaut worden sind, es war ein Fall unter 300, das war ein Vertreter der Mineralölwirtschaft. Wichtig ist mir auch in diesem Zusammenhang zu betonen, dass bei den Heizsystemen die Investitionskosten im Verhältnis zu den laufenden Betriebskosten für die Investitionsentscheidung an sich eine eher untergeordnete Rolle darstellen. Die zweifellos bestehenden Preisvorteile, bei den laufenden Betriebskosten der innovativen, klimarelevanten Heizsysteme im Vergleich zu ölbetriebenen Heizungen, glaube ich, sprechen für sich.

Was mich ein bisschen stört bei dieser Anfrage, Herr Kollege Makor, diese Anfrage unterstellt ein wenig, dass die Häuslbauer in Oberösterreich nicht vernünftige Investitionsentscheidungen treffen würden, weil wie kann man sie davon abhalten? Die Häuslbauer in Oberösterreich sind fleißige Leute, es sind gescheite Leute, es sind Leute, die mit Hausverstand ihre Eigenheime planen, auch die Investitionsentscheidungen sich genau überlegen, sie sich auch am Pragmatismus orientieren. Da kann ich nur dazusagen, da ist nicht die Förderung ausschlaggebend, sondern natürlich die Betriebskosten, und ob dieses System auf die Dauer auch entsprechend funktioniert, und ob sich das auch rechnet, das rechnet sich, ich stehe da vollkommen dahinter.

Zu Antwort vier, da haben Sie gefragt, planen Sie in anderen Wohnbau-Verordnungen die Reduzierung bzw. Abschaffung weiterer Förderungen, insbesondere im Energiebereich? Nein, das ist nicht geplant, aber die Energiespar-Verordnung zu ändern, und vor allem die Förderung auslaufen zu lassen, dahinter stehe ich, irgendwann müssen sich Produkte rechnen. Wir haben tolle Produkte in Oberösterreich, Gott sei Dank, ich bin ein Anhänger der

Marktwirtschaft, ich denke, dass hier im Rahmen der normalen marktwirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Überlegungen die Häuslbauer und die Sanierer sehr geschickt und vernünftig überlegen das entsprechend zu ändern.

Übrigens, der Hauptkritikpunkt im Rahmen der Energiesparmesse war überhaupt nicht, dass diese Förderung auslaufen sollte, sondern das Argument war immer wieder, dass in einem anderen Bereich hier noch Förderungen weiter laufen sollen. Da verstehe ich natürlich, wenn ich ein Vertreter der Solarindustrie oder der Wärmepumpenindustrie wäre, dass das auch kritisiert wird. Das verstehe ich, dass das natürlich die Lobbyisten auch machen, aber ich denke einmal eine Impulsförderung, die im Jahre 1980 mehr oder weniger eingeführt worden ist, 1980 eine Impulsförderung, dass die sich bis heute sozusagen als Dauerförderung etabliert hat und noch dazu vom Wohnbauressort bezahlt wird, das halte ich nicht mehr für vernünftig, und aus diesem Grund habe ich vor langer Zeit immer wieder angeregt, das entsprechend zu ändern. Das Geld versickert nicht irgendwo, sondern dieses Geld soll wieder für Direktdarlehen eingesetzt werden, dass wir mehr Wohneinheiten errichten können und auch die Häuslbauer entsprechend unterstützen können. Damit sich etwas tut, damit eben auch diese klimarelevanten Systeme natürlich vermehrt eingebaut werden, wenn ich mehr baue, wenn ich mehr Wohnungen errichte und für die Förderung ist Voraussetzung, dass ich so ein klimarelevantes System einbaue, na gut, dann haben alle letztendlich einen Vorteil. Es ist budgetär vernünftig, weil ansonsten man in Wahrheit davon ausgeht, irgendwann gibt es eine Impulsförderung, die wird zu einer Dauerförderung, es ist unmöglich, das in irgendeiner Art und Weise dann auch wieder abzuändern, das sieht man ja aufgrund dieser Diskussion.

Ich sage gleich vorweg, man kennt mich gut, ich halte das aus, man muss auch vernünftig sein in der Politik, man muss mit dem Hausverstand vorgehen, vor allem muss man sich in der Politik etwas trauen, wer sich nichts traut, wenn man keinen Mut hat, dann werden wir keinen Euro mehr haben, entsprechend neue Technologien zu fördern. (Zwischenruf Abg. Böker: „Mut!“) Frau Abgeordnete Böker es freut mich, dass Sie auch nicken, das ist etwas ganz Wichtiges, wir haben auch den Mut etwas einmal vernunftorientiert zu ändern, und ich bin stolz auf all die Erzeuger in unserer schönen Heimat, die hier fleißig und innovativ arbeiten. Ich sage Ihnen eines, ich glaube schon, dass Sie alle den Bürgern in diesem Land zutrauen, mit Vernunft vorzugehen, vernünftige Entscheidungen auch zu treffen, Sie werden doch bitte nicht den Häuslbauern, das würde ich Sie schon bitten, die Vernunft absprechen, die arbeiten ganz rational. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Das war bis jetzt auch der Fall!“) Ja natürlich, das war bis jetzt auch der Fall, deswegen sage ich, auch die Politik darf einmal sehr vernünftig werden und sagen, Impulsförderung ist irgendwann, wenn sie sich zu einer Dauerförderung entwickelt, keine Impulsförderung mehr, dann muss man sie einfach auch einmal ändern. (Beifall)

Zweiter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede. Ich teile mit, dass je Fraktion fünf Minuten Redezeit zur Verfügung stehen. Die antragstellende Fraktion hat das Recht der ersten Wortmeldung. Wenn dem nicht so ist, wenn sie darauf verzichtet, dann darf ich Herrn Landesrat Anschöber das Wort erteilen.

Landesrat **Anschöber:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, hohes Haus, geschätzte Besucherinnen und Besucher, ZuhörerInnen, ZuseherInnen! Ich komme gerade aus Brüssel. Wir haben gestern in Brüssel die europäische Allianz für einen schrittweisen Atomausstieg in Europa gegründet. Und ich kann Ihnen berichten, dass es eine enorme Zustimmung dazu gibt aus vielen Regionen in ganz Europa, große deutsche Bundesländer, belgische Regionen, französische, und so weiter und so fort. Und am Ende

höre ich immer bei diesen Diskussionen, ja, ihr seid glaubwürdig, und deswegen bringt ihr im Bereich Anti-Atompolitik etwas weiter. Weil ihr nicht nur dagegen seid, sondern weil ihr zeigt, wie es anders geht, wie die Umstellung, wie die Energiewende hin zu einem umwelt- und klimaverträglichen Energiesystem tatsächlich machbar ist. Punkt eins.

Punkt zwei. Der Chef des Wirtschaftsforschungsinstitutes hat heute gefordert das generelle Aus für Öl und Gas bei allen Neubauten in Österreich aus wirtschaftspolitischen Gründen, weil er sagt, diese alten fossilen Energieträger haben keine Zukunft mehr. Wir sind die Produzenten der neuen Technologien, der grünen Technologien. Das ist die Zukunft, und je schneller wir uns umstellen, desto besser ist es für die KonsumentInnen, desto besser ist es für die Arbeitsplätze, desto besser ist es für das Klima.

Und drittens. Im Dezember wurde der Weltklimavertrag in Paris unterschrieben. Alle Regionen dieses Planeten haben sich darauf geeinigt, dass schrittweise aus der Verwendung fossiler Energieträger ausgestiegen wird. Das ist für uns, für unsere Ökoenergiewirtschaft, wo wir Technologieführer in vielen Bereichen sind, eine historische Chance. Weil mit dieser Umstellung weltweit die Märkte boomen, die Märkte wachsen. Und was macht Oberösterreich in der Situation? Anstatt zu sagen, super, wir haben eine riesige Zukunftschance im Bereich Arbeitsmarkt, will der Wohnbaureferent dieses Bundeslandes die Uhr zurückdrehen, um zu sagen, weg mit dieser Chance. Denn wenn ich den Heimmarkt gefährde, wenn ich den Heimmarkt beschädige, dann beschädige ich die Wirtschaftschancen und die Arbeitsmarktchancen. Und ich denke, darum geht es ganz massiv.

Es wird also jetzt das exakte Gegenteil dessen gemacht, was der bisherige Kurs Oberösterreichs war. Solarthermische Anlagen bis zu 3.000 Euro Förderung bisher, weg damit in der Zukunft. Wärmepumpen bis zu 2.200 Euro beim Umstieg von fossiler Energie, weg damit in der Zukunft. Fernwärme 1.200 Euro im Neubau, weg damit in der Zukunft. Ich sage Ihnen, das kann es nicht sein! Das ist genau der falsche Weg. Das ist Vollgas in die Sackgasse. Genau das brauchen wir nicht, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Gerade in einer Situation, wo der Ölpreis als ein Hauptkonkurrenzfaktor im Keller ist und damit die Position für diese Ökoenergiewirtschaft Oberösterreichs ohnedies schwierig genug ist. Und das in einer Situation, wo, während Oberösterreich offensichtlich die Förderungen streichen will in einem zentralen Bereich, die Mineralölwirtschaft hochgradig ihr Produkt fördert, im Schnitt mit rund 2.500 Euro, bei großen Wohnbauprojekten ab 11 Wohneinheiten sogar mit 5.000 Euro. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist eine ganz dramatische Konkurrenzverzerrung zu Ungunsten unserer Firmen, zu Ungunsten unserer Produkte und zu Ungunsten und zum Schaden der Konsumenten und Konsumentinnen in Oberösterreich.

Die großen Stärken Oberösterreichs, Solarthermie, Wärmepumpenproduktion und Fernwärme, auch Nahwärmeanlagen, wären damit am akutesten betroffen. Warum Nahwärmeprojekte? Das ist noch kaum ein Thema gewesen bei dieser Diskussion. Weil die Streichung für den Anschluss an Fern- und Nahwärme für Häuser bis zu drei Wohnungen massive negative Auswirkungen auch auf den Bereich der Landwirtschaft und die Biomasseheizanlagen am Land draußen hätten. Denn mit der Anschlussförderung, die derzeit bis zu 1.700 Euro ausmacht, sind wir noch konkurrenzfähig und können wir vor allem verdichten. Es geht ja auch darum, die Anlagen wirtschaftlich zu halten und Verdichtungen des Wärmenetzes zu erreichen. Das würde massiv erschwert.

Ich sage, meine sehr verehrten Damen und Herren, wird das umgesetzt, dann wäre dies ein schwerer Schaden für Umwelt, Wirtschaft und Arbeitsplätze in Oberösterreich. Und ich hoffe deswegen sehr darauf, dass die Abstimmung, die es in zwei Wochen in der Oberösterreichischen Landesregierung über diese Initiative auf meinen Antrag hin geben wird, dass die zu einer Mehrheit gegen diesen Kahlschlag führt und dass sich die ÖVP des bisherigen Kurses, den wir in diesem Bereich gegangen sind, gemeinsam gegangen sind, im Sinne von Umwelt und Wirtschaft auch erinnert und wir eine Mehrheit gegen diesen Kahlschlag haben werden. (Beifall)

Zweiter Präsident: Herr Kollege Rathgeb.

Abg. Bgm. **Dipl.-Ing. Rathgeb:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Regierungsmitglieder, liebe Besucher! Vorweg ein herzliches Danke an den zuständigen Wohnbaureferenten Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner für seine wesentlichen Eckdaten, die er berichtet hat. Wir hätten uns auch auf die Aufschlüsselung natürlich noch in Lufttherme, Erdwärmepumpen, Leistungskennzahlen und Wirkungsgrade gefreut, aber da reicht die Zeit natürlich nicht aus. Wir haben jetzt gesehen in den Vorrednern, dass es hier sehr unterschiedliche Zugänge gibt, die auch dargelegt wurden und lassen Sie mich da vorweg auch unsere grundsätzliche Position ergänzen.

Eines ist klar, Oberösterreich und auch wir als Oberösterreichische Volkspartei bekennen uns zum Ausbau der erneuerbaren Energie. Das ist ein wesentlicher Beitrag einer nachhaltigen Politik und sichert uns auch in Zukunft verstärkt die Versorgungssicherheit und auch Versorgungsunabhängigkeit. Das ist unbestritten. Und dieses Bekenntnis ist auch in allen Strategien, die in einem bunten Maßnahmenbündel mit vielen Initiativen und mit den hohen Standards, die wir haben, gerade in den letzten Jahren erreicht haben, deutlich zum Ausdruck gekommen. Die rechtliche, auch die politische klare Verantwortung, zu der haben wir uns immer bekannt und werden uns weiterhin bekennen.

Es ist gesagt worden, die Entwicklung gibt uns Recht. Wir haben nicht nur Technologieführer, sondern auch Weltmarktführer auf diesem Gebiet. (Beifall) Aber unabhängig davon sind die Förderbereiche und hier eben auch die vielfältigen Förderleistungen im Bereich der erneuerbaren Energieträger durchaus gesamthaft zu betrachten und auch periodisch zu evaluieren. Doppelgleisigkeiten sind tatsächlich zu vermeiden. Das ist glaube ich auch ein Bekenntnis, das wir alle abgeben. Und das entspricht auch den Vorgaben des Landesrechnungshofs.

Und schauen wir uns zum konkreten Thema den aktuellen Stand an. Was ist passiert? Nicht mehr und nicht weniger als ein Begutachtungsverfahren, das Mitte Februar auf den Weg geschickt wurde. Und jetzt gilt es die Rückmeldungen, die am Tisch liegen, im Rahmen der Begutachtung zu analysieren und in der Regierung entsprechend auch zu diskutieren. Und das ist ja auch der Kern eines Begutachtungsverfahrens, wo die Politik um ein fachliches Feedback von der Bevölkerung und allen betroffenen Interessensverbänden ersucht. Ja, bei einem gebe ich dir recht, Kollege Makor, die im Begutachtungsentwurf vorgesehene kurze Übergangszeit ist nicht optimal und die hat auch wirklich Verstimmung, insbesondere bei den Unternehmen, ausgelöst, da das ganz offensichtlich nicht ihrer Vorstellung einer plan- und berechenbaren Politik entspricht.

Faktum ist aber auch, und das hat Kollege Haimbuchner gesagt, die Energiesparverordnung war als Impulsförderung gedacht. Und ein Impuls bedeutet einen Startschub zu initiieren. Das ist Impuls. Das andere ist wirklich Dauerförderung. Und die Aufgabe von der Politik und

uns allen ist es, permanent zu optimieren, Doppelförderungen zu vermeiden und darauf zu schauen, dass unser aller Steuergeld möglichst effizient eingesetzt wird. Und wenn der Landesrechnungshof schon 2010 davon gesprochen hat, dass sämtliche Förderleistungen, auch im Bereich der erneuerbaren Energieträger, kritisch auf ihre Notwendigkeit und Leistungsfähigkeit zu hinterfragen sind, dann muss es auch erlaubt sein, dazu die Meinungen der Bürgerinnen und Bürger einzuholen und der Betroffenen. Und dort stehen wir gerade. Und eins ist klar, man wird sich selbstverständlich alle Rückmeldungen, alle fachlichen Stellungnahmen sehr gut anschauen. Und bisher ist nicht mehr und nicht weniger passiert. Und das ist der heutige Stand.

Uns geht es weniger ums Förderinstrument, sondern um die Sache an sich und um die gesamthafte Betrachtung. Und unabhängig von der Anfrage an den zuständigen Wohnbaureferenten Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner werden derzeit im Land Oberösterreich, unter Führung vom Energie- und Wirtschaftslandesrat Dr. Strugl, die energiepolitischen Grundlagen angeschaut. Hier braucht es zukunftsfähige energie- und standortpolitische Lösungen und Strategien. Lösungen, die die Wirtschaft und die Ökoenergiewirtschaft gut miteinander, zukunftsfähig verbinden. Und in diesem Zusammenhang wird auch die Energiesparverordnung miteinzubinden sein, in Verbindung natürlich auch mit einem entsprechenden Übergangszeitraum.

In diesem Zusammenhang möchte ich abschließend das eingangs erwähnte Grundbekenntnis erneuern. Wir als ÖVP stehen klar zum Ausbau der erneuerbaren Energie. Sie soll sauber, sicher und leistbar sein. Dafür werden wir uns auch in Zukunft einsetzen. Danke. (Beifall)

Zweiter Präsident: Weitere Wortmeldungen? Herr Abg. Mahr.

Abg. KO **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Das System der Förderungen im generellen, glaube ich, gehört insgesamt einmal überdacht. Und ich glaube, hier hat der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter völlig Recht, man muss auch einmal den Mut haben, Schritte zu setzen, die vielleicht nicht einem jeden gefallen. Wir haben im Zuge einer Bildungsreise festgestellt, dass die nordischen Länder extrem gute Startup-Förderungen haben, extrem gute universitäre Förderungen, damit Platz ist für neue innovative Sachen. Und die gehören gefördert. Aber es kann doch nicht sein, dass man immer und ewig, wenn eine Förderung einmal am Markt ist, diese weiterführt.

Und Herr Kollege Makor, wenn du sagst, überfallsartig ist das jetzt passiert. Ich weiß ja nicht, wo du das gelesen hast. Ich weiß ja auch nicht, woher du diesen Satz hast, im Arbeitsübereinkommen über die Förderung, ich glaube, du hast im Arbeitsübereinkommen unter dem Kapitel Energie nachgesehen, da steht natürlich Energie und Förderung. Daher bist du ja gar nicht auf die Idee gekommen, im Kapitel Wohnbau zu schauen. Und im Kapitel Wohnbau steht, die im Wohnbau vorgesehenen Förderungen von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien werden auslaufen. Die Mittel werden zur Verbesserung der Kernleistung der Wohnbauförderung zugeführt. Ich mache dir gar keinen Vorwurf, dass du dort nicht geschaut hast, weil es eben eine artfremde Förderung ist, die im Wohnbau überhaupt nichts zu suchen hat. Und daher werden wir es auch aus dem Thema abschaffen und werden die Kernleistung Wohnbauförderung verstärken. Derselben Meinung, Herr Kollege, ist auch der Landesrechnungshof, der das ganz kritisch hinterfragt hat. Der Doppelförderungen in dieser Art abgelehnt hat.

Und Herr Kollege Makor, der Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner und seine Abteilung haben gesagt, na horchen wir uns doch auch einmal an, was jene Leute dazu sagen, die ununterbrochen mit dieser Sache konfrontiert sind. Und wir haben zum Beispiel den Direktor Frank Schneider, GBV-Landesgruppenobmann von Oberösterreich, gefragt, was er dazu hält. Und ich darf dir Folgendes mitteilen. Ich zitiere, sehr geehrte Damen und Herren: Wir danken für die Möglichkeit zur Abgabe einer Stellungnahme und teilen mit, dass auch wir der Ansicht sind, dass die Förderungen verschiedener Energiegewinnungssysteme dem Wohnbaubudget eigentlich wesensfremd sind, und vor allem der Umwelt bzw. der Energiewirtschaftslenkung dienen und nicht eigentlich der Wohnungsversorgung. Die Betroffenheit der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft von den geplanten Maßnahmen, insbesondere die Auswirkungen auf den unter den Einkommensgrenzen liegenden Personenkreis, ist überschaubar. Die erhoffte Bauwirksamkeit der eingesparten Mittel zur Schaffung bzw. Sanierung von mehr Wohnungen erscheint uns gerade jetzt als das höhere Gut.

Herr Kollege Makor, (Unverständlicher Zwischenruf) ich würde mit diesem Herrn einmal sprechen. Wenn du es uns nicht glaubst, dass wir auf dem richtigen Weg sind, dann rede doch einmal mit deinen Wohnungsgenossenschaften. Rede mit den GBVs, rede mit Dr. Schneider, seines Zeichens Landesgruppenobmann, und dann wirst du von dort auch die Antwort bekommen. Und dann wird man wie üblich feststellen, dass die SPÖ, was Wohnbaupolitik betrifft, einfach am Holzweg ist. Ganz einfach. (Beifall)

Zweiter Präsident: Von wem wird das Wort gewünscht? Abg. Makor.

Abg. KO **Makor:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Der Holzweg ist im Bereich des Baus vielleicht ein schlechtes Sinnbild, weil Holz ein guter Baustoff ist. Ich bin auch für feste Baustoffe durchaus zu haben, aber das Land Oberösterreich, damals noch unter Landeshauptmann-Stellvertreter Hiesl, hat ganze Exkursionen in der halben Welt gemacht, auch mit Teilen des Landtags, um den Baustoff Holz zu fördern. Und er ist ebenfalls nachhaltig und dazu stehen wir. Und so gesehen ist es gar keine abwertende, oder empfinde ich es nicht als abwertende Bemerkung von dir.

Zum Thema sinnerfassend lesen möchte ich mich erstens einmal bei Ihnen bedanken, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, für die vorbildliche und umfassende Beantwortung der ersten Frage. Es war nur nicht die Frage nach einer Aufgliederung jahresweise, sondern wie Sie zu Beginn im ersten Satz richtig festgestellt haben, die Summe. Und dass Sie über das Ziel hinausgeschossen haben, freut mich, weil es immer besser ist, mehr als weniger Informationen zu haben. Aber das wäre gar nicht so notwendig gewesen, das über die vielen Jahre hinweg aufzuzählen. Aber es war auch interessant, das so zu erfahren.

Es ist aber dem Grunde nach ein ernstes Thema. Deswegen, weil eine Mehrheit dieses Hauses dem historischen und durch die Energiesparverordnung 2008, den Weg, den man damals gemeinsam gegangen ist, eine grün-schwarze Mehrheit, aber mit einem roten Wohnbaureferenten, mit Hermann Kepplinger 2008, einen Weg gegangen ist, der sich klar deklariert, die Alternativenergie zu fördern, zu unterstützen. Mit genau dem positiven Ergebnis, mit den Zahlen die Sie genannt haben, das ist positive Politik. Jetzt wird das gestrichen. Es bleibt abzuwarten. Wir reden dann in ein oder zwei Jahren darüber, ob die Zahl beim Einbau der alternativen Energien tatsächlich im gleichen Maß bleiben wird. Das werden wir uns dann anschauen. Und ich weise aufs Schärfste zurück, dass die Oberösterreichinnen und Oberöreicher das Streichen einer Förderung benötigen, um vernünftig zu werden. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Die

Politik muss vernünftig werden!") Sie waren vernünftig, als sie das bisher eingebaut haben, und sie würden auch vernünftig bleiben, wenn sie es weiter tun, mit oder ohne Förderung. Da gebe ich Ihnen schon Recht. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Da sind wir einer Meinung!“) Aber die Unterstützung und die Förderung deswegen zu streichen, halten wir für nicht legitim.

Auch die Frage, ist das jetzt im Energieressort anzusiedeln oder im Wohnbauressort anzusiedeln, über das kann man trefflich streiten. Wenn Sie oder der Kollege Mahr es schaffen, dass die Förderung dann aus dem Energieressort bezahlt wird, soll es mir Recht sein. Einen entsprechenden Antrag können wir für die nächste Landtagssitzung vorbereiten, wenn das das Ziel war. Ich befürchte nur, dass das nicht das eigentliche Ziel ist. Ihr Ziel ist, dass die Alternativenenergieförderung für den Einbau von Solaranlagen, Wärmepumpen und den Anschluss an die Fern- und Nahwärme für die Oberöreicherinnen und Oberöreicher gestrichen wird. Und es ist deswegen überfallsartig, nicht weil sie es nicht schon einmal vor einem Jahr, zwei oder drei angekündigt haben, es tut mir Leid, die Oberöreicherinnen und Oberöreicher hängen nicht an ihren Lippen, wenn Sie da irgendwelche Reden im Oberösterreichischen Landtag machen, es ist deswegen überfallsartig, weil zwischen Begutachtungsverfahren, das jetzt ausgeschickt wurde, und einem möglichen Beschluss in den nächsten Wochen und Monaten dann nur noch sehr, sehr wenig Zeit bleibt. Nur noch ein, zwei Monate Zeit bleibt, wenn das so wie Sie das geschrieben haben, mit Ende Juni auslaufen wird. Es ist wirklich ein Problem nämlich für genau jene, die jetzt gerade bauen wollen oder die jetzt Investitionen tätigen wollen, die Firmen und Arbeitsplätze schaffen, für die wird das und ist das ein Problem. Und daher noch einmal der Appell, abschließend das wirklich noch einmal zu überdenken und wieder auf den oberösterreichischen gemeinsamen Weg zu gehen, der so erfolgreich war, dass sie derartige Zahlen präsentieren konnten, mit zigtausenden Anlagen, die gefördert wurden und dadurch eingebaut wurden. Das ist der richtige Weg, den wir weiter gehen sollten! (Beifall)

Zweiter Präsident: Ich erteile das Wort Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Herr Präsident, hoher Landtag, Herr Kollege Makor! Mir geht es darum, dass wir im Förderdschungel ein bisschen Licht hineinbringen. Das ist mir ein Anliegen. Wenn man im internationalen Vergleich einmal überhaupt österreichische Fördersysteme analysiert, dann sind diese sehr umfangreich. Da gibt es eine Vielzahl an Instrumenten. Nur damit wir überhaupt einmal über Förderprogramme sprechen. Es gibt auf der Bundesebene insgesamt 2.600 Förderprogramme, auf Landesebene mehr als 3.100, auf der Gemeindeebene mehr als 47.000. Für Subventionen, Vermögenstransfers oder Sozialleistungen wird jährlich der gigantische Betrag von 74 Milliarden Euro in ganz Österreich aufgewendet. Das entspricht 26 Prozent des Bruttoinlandsprodukts.

Ja, und es gibt im Bereich der erneuerbaren Energien einen Förderwirrwarr. Ich glaube, da haben wir mehrere Probleme. Der Punkt Eins ist einmal, was ist tatsächlich eine Impulsförderung und was ist eine Dauerförderung? Wann ist irgendwann einmal der Zeitpunkt angelangt, dass eine Förderung auch nicht mehr gerechtfertigt ist?

Punkt Zwei, wir haben Mehrfachzuständigkeiten! Ich kann gleich vorweg sagen, mir geht es nicht in erster Linie darum, ob bei den Förderungen alles gleich bleibt oder sie zum Energieressort kommen. Diskutieren kann man über alles. Ich bin gewohnt, dass über Verordnungen von mir lange diskutiert wird. Ich erinnere mich an meinen Beginn im Jahre

2009, wo ich die Häuslbauer wirklich auch gerettet habe vor absolut unsinnigen Vorgaben, die vom damaligen Landesrat Kepplinger geplant waren. Da hätten diese nämlich überhaupt kein Haus mehr bauen können, wenn sie nicht eine kontrollierte Wohnraumlüftung eingebaut hätten. So ein System hätte Mehrkosten für den Häuslbauer verursacht von sage und schreibe 15.000 bis 17.000 Euro. Das habe ich beseitigt! Da habe ich gesagt, das wollen wir nicht! Da kann man sich nicht herstellen und sagen, na ja, die Entscheidung des Häuslbauers für ein Energiesystem ist zu kurzfristig. Irgendwann einmal muss man diese Dinge entscheiden! Ob wir es in sechs Monaten oder in sieben oder in acht Monaten entscheiden, mein Gott na, wir wissen ja, wie das in der Politik ist. Aber über Jahre hinweg nichts zu tun, sich aufzuregen, dass das Wohnbaubudget zu gering budgetiert ist, dass wir kein Geld haben für Straßen, dass wir kein Geld haben für Schulen, dass wir kein Geld haben für Kindergärten, dass wir für nichts Anderes ein Geld haben, aber in diesem Bereich, wo sich Produkte wirklich durchgesetzt haben, nicht irgendetwas einmal zu ändern, ja da verabschiedet sich die Politik. Das kann man nicht zulassen.

Wirklich, irgendwann einmal muss man hergehen und Vernunft walten lassen und mutig sein. Und ich habe Vernunft walten lassen in der Wohnbeihilfe, da war ich mutig. (Zwischenruf Abg. KO Makor: „Wagemutig!“) Ja, es tut mir leid. Es ist so! Da waren wir mutig und wir müssen auch bei anderen Bereichen etwas Mut haben. Und noch dazu, wenn wirklich eine wohnbaureisortfremde Förderung ausbezahlt wird. Obwohl wir ja sagen, bitte, wenn ihr so ein System nicht einbaut, bekommt ihr keine Wohnbauförderung! Das halte ich auch absolut für vernünftig! Dazu stehe ich auch. Aber dass ich dann extra noch Mitnahmeeffekte produziere, das kann es nicht sein. Es gibt natürlich diese Mitnahmeeffekte, da gibt es überhaupt keinen zusätzlichen Investitionsimpuls mehr. Das wissen wir!

Ich will gar nicht zu viele Studien zitieren, aber es gibt eine IHS-Studie dazu, vor allem auch, was die Solarthermie angeht. Absolut vernünftig! Aber dass es da zum Teil Förderprogramme gegeben hat, wo 90 Prozent der Anschaffungskosten abgedeckt wurden, das muss bitte alles jemand bezahlen. Bezahlen tut das der Steuerzahler, bezahlen tun das alle, ob das Unternehmer sind oder Arbeitnehmer. Jeder muss das auch bezahlen! Und es führt zu einer gewissen Ineffizienz des Fördersystems. Mir geht es einfach darum, das vernünftig zu erklären und vernünftig handzuhaben.

Wir müssen uns einmal eingestehen, dass die erneuerbaren Energien zu einem Teil auch stark subventioniert werden. Ich sage auch, dass das ursprünglich vernünftig war. Aber wenn sich so ein System nicht durchsetzt am Markt oder sich nicht rechnet, dann muss sich auch die Politik etwas überlegen, weil wir sonst in Zukunft überhaupt keinen finanziellen Spielraum mehr haben. Die Fördervielfalt auch innerhalb der Technologien ist zum Teil ein Wahnsinn. Die Zuständigkeiten sind nicht klar geregelt. Da bin ich auch der Meinung, dass man bei den Zuständigkeiten und auch bei den Kompetenzen etwas tun muss. Die Subventionitis in unserem Land ist eine Volkskrankheit. Alle regen wir uns auf, es ist ein Wahnsinn, es ist nichts mehr finanzierbar, wir können keinen ausgeglichenen Haushalt mehr machen. Wenn dann einmal ein Referent hergeht, und das ist ja eigentlich gar nicht so einfach, weil es wäre viel leichter, wir würden das weiterfördern, es wäre viel leichter, wenn ich dann jeden Fördernehmer einen netten Brief schreiben würde und unterschreiben würde, ich gratulieren Ihnen und wir haben Ihnen über 1.000 Euro dazu bezahlt. Ja, aber bitte irgendeinmal muss man mutig werden. Die Subventionitis ist ein Problem und deswegen geht das Land auch den Bach runter, wenn wir da nicht irgendetwas einmal machen. (Beifall)

Und ich stehe dazu! Man kann mit mir über alles auch reden. Es ist überhaupt keine Frage! Aber wenn man nicht bereit ist, da irgendetwas einmal zu tun, werden wir kein Geld haben

für Forschung und Entwicklung. Ich bin halt der Meinung, vielleicht wäre es auch ganz gescheit einmal zu sagen, wenn wir ein so innovativer Industrie- und Wirtschaftsstandort sind, dass wir vielleicht auch bei dieser Forschungsquote, bei der F&E-Quote etwas tun. Das ist aus meinem eigenen Ressort, dieses Geld verschwindet nicht irgendwo, wie gesagt, sondern wir werden das wieder investieren.

Direktdarlehen, ich glaube, da sind wir vollkommen einer Meinung, wir beide, dass das auch einfach das sinnvollste Modell ist, dass wir auch bei den Wohnbaudarlehen bleiben und dass wir das auch nicht verkaufen. Ich glaube, da haben wir eine Meinung, wir zwei, das ist auch sicherlich vernünftig. Aber wenn der Referent selber einmal einen Vorschlag macht, um auch, sage ich ganz offen, auch dem Landesfinanzreferenten zu helfen, seit sieben Jahren sage ich das bei allen Budgetverhandlungen, dann muss man mir als zuständiger Referent auch einmal zugestehen, auch einmal einen Punkt zu setzen. Und diskutieren, was das Auslaufen anbelangt, wie gesagt, so überraschend ist das alles nicht.

Aber ich weiß natürlich, wie das in der Praxis abläuft mit den Mitnahmeeffekten. Da wird etwas vorgerechnet, und dann sagt man, eine Förderung gibt es auch dazu und dann zieht man das ab. So rennt das in der Praxis. Dann sollte man bei mehreren Anbietern nachfragen, da kommt man dann zu ganz interessanten Ergebnissen, wie hier irgendetwas auch eingepreist wird. Das ist auch das Problem.

Es ist das Problem, dass niemand mehr einen Glauben an die Marktwirtschaft hat. Dass niemand mehr einen Glauben hat letztendlich an Technologien, dass sie sich durchsetzen ohne einer Förderung, dass wir überall hinauf picken müssen, das wird gefördert, dass wir dann alle in einem Brief schreiben müssen, das fördern wir und das fördern wir und das fördern wir. Das wird so nicht gehen! Wenn wir da nicht in vielen anderen Bereichen auch einmal dazu übergehen, ich könnte hier Beispiele bringen aus dem Sozialressort und aus anderen Bereichen, nicht nur zu evaluieren, sondern irgendwann einmal zu sagen, so, und die Politik nimmt jetzt das Heft in die Hand und trifft eine Entscheidung. Übrigens die Leute wollen das auch. Die Leute wollen, dass es eine Entscheidung gibt! Und mir ist das auch lieber, dass wir bei der Eigenheimförderung auch wieder ein bisschen an den Schrauben drehen. Dass man auch da bei den Anforderungen wieder so weit geht, dass man grundsätzlich auch alle Vorschriften einhält. Alles ein Problem natürlich! Aber dass auch dadurch der Häuslbauer sagt, ja, da tu ich mir leichter und ich nehme auch eine Wohnbauförderung in Anspruch. Weil da sehe ich, ehrlich gesagt, das Hauptproblem der Zukunft, dass es manche gibt, ich nehme aufgrund überzogener Klimavorschriften diese Förderung nicht in Anspruch, sondern ich baue rein nach Bauordnung. Sie nehmen die Wohnbauförderung nicht in Anspruch und irgendwann gibt es eine andere Zinsentwicklung. Die Wohnbauförderung hat ja nicht nur den Sinn, dass ich jemanden unterstütze ganz am Beginn, sondern sie bietet ja auch einen Zinsscap, das ist ja etwas ganz Entscheidendes, nur aufgrund der schwierigen Zinslage derzeit wird das anders betrachtet. Da mache ich mir viel mehr Sorgen, ehrlich gesagt. Das ist heute in großen Teilen eine absolut vernünftige Diskussion, aber es ist auch ein bisschen eine Lobbyistendiskussion, das muss man auch dazu sagen. Ich bin lieber der Lobbyist für die Häuslbauer in dem Sinn, dass ich sage, aus einer Impulsförderung ist eine Dauerförderung geworden und die müssen wir jetzt wirklich irgendwann einmal abdrehen. Gescheit und gerecht müssen wir das machen. Aber was tun wir für die Häuslbauer am Ende des Tages, damit sie nämlich nicht in die Zinsfalle hineinschreiten? Über das werden wir noch viel mehr diskutieren müssen. Da bin ich als Referent gefragt, aber ich habe die Zinssituation nicht zu verantworten, niemand da herinnen. Und was die bautechnischen Vorschriften zum Teil anbelangt, Österreichisches Institut für Bautechnik und alles, was es da gibt, ja das werde ich mehr an mich heranziehen.

Auch da muss die Politik das Heft wieder in die Hand nehmen und darf sich nicht treiben lassen von Lobbyisten in unterschiedlichen Bereichen. In diesem Sinne, glaube ich, dass wir da zu einer absolut vernünftigen Lösung kommen werden und dass wir die Volkskrankheit Subventionitis vielleicht einmal ein bisschen bekämpfen können. Ich glaube, das ist das Entscheidende! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung vor. Ich schließe somit die Wechselrede zur dringlichen Anfrage und somit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen und beginnen mit der Beilage 83/2016. Ich bitte Kollegen Baldinger um die Berichterstattung.

Abg. **Baldinger:** Beilage 83/2016, Bericht des Umweltausschusses über die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zur Finanzierung der Maßnahme "Vorbeugender Oberflächengewässerschutz auf Ackerflächen" im Rahmen des ÖPUL 2015-2020 in den Jahren 2016 bis 2021. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 83/2016.)

Der Umweltausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge die für die Maßnahme "Vorbeugender Oberflächengewässerschutz auf Ackerflächen" im Rahmen des ÖPUL 2015-2020 sich ergebende finanzielle Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Dritte Präsidentin: Danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Brunner.

Abg. **Brunner:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Zuhörer auf der Galerie und im Internet! Für die Bäuerinnen und Bauern ist der aktive Bodenschutz und Grundwasserschutz ein sehr großes Anliegen. Sind sie doch die Basis, die für die erfolgreiche Bewirtschaftung der Äcker sorgen. Und sie tun sehr viel in diesem Bereich, Grundwasserschutz und Bodenschutz. Vielen Menschen ist inzwischen schon aufgefallen, dass die Äcker im Herbst und über Winter begrünt sind und fragen, was das für einen Sinn hat. Wenn man es ihnen erklärt, dann wird das außerordentlich begrüßt. Das ist erfreulich, dass die Bäuerinnen und Bauern im Rahmen der ÖPUL-Maßnahmen Grundwasserschutz in der neuen Förderperiode 2015-2020 wieder teilnehmen und sich auch das Ziel gesetzt haben, den Zwischenfruchtanbau weiterhin auszubauen und zu optimieren und damit die Böden und das Grundwasser noch besser zu schützen. Durch die Begrünungen der Äcker im Winter wird Stickstoff in den Pflanzen gespeichert und nicht ins Grundwasser ausgewaschen. Die Zwischenfrüchte, wie zum Beispiel die lilablühende Phacelia, die von allen geliebt wird, oder der gelbe Senf oder bunte Mischungen werden nicht geerntet. Ich denke da auch an Bienenweiden, die wir alle lieben im Sommer, die im Frühjahr sehr bewusst gesät werden. Oder auch die Wildäsungsfelder, dies erfreut nicht nur die Betrachter, sondern auch die Tier- und Pflanzenvielfalt wird damit gefördert. Und im Frühling spielen diese Pflanzen eine sehr wichtige Rolle für den Erosionsschutz, da denke ich an den Maisanbau und Starkregen oder auch an den Sojaanbau.

Ja, sehr viele Bäuerinnen und Bauern nehmen freiwillig in der neuen Förderperiode wieder teil und leisten somit einen sehr aktiven Beitrag. Wir haben laut Herbstantrag 2014 1645 Anmeldungen, wir haben 2015 284 Anmeldungen und gesamt dann 1929 Betriebe, die an diesem Programm teilnehmen. Wenn mit dem Herbstantrag 2016 nach Genehmigung ein abermaliger Einstieg möglich sein sollte, hoffen wir, dass noch einige Betriebe in diesen Maßnahmen teilnehmen können. Mit der aktuellen Anzahl der teilnehmenden Betriebe, wie gesagt 1929, und den annähernd gleichen Flächenangaben wie im Jahr 2014, weil die

Zahlen ja fast ident sind mit den heurigen, wird eine Fläche von 58.000 Hektar Acker an diesem Programm teilnehmen, das sind 75 Prozent der Ackerflächen. Was positiv ist! Hat man am Anfang der Periode geglaubt, es werden nicht mehr so viele teilnehmen, gibt es trotzdem ein leichtes Plus von einem Prozent. Letzte Periode waren es 74 Prozent, heuer sind es 75 Prozent und wenn noch ein paar dazukommen, dann ist das natürlich sehr erfreulich.

Damit verpflichten sich die Landwirte zu einem reduzierten Düngemittel- und Pflanzenschutzinsatz sowie auch strengeren Düngeverbotszeiträumen in der kalten Jahreszeit. Darüber hinaus müssen sie ihre Sachkundigkeit nachweisen und dementsprechende Weiterbildungsmaßnahmen besuchen. Außerdem informieren sich die Landwirte sehr regelmäßig über aktuelle Gewässer- und Bodenschutzthemen in Arbeitskreisen. Es gibt viele Feldbegehungen mit Experten, wo man einfach diskutiert, was möglich ist, was nicht möglich ist, was sinnvoll ist. Da leistet die Bodenwasserschutzberatung sehr, sehr gute Arbeit. Da kann man gar nicht genug Danke sagen, dass es die gibt.

Unseren Bauern ist Trinkwasserqualität wichtig. Es sind gesunde Böden wichtig. Sie sind einfach die wertvollsten Güter, die wir haben und die wir auch erhalten müssen. Aber letztendlich bedeuten diese Maßnahmen für die Landwirte auch einen entsprechenden Mehraufwand und auch zusätzliche Kosten. Da denke ich an die mehrfache Bodenbearbeitung, Saatgutkosten, Bodenproben, da könnte man noch unendlich erzählen. Diese Kosten werden zum Teil durch dieses Förderprogramm abgedeckt. Dieses Förderprogramm, das hat man im Bericht schon gehört, wird von EU, Bund und Land finanziert und kostet dem Land jährlich 70.000 Euro, weil das ja eine Mehrjahresverpflichtung ist, müssen wir heute dieses Budget beschließen. Ich bitte wirklich um Zustimmung. Ich glaube, dieses Geld ist im Sinne der gesamten Bevölkerung richtig und sehr gut eingesetzt. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich bedanke mich und darf als nächsten Redner Herrn Kollegen Baldinger das Wort erteilen.

Abg. **Baldinger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Für die Maßnahmen des vorbeugenden Oberflächengewässerschutzes auf Ackerflächen muss eine verbindliche Anmeldung gestellt werden, mit dem Mehrfachantrag, der im Frühjahr und Herbst 2015 bereits erfolgte und im Frühjahr 2016 noch erfolgen kann. Ziel ist es, die Nährstoffeinträge, insbesondere Phosphor, zu reduzieren und dass die nachhaltige Bewirtschaftung bei besonders abschwemmungsgefährdeten Ackerflächen den Bodenabtrag verringert. Im ersten Teilnehmerjahr müssen mindestens zwei Hektar Ackerflächen im abgegrenzten Maßnahmensgebiet gemäß Anhang der Sonderrichtlinien ÖPUL 2015-2020 bewirtschaftet werden. Teilnahmeberechtigt sind somit Flächen, die auf Feldstücken mit einem Abstand von 50 Meter zu ständig wasserführenden Oberflächenfließgewässerabschnitten liegen. Bis spätestens 15. Mai des ersten Teilnehmerjahres muss ein durchschnittlicher, zwölf Meter breiter Gewässerrandstreifen als dauerhaft winterharte Gründecke erfolgen. Der Gewässerrandstreifen muss über den gesamten Verpflichtungszeitraum belassen werden und sollte parallel zu den Feldgrundgrenzen und zum Gewässer angelegt werden. Dadurch wird der effektivste Erosionsschutz erreicht. Die Flächen müssen mindestens einmal jährlich gepflegt werden und können aber natürlich auch landwirtschaftlich genutzt werden. Eine Beweidung oder Düngung oder die Verwendung von Pflanzenschutzmitteln ist verboten. Die Prämien pro Hektar betragen 450 Euro, dürfen aber maximal 20 Prozent der gesamten Ackerfläche des Betriebes nicht überschreiten.

Ich möchte mich bei allen teilnehmenden Landwirten bedanken, denn durch sie wird wieder ein wertvoller Beitrag zum Schutz unserer Umwelt geleistet. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke Herr Kollege Baldinger! Ich darf die Frage stellen, ob noch jemand das Wort wünscht dazu? Das ist nicht der Fall. Dann würde ich jetzt einen Kollegen ersuchen, dass er mich vielleicht ablöst. Aber der ist gerade im Moment nicht im Saal. Die Grünen wollen nicht dazu reden, sonst hätte ich euch vorgezogen. Gut, dann werden wir warten, bis der Kollege Präsident kommt. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Präsidentin und ich darf es ihr erteilen.

Abg. Präsidentin **Weichsler-Hauer:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte also auch noch ganz kurz ein paar Worte dazu sagen, zum vorbeugenden Oberflächengewässerschutz auf Ackerflächen im Rahmen des ÖPUL, weil wir eigentlich sagen können, es ist ja jetzt die zweite oder dritte Maßnahme, die wir jetzt im Rahmen des ÖPUL beschließen, um entsprechend wieder also auch im Bereich des Umweltschutzes, aber gerade was die landwirtschaftliche Bearbeitung betrifft, hier entsprechend auch Ausgleichmaßnahmen setzen.

Persönlich ist es ja eigentlich immer sehr spannend, und ich weiß nicht, wie es Ihnen geht, wenn die einzelnen Maßnahmen beschlossen werden, so können wir beinahe sagen, alle 14 Tage in der Regierungssitzung eine ÖPUL-Maßnahme, jedes Monat eine Landtagssitzung, eine ÖPUL-Maßnahme. Spannend wäre es ja, wenn wir uns das Gesamtpaket eigentlich einmal anschauen würden und man in Summe hinterfragen würde, was es denn dann tatsächlich auch bringt? Und so wie der Herr Landeshauptmann-Stellvertreter vorhin argumentiert hat, ich möchte nicht das Wort "Subventionitis" verwenden, weil ich das wirklich in jedem Fall für ein abwertendes Wort halte und in allen Fällen wirklich, ja ist für mich einfach letzklassig. Aber auf der anderen Seite wäre durchaus einmal zu schauen, was machen wir denn eigentlich wirklich damit und was bringt es in Summe? Und wenn wir uns das genau anschauen und ich weiß, dass das gerade für die Bauern zusätzliche Aufwendungen bedeutet, dass das aber eigentlich, wenn wir ganz ehrlich sind, im heutigen Bereich schon etwas ist, was auch moralisch eh logisch ist. Ich glaube keiner von uns, also ich sehe mich jetzt als, ich komme nicht aus der bäuerlichen Struktur, aber ich glaube niemand zuhause kommt auf die Idee, und jetzt sage ich es einmal ganz böse, ich weiß, es gibt schon immer wieder ein paar Ausreißer, aber die erwischen wir eh, aber dass ich etwas in den Abfluss hineinleere, das dort nichts zu suchen hat und ein ganzes System zum Kippen bringt. Das ist halt so, ich komme aus der städtischen Bevölkerung, irgendwie logisch und tut man nicht, ja unter dem Titel, tut man nicht.

So einfach würde ich das jetzt gerne einmal beschreiben und hier doch auch einmal die Frage stellen, wie wir uns das ÖPUL-Programm also wirklich einmal in Summe anschauen könnten und einmal fragen könnten, ob das nicht alles noch so richtig ist, ob nicht mittlerweile auch andere Maßnahmen vernünftig wären zu unterstützen? Vor allem müssen wir schauen, wer kriegt denn das und ich habe das schon einmal gesagt, ich bekenne mich dazu wenn es diese Dauereinrichtung braucht im Sinne eines Einkommens, aber dann müssen wir es auch einmal anreden und müssen wir es auch so sagen, dass wir damit also Einkommen oder fehlendes Einkommen ausgleichen für etwas und das gleichzeitig für etwas, das moralisch eh logisch ist für jeden, dass man das nicht tut. Dass man dort nicht zuwiackert, dass man dort nicht anpflanzt, dass man dort im Uferstreifenbereich keinen Dünger einbringt. Ja, wäre für mich als nicht bäuerlich und gar nicht gebildet in diese Richtung oder nur schlecht gebildet, irgendwie logisch und klar.

Und aus diesem Grunde würde ich doch gerne auch einmal bitten, dass wir uns das in Zukunft in einer anderen Form anschauen können, wenn das möglich wäre Herr Landesrat. Das einmal zu betrachten, dass man es als Gesamtzeichen sieht. Ich weiß schon, wirklich die schwierige Situation und dass es einen Druck gibt auf die Landwirtschaft. Aber ich glaube nicht, dass es auf die Dauer sinnvoll ist, wenn wir sozusagen scheinbarweise Dinge machen, die letztlich, ja in dem Fall bringt es eine Kleinigkeit, aber es steckt ja noch etwas anderes dahinter und dort bringen wir nichts weiter im Moment. Das sehe ich also ganz eindeutig und deswegen, wir stimmen dem zu, das System ist, so wie es jetzt ist, aber die Bitte und das auch einmal hinterfragen zu dürfen und sich wirklich einmal anzuschauen, ob es da nicht andere Möglichkeiten auch gäbe, würden wir gerne mit anschließen. Danke. (Beifall)

Präsident: Danke Frau Präsidentin. Ich darf dem Herrn Landesrat Podgorschek das Wort erteilen.

Landesrat KommR **Podgorschek:** Danke Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe jetzt sehr aufmerksam zugehört. Die ersten beiden Redner haben ja dieses Programm sehr positiv beurteilt und ich habe aber auch die kritischen Worte der Frau Präsidentin vernommen. Nachdem ich auch in der vorhergehenden Debatte dabei war und die Diskussion gehört habe über Abschaffung von Subventionen, ich sage jetzt dieses schlimme Wort nicht mehr Subventionitis, ich habe mir es jetzt nur laut gedacht, habe ich festgestellt, dass es eigentlich sieben Jahre gedauert hat, bis das jetzt soweit wahrscheinlich kommen wird. Ich bin jetzt so 120 Tage oder 130 Tage in diesem Ressort und natürlich ist es nicht zu erwarten, dass ich nach 130 Tagen schon den gesamten Überblick habe, dass ich sagen kann, das ist eine Subvention, die ist nicht gerechtfertigt.

Für mich ist es einmal in erster Linie wichtig, dass es hier um Gewässerschutz geht und nicht um Subventionen für die ländliche Bevölkerung. Und natürlich ist mir klar, da gibt es Grundstreifen, die bis 12 Meter an Gewässer heranreichen, die nicht mehr landwirtschaftlich in diesem Ausmaß, dass ich einen Ertrag erzielen kann, genutzt werden können. Also ist das mehr oder weniger eine Entschädigung für einen Entfall eines Einkommens. Und daher betrachte ich das im ersten Überblick einmal nicht als Subvention, sondern eher als Entschädigung. Und daher sehe ich durchaus, dass das nach wie vor gerechtfertigt ist. (Die Dritte Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Und daher, sage ich einmal, ist dieser Vergleich nicht ganz hundertprozentig richtig, so wie er jetzt dargestellt worden ist. Selbstverständlich aber sage ich nicht, dass jetzt alles, was in den letzten 10, 20 Jahren sowieso immer gang und gäbe war, dass das jetzt immer auf ewig festzuschreiben ist. Nur muss uns klar sein, wir haben zwei Ziele vor Augen. Das eine ist einmal der Gewässerschutz, das ist das, für das ich verantwortlich bin. Und abgesehen davon, ich bin auch ein sogenannter Stadterer, ich komme aus dem städtischen Bereich, aber ich weiß sehr gut, dass gerade in meiner Region wir nur Hand in Hand mit der Landwirtschaft gehen können. Weil die Stadt kann nur leben, wenn es eine florierende Landwirtschaft gibt und daher muss man auch da Rücksicht nehmen, dass unsere ländliche Bevölkerung und die Bauern überleben können. Und wie wir das dann bewerkstelligen, das ist dann der nächste Schritt, den man angehen muss. Auf alle Fälle nehme ich aber jede Anregung gerne entgegen, wenn es darum geht, Überblick in einen sogenannten Förderdschungel zu bringen. Aber es darf dabei keiner auf der Strecke bleiben, weder die Umwelt, weder das Wasser noch die ländliche Bevölkerung. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich bedanke mich. Es gibt keine weitere Wortmeldung. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags die dem Antrag zur Beilage 83/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Beilage 84/2016. Das ist der Bericht des Finanzausschusses über die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zu den nicht-fälligen Verwaltungsschulden 2015 im Rahmen Oö. Chancengleichheitsgesetz (ChG-Pflichtbereich). Und ich bitte Herrn Kollegen Peter Binder um die Berichterstattung.

Abg. **Binder:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Besucher! (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 84/2016.) Bericht des Finanzausschusses über die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zu den nicht-fälligen Verwaltungsschulden 2015 im Rahmen Oö. Chancengleichheitsgesetz (ChG-Pflichtbereich).

Der Finanzausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge die sich ergebende nicht-fällige finanzielle Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß von 43.575.149 Euro aus der diesem Antrag vorangestellten Begründung genehmigen.

Dritte Präsidentin: Ich bedanke mich. Ich eröffne die Wechselrede darüber. Wer wünscht das Wort? Frau Kollegin Wall!

Abg. **Wall:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörer im Internet! Wir beschließen öfters Mehrjahresverpflichtungen hier im Oberösterreichischen Landtag. Meistens sind es aber irgendwelche nachhaltige Investivprojekte, für die wir diese Mehrjahresverpflichtungen beschließen. Insofern ist diese Vorlage, die wir heute zu beschließen haben, doch ein bisschen etwas anderes und ich möchte erläutern, was zu diesem heutigen Ausschussbericht eigentlich geführt hat und was dem vorangegangen ist.

Der Rechnungshofbericht aus dem Jahr 2015 hat uns vor Augen geführt, wie das Sozialressort oder wie die SPÖ mit dem Steuergeld umgeht. Und zwar war es seit dem Jahr 2004 gelebte Praxis, dass ungedeckte Förderzusagen gemacht worden sind und das Budget überzogen worden ist. So wurden bei Sozialorganisationen Behindertenleistungen bestellt, für die keine Budgetmittel vorhanden waren. Die Auszahlung der Fördergelder wurde auf das nächste Jahr verschoben, ohne dafür aber eine Position im Folgebudget vorzusehen, also hat das Geld dann wieder gefehlt. Der Landtag wurde darüber nie in Kenntnis gesetzt, sodass eine Genehmigung dieser Verwaltungsschulden, so wie es die Verfassung eigentlich vorsehen würde, nicht stattgefunden hat.

In der beigefügten Liste zu der Vorlage, die wir hier vor uns haben, sehen wir die offenen Zahlungen für den laufenden Betrieb in den diversen Behindertenorganisationen in der Höhe von knapp 53 Millionen Euro, 9,4 Millionen Euro davon sind bereits im Nachtrag gedeckt und es verbleibt ein Betrag von 43.575.149 Euro Verwaltungsschulden aus dem Jahr 2015, die wir heute zu genehmigen haben, was wir Freiheitliche auch tun werden.

Die besorgniserregende Entwicklung des Sozialbudgets, trotz 80 Prozent Anstieg in den letzten 10 Jahren, zeigt sich auch darin, dass budgetierte Investitionsförderungen in den vergangenen Jahren teilweise für die Finanzierung des laufenden Betriebs in

Behinderteneinrichtungen verwendet wurden, weil sonst seit 2011 dieser laufende Betrieb überhaupt nicht mehr möglich gewesen wäre, sagt uns auch dieser Rechnungshofbericht vom Vorjahr. Da die Mittel für Investitionen in die Schaffung dringend benötigter Wohn- und Behindertenwerkstättenplätze fehlten, hat das Sozialresort im Jahr 2014 eine Förderzusage über knapp 50 Millionen Euro erteilt, aber ohne Angabe des genauen Auszahlungsdatums und ohne Angabe der Höhe der gesplitteten Auszahlungsbeträge. Man hat nur gewusst, geplant sind Tranchen über eine Laufzeit von höchstens 15 Jahren. Mit so einer Förderzusage kann natürlich ein Projektträger nicht zu bauen anfangen und die Organisationen waren daher gezwungen, sich Kredite aufzunehmen oder sind gezwungen, sich Kredite aufzunehmen für die Zwischenfinanzierung, und das Land Oberösterreich hat dafür eine Haftung übernommen mit 49,9 Millionen Euro.

Also trotz überzogener Budgets, obwohl Oberösterreich auch im Verhältnis zu anderen Bundesländern deutlich mehr aufwendet für Behindertenleistungen und trotz zusätzlich benötigter Landeshaftungen für zwischenfinanzierte Fördermittel können die Leistungen aus dem Chancengleichheitsgesetz nicht annähernd erbracht werden. Mehr als 5.000 Behinderte stehen auf Wartelisten für Wohn- und Werkstättenplätze. Alleine 1.500 brauchen dringend einen Wohnplatz. Wir haben eine Bedarfsdeckung von 56,8 Prozent. Der Abbau der Wartelisten würde laut Rechnungshof mindestens 10 Jahre dauern, wenn es nicht endlich zu Reformen kommt.

Das alles hat sie auch nicht abgehalten, geschätzte Kollegen, im Jänner 2015 den Kreis der Leistungsberechtigten aus dem Chancengleichheitsgesetz gegen die Stimmen der FPÖ auszuweiten auf Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte. Sie sind seither auch bei Behindertenleistungen den Oberösterreichern gleichgestellt. Was hat die SPÖ für einen Plan? Der Herr Landesrat Entholzer ist leider nicht da. Ich würde gerne wissen, was die SPÖ für einen Plan hat, wie sie die Sozialausgaben in den Griff bekommen wird. Und was ist aus der Ankündigung geworden im November, für ein breit angelegtes Entwicklungsprojekt unter Einbindung von Experten, um Spielräume im Sozialbudget zu schaffen? Ich habe nichts gehört davon.

Ich ersuche die Kollegen von der SPÖ, wenn Sie schon keine eigenen Ideen für nachhaltige Reformen haben, dann bringen Sie sich bitte konstruktiv in die Diskussion über unsere Vorschläge ein, anstelle auf der Straße dagegen zu demonstrieren. Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächsten Redner darf ich Herrn Kollegen Johann Hingsamer das Wort erteilen.

Abg. **Hingsamer:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Damen und Herren! Es ist bekannt, dass das Land Oberösterreich im Bereich Chancengleichheit, Behindertenhilfe in Zahlen gemessen, zumindest deutlich mehr tut als in anderen Bundesländern üblich ist und auch die Standards sehr, sehr hoch angelegt hat. Wenn wir jetzt heute in der Frage der Beschlussfassung dieser Mehrjahresverpflichtung Mittel genehmigen, die deutlich in die Vergangenheit wirken, dann muss man sich zumindest fragen, ob es nicht notwendig gewesen wäre in der Vergangenheit, bevor man Leistungsverträge in dieser Höhe abschließt, auch das Budget dafür zu haben.

Und ich weiß, wie sensibel dieser Bereich ist. Weil wir von lauter Leuten reden, die eine Betreuung aus dem ChG herausfinden, die es nicht ganz einfach haben im Leben. Weil wir von lauter Leuten reden und Personen sprechen, die zum Teil auch von der Gesundheit, vom Schicksal gezeichnet sind, die es nicht leicht haben im Leben. Und alleine aus der

Verpflichtung heraus sind wir auch heute bereit diese Mehrjahresverpflichtung mitzutragen. Die Frage stellt sich aber schon, ob das vernünftige Budgetpolitik ist, seit Jahren jetzt das bestehende, den Voranschlag zu überziehen und seit Jahren eh jedes Jahr einen Nachtrag zu beschließen, was wir in dem Bereich auch jedes Jahr getan haben, weil wir auch die Notwendigkeit dann doch verstanden haben und erkannt haben, seit Jahren dann nicht so unbedingt geplant, aber am Jahresende doch die Bereitschaft zu zeigen, den Nachtrag zu beschließen. Aber die Frage ist, hätten wir nicht die Leistungsverträge nur soweit machen dürfen, soweit auch die Mittel im Voranschlag vorhanden waren? Diese Frage darf man sich doch stellen?

Und jetzt holen wir halt was nach und ziehen wir was nach, wo der Rechnungshof aufmerksam gemacht hat, dass das eine mehrjährige Verpflichtung ist und dass wir eigentlich diese Rückstände aus der Vergangenheit, und viel mehr ist nicht, jetzt doch einer legalen Budgetgestaltung zuführen. Auch dazu bekennen wir uns, auch gar keine Frage. Aber es muss erlaubt sein, auch in diesem Bereich, wo wir wirklich mehr tun als viele andere Bundesländer, auch in Teilbereichen die Effizienz zu hinterfragen. Wir haben schon mit besonderen Systemen die Wohnformen sehr, sehr verteuert, vielleicht mit guter Qualität, das möchte ich jetzt gar nicht in Abrede stellen, aber die Wohnformen massiv verteuert und wenden inzwischen in dem Bereich ChG 56 Prozent des Budgets für das Wohnen auf.

Wenn ich insbesondere im Innviertel dann betrachte und anschau, wie die Transportkosten dort sprunghaft angestiegen sind, dann hat selbst die Bevölkerung fallweise nicht mehr Verständnis, wie wir dort Menschen kreuz und quer durch die Lande kutschieren und fahren und wir haben auch nicht immer sorgfältig geplant, wo Wohnen und wo Tagesbetreuung ist. Auch das darf man zumindest kritisch hinterfragen, bei aller Notwendigkeit des Erkennens, dass hier was getan wird, bei allen Notwendigkeiten, dass wir sehr wohl anerkennen und wissen, dass Leute auf der Warteliste sind, die auf dringende Betreuung warten.

Aber ich sage, in der Organisation darf man da auch einmal manches kritisch hinterfragen. Vielleicht ist das oder wäre das auch die besondere Aufgabe vom Rechnungshof hier, manches etwas deutlicher zu betrachten, ohne dass die Betreuung der Personen, die diese Betreuung wirklich brauchen, hier in Frage gestellt wird. Es liegt mir fern, das zu tun, aber etwas mehr an Effizienz, etwas sorgfältigere Planung, das zu tun, was im Budget vorgesehen ist, wenn wir uns an all diese Dinge halten würden, dann wäre es vielleicht ein bisschen leichter, dass wir nicht im Nachhinein, und mehr ist es ja heute nicht, im Nachhinein Beschluss fassen müssen für das, was eigentlich schon alles passiert und geschehen ist und wo halt die Sorgfalt im Umgang mit dem Budget nicht ganz im Vordergrund gestanden ist. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Peter Binder.

Abt. **Binder:** Ja, sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich beim Kollegen Hingsamer, dass die ÖVP sich dazu bekennt und hier keine Kindesweglegung betreibt, weil all diese Beschlüsse, die auch zur jetzigen Situation geführt haben und diese Budgetpolitik, die vernünftiger sein hätte können, wie sie es genannt haben, war mit dem Finanzreferenten, der jetzt leider auch nicht hier ist, immer abgestimmt. Es war jahrelang die Politik, dass man gesagt hat, man kommt den Verpflichtungen der Menschen gegenüber nach, die dringend auf diese Hilfe, auf diese Unterstützung, auf diese Leistungen, möglichst nahe auch im Familienumfeld, angewiesen sind und versucht es eben auch mit Zusagen, die dann immer schon auch auf den Nachtrag angespielt haben, das irgendwie zu bewerkstelligen.

Es ist auch in den Jahren 2003 und 2009 gewesen, da hat es die erste schwarz-grüne Koalition gegeben in dem Land und die hat sich gerühmt, das festgelegt worden ist, es gibt einen siebenprozentigen Budgetanstieg im Sozialbudget. Den hat es übrigens auch die Jahre zuvor unter der Ägide des visionären Soziallandesrates Josef Ackerl immer schon gegeben, weil der die Bedürfnisse erkannt hat, die die Menschen brauchen, den Nachholbedarf, den es im Land gibt und deshalb da auch eine vernünftige Sozialpolitik betrieben hat und man halt versucht hat, auch mit dem Budget, das dem Land insgesamt zur Verfügung steht, umzugehen. Und in diesen Jahren, wo diese sieben Prozent auch schriftlich festgelegt worden sind, hat man dann natürlich auch eine langfristige Budgetpolitik gemacht und hat man natürlich auch gesagt, wir wollen so rasch wie möglich den Menschen helfen im Vertrauen darauf, dass diese siebenprozentige Budgetsteigerung auch hält und man diese Vereinbarungen alle einhalten kann.

Es hat einmal in diesen sechs Jahren nicht gehalten, das hat uns schon einmal einen riesen Einbruch beschert. Und es sind natürlich nach der Finanzkrise 2008 dem Land dann auch die finanziellen Möglichkeiten da etwas ausgegangen und das hat auch das Sozialbudget zu spüren bekommen, hat aber natürlich weder die langfristigen Vereinbarungen einfach wegreden können, auf die sich die Einrichtungen und die Menschen verlassen haben und hat auch die Bedarfe nicht einfach wegzaubern können, die es gegeben hat, weil einfach betreuende Eltern immer älter geworden sind, nicht mehr ihre Kinder betreuen konnten, nicht mehr für einen ordentlichen Wohnaufenthalt sorgen konnten und weil wir uns vor allem dem im Chancengleichheitsgesetz festgeschriebenen Prinzip der Selbstbestimmtheit verpflichtet gefühlt haben.

Auch Investitionen, die aufgrund der Vereinbarung getätigt wurden und für die das Budget an und für sich da war, haben dazu geführt, dass Einrichtungen überhaupt einmal errichtet werden konnten und später, wie sie fertig waren, nach 2009, hat dann plötzlich das Geld für den Betrieb gefehlt. Da hat man dann auch diese Maßnahme gesetzt und hat diese Einrichtungen nicht in Betrieb genommen. Und jene Damen und Herren, die schon länger hier im hohen Haus sitzen, die wissen, dass es dann da unten vorm Haus die Demonstrationen der betroffenen Eltern gegeben hat, die nicht verstanden haben, warum diese Räume jetzt plötzlich leer stehen, die ihnen da versprochen worden sind, nur weil dem Land plötzlich aus ihrer Sicht das Geld für den laufenden Betrieb fehlt.

Und da hat man auch wieder Vereinbarungen getroffen und hat das bewältigt. Ich möchte jetzt einfach nur festhalten, es geht bei diesen Vereinbarungen jetzt eh darum, diesen Rucksack abzubauen, das, was da passiert ist, was ich nicht schön reden will, aber es war immer in Abstimmung auch mit dem Finanzreferenten, das jetzt auch zu bewältigen und ich sehe mit ja trotzdem Optimismus der angekündigten Budgetklausur der Landesregierung entgegen, wo auch diese Dinge besprochen werden müssen, wie künftig mit solchen Budgetvereinbarungen umgegangen wird, auch der Kollege Haimbuchner hat gesagt, dass er seit sieben Jahren auf irgendwelche Dinge hinweist und jetzt plötzlich irgendwelche Maßnahmen setzen muss, wie man künftig mit den Mitteln des Landes besser auskommt, aber vor allem wie wir sie im Interesse jener Menschen einsetzen können, die unsere Unterstützung am meisten brauchen. Danke! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Frau Kollegin Ulrike Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, wir unterstützen natürlich diese Mehrjahresverpflichtung. Wir haben auch in den letzten Jahren und in der letzten Zeit sehr intensiv auch mitgearbeitet und mitdiskutiert,

wie können wir Leistungen für Menschen mit Beeinträchtigung so gestalten, so anbieten, dass eine Teilhabe, eine aktive, selbstbestimmte und gleichwertige Teilhabe in allen Lebensbereichen möglich ist und gleichzeitig die Finanzmittel natürlich im Auge zu haben.

Und viele Vorschläge, die teilweise auch von Betroffenen selbst gekommen sind, wurden immer hintangereicht. Und man versucht immer Lösungen von neuen Herausforderungen mit alten Rezepten zu machen. Und das funktioniert halt leider Gottes nicht immer. Wenn ich mir die Warteliste anschau, was das Wohnen, was Arbeit anbelangt, dann hilft uns jetzt dieser Mehrjahresvertrag und der zukünftige Ausbau nicht wirklich weiter, dass ich diese Menschen einerseits gut und qualitativ hochwertig betreue und begleite, sie aber auch einbinde, um Teil der Gesellschaft zu sein. Und das wollen wir ja alle miteinander, dass sie die Möglichkeit haben, sich zu bestätigen, Arbeit zu finden, begleitet zu werden in der Arbeit.

Die Wirtschaftsbetriebe, die Menschen mit Beeinträchtigung miteinbeziehen bzw. anstellen, dass die auch gut begleitet werden, das wollen wir alle gemeinsam. Und wir wissen, wir können nicht immer nur warten und sagen, jetzt bauen wir die Warteliste ab und vielleicht ergibt sich dann irgendwann einmal trotzdem ein Wandel, dass man weniger behinderte Menschen hat, und ja, das wird es nicht spielen, das sehen wir eigentlich bei allen Bereichen, die Anzahl wächst und vor allem auch die unterschiedlichen Bedürfnisse sind da, die einen brauchen viel Begleitung und die anderen weniger. Und es gibt oft so ein Korsett, da wird man hineingedrängt, und wenn du da nicht hineinpasst, dann gibt es keine Alternative dafür. Und das ist oft sehr teuer für die Gesellschaft, wenn Menschen einfach einen ganzen Tag in einer Einrichtung arbeiten müssen, aber es gibt keine flexiblere Möglichkeiten, dass sie vielleicht nur zwei Tage in der Woche arbeiten und so weiter, weil es das einfach nicht gibt.

Und ich glaube, genau da müssen wir draufschauen und das wird nicht nur in einem Finanzausschuss zu lösen sein, sondern vor allem in der Evaluierung vom Chancengleichheitsgesetz, in der Veränderung des Leistungsangebotes wirklich gezielt hinzuschauen, welche Begleitungsstrukturen braucht es, damit Menschen wirklich auch selbstbestimmt leben können. Da braucht es oft vielleicht ein paar mehr mobile Bereiche, da braucht es aber natürlich auch vollversorgte Angebote, weil es einfach so ist, dass Menschen, gerade wenn sie älter sind und behindert sind, einfach auch sehr viel Betreuung brauchen, die nicht einfach in einem Altersheim mituntergebracht werden können, weil das ist wieder die Herausforderung nicht nur für die Finanzen für die Gemeinden, sondern vor allem für die Betreuungskräfte, aber ich glaube, das ist das, was man eigentlich wirklich anschauen muss, wo passt es am besten, welche Systeme, welche Strukturen haben wir, wie können wir sie unterstützen?

Und ich glaube, da müssen wir daran arbeiten und nicht sagen, das kostet alles so viel. Bitte diese Menschen und vor allem diese Betreuungskräfte, die wir dort haben, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Sozialbereich, das sind wichtige Träger auch unserer Werte und unserer Kultur und unserer guten Versorgung mit Dienstleistungen. Und die arbeiten und die zahlen Steuern und die kaufen ein und ich glaube genau auf das müssen wir auch hinschauen, dass das ein Wert für die Volkswirtschaft ist, eine gute Versorgung alter und behinderter Menschen auch ein wichtiger Faktor ist und nicht immer nur zu sagen, das kostet alles so viel. Drehen wir es einmal um, was heißt das arbeitsplatzmäßig, was heißt das auch wirtschaftsimpulsmäßig, was heißt das eben auch für die Baukonjunktur, wenn man einfach gewisse Bereiche anders baut, wenn man da einfach mehr Möglichkeiten schafft, wie können wir das alles machen?

Und einen Punkt kann ich mir nicht verwehren bei der Diskussion, das sage ich immer wieder, wir brauchen teure Zusatzeinrichtungen, wenn wir es nicht schaffen, dass insgesamt mehr barrierefreie Wohnungen im Alltag da sind, weil dann brauchen wir viele Leute nicht aus der Wohnung wegbringen, da haben wir sogar welche, die im ersten Stock nicht mehr wohnen können alleine, da müssen wir sie in teure Einrichtungen bringen. Wenn wir das schaffen, dass wir da mehr Barrierefreiheit als Selbstverständlichkeit haben, dann haben wir viel gewonnen und wir brauchen uns viele extra Strukturen nicht leisten. Aber natürlich werden wir diesem Finanzierungsplan, dieser Mehrjahresverpflichtung zustimmen und hoffen, dass die Einrichtungen so viel Luft kriegen und so viel mehr Freiraum kriegen, damit sie wirklich auch die Innovation, die dort ja passiert, auch leben können und damit sie endlich das machen können, was sie gelernt haben, die Leute gut begleiten und unsere Leute ein Teil der Gesellschaft sind. Danke! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr. Ich schließe diese Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 84/2016, Bericht des Finanzausschusses über die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung zu den nicht-fälligen Verwaltungsschulden 2015 im Rahmen Oö. Chancengleichheitsgesetz (ChG-Pflichtbereich) zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 85/2016. Dies ist der Bericht des Sicherheitsausschusses über die Stärkung des Bundesheeres für Aufgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Ich bitte Kollegen Michael Gruber um die Berichterstattung.

Abg. **Gruber:** Beilage 85/2016, Bericht des Sicherheitsausschusses über die Stärkung des Bundesheeres für Aufgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise.
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 85/2016.)

Der Sicherheitsausschuss beantragt, der Oö. Landtag möge beschließen: Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, bei der Bundesregierung darauf zu drängen, dass 1. die Umsetzung des Bundesheer-Strukturpakets 2018 des scheidenden Verteidigungsministers und die damit verbundene Auflösung von Verbänden und Einheiten sowie der Verkauf von Gerät- und Liegenschaften ausgesetzt und nochmals mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen bei der Grenzsicherung, dem Transport und der Versorgung von Menschen, die nach Österreich drängen, überdacht wird, und 2. mehr Investitionen für die zeitgemäße Ausstattung und Ausbildung getätigt werden, damit unser Bundesheer den Schutz unserer Grenzen und die Sicherung des Friedens im In- und unmittelbaren Ausland bestmöglich erfüllen kann.

Dritte Präsidentin: Ich bedanke mich, Herr Kollege Gruber, für die Berichterstattung und darf Ihnen auch schon das Wort erteilen.

Abg. **Gruber:** Dankeschön! Bei dieser Resolution, der Beilage 80/2016, Initiativantrag betreffend die Stärkung des Bundesheeres für Aufgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise, geht es in Oberösterreich um jenen Punkt, wie heute vormittags schon erwähnt, dass es nicht zielführend ist, nur einen Quadratmeter einer militärischen Liegenschaft noch preiszugeben, zumal natürlich die Erlöse, es ist in der Resolution bzw. im Bericht auch festgehalten, weit hinter den Erwartungen liegen.

Und wenn ich mir jetzt den Kasernenverkauf in Ebelsberg vor Augen führe, wo die Stadt Linz nicht den Zuschlag erhalten hat, dann ist das kein Thema für einen sozialen Wohnbau, daher ebenfalls nicht ins Kalkül miteinzurechnen. Wesentlich ist in Kombination mit dem Standort. Und wenn ich heute von Freistadt schon gehört habe und von dieser Tilly-Kaserne, die ganz wichtig ist als Ausbildungsstandort in Kombination mit dem Garnisonsübungsplatz, dann muss ich sagen, dann kann man nicht von der Kaserne als Standort sprechen und im Pressedienst, der heute schon erwähnt wurde, geht ja auch nicht hervor, dass ein Standort für Heerestruppen sein sollte, sondern immer in Kombination mit Verbänden und Einheiten. Und diese Lehrkompanie ist ein ganz ein wesentlicher Bestandteil und wichtig für den Kompetenzerhalt unserer Soldatinnen und Soldaten.

Ein großer Wurf wäre es im Zusammenhang mit dieser Neubeurteilung der Gesamtsituation aufgrund der geopolitischen Lage, die heute auch schon einmal angesprochen wurde, und da sprechen wir von Terrorismus, da sprechen wir von der Ukraine, da sprechen wir in weiterer Folge von diesem wichtigen Schutz der kritischen Infrastruktur, wo in Freistadt die Spezialisten hierfür sitzen, die das weitervermitteln können dieses Wissen. Und das brauchen wir beim Bundesheer ganz, ganz wichtig in Ergänzung zur Exekutive, weil wir alle wissen, die Exekutive alleine schafft das nicht. Ja, ich traue mir das zu sagen, im Gegensatz zur Frau Bundeskanzler aus der BRD.

So und ganz, ganz, ganz effiziente Ausbildungsstrukturen sind der Garant für den Erfolg und darum muss man auch in der Gesamtbeurteilung überdenken, ob das nicht gescheit ist, dass man diese Lehrkompanie in Freistadt an die HUAK in Enns anbindet, wo das zweite Ausbildungskompetenzzentrum in Oberösterreich liegt und das ist ja ein Novum so viel Kompetenz was Ausbildung betrifft in einem Bundesland, das darf man nicht preisgeben und da braucht man auch den nötigen Raum.

Und wenn wir schon bei der Garnisonstraße heute waren, na selbstverständlich ist das wichtig und nicht nur wegen der Stellungsstraße, sondern auch wegen dem wichtigen Formierungsraum. Und warum brauchen wir den Formierungsraum? Weil uns trifft des Öfteren eine Gleichzeitigkeit. Wir haben derzeit nicht nur aktive Soldaten, sondern auch Milizionäre im Einsatz, im Assistenzeinsatz. Sollte uns ein Katastrophenhilfsdienst noch zusätzlich ereilen, wo formieren wir unsere Einheiten? Da brauchen wir natürlich einen Raum. Wo bilden wir aus, wo statten wir aus, etc., etc.?

Die Liste ist eine unendliche, daher zusammengefasst, dieser Antrag allumfassend von den jeweiligen Heeresbeständen, was die Ausrüstung betrifft mit Adaption und Erneuerung von zusätzlichen Ausbildungsmitteln, von zielgerichteter Ausbildung, anlassbezogen natürlich zusätzlich zu der konventionellen Aufgabe des Heeres, dementsprechende Stärken und Qualität sicherzustellen bzw. auch die Liegenschaften, wo das Ganze auch vonstattengehen muss. In diesem Sinne hoffe ich auf breite Unterstützung, vielleicht auch von der grünen Fraktion. Ich weiß schon, die allgemeine Wehrpflicht war der einzige Knackpunkt, aber nur in der derzeitigen Beurteilung, ich glaube, das ist heute eh schon einmal gekommen, ist mit der allgemeinen Wehrpflicht das aktuelle Aufgabenspektrum effizient abzarbeiten. Dankeschön! (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Hermann Krenn.

Abg. **Krenn:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kollegen und Kolleginnen, werte Zuhörer! Bereits am Vormittag als Kollege Gruber bei unserem Antrag davon gesprochen hat, dass dieser Antrag alles enthält, was wir in unserem reingeschrieben haben, war ich mir

nicht ganz sicher, was er meint. Nun, nach dieser Rede bin ich mir überhaupt nicht sicher, ob wir die gleichen Anträge vorliegen haben. Bei der Beilage 80/2016, Initiativantrag betreffend die Stärkung des Bundesheers für Aufgaben zur Bewältigung der Flüchtlingskrise. Denn wenn der Kollege Gruber sagt, der Antrag beinhaltet, dass kein Quadratmillimeter Boden des Bundesheeres hergegeben wird, dann habe ich, nachdem ich das nochmals durchgelesen habe, festgestellt, davon steht hier nichts drinnen. (Zwischenruf Abg. Gruber: „Militärische Liegenschaften!“)

Und ich glaube, es ist wichtig, weil wir ja zustimmen werden, so wie wir es im Ausschuss auch schon gemacht haben, weil wir die Punkte 1 und 2 über die zeitgemäße Ausstattung und Ausbildung nur unterstützen können, weil wir sagen, nachdem sich einige Dinge geändert haben, es auch richtig ist darüber nachzudenken, dass ich ja noch einmal erkläre, unter welchen Voraussetzungen wir diese Zustimmung auch geben und wir auch mitstimmen. Bei uns liegt nämlich der Fokus auf dem Überdenken. Warum auch auf das Überdenken? Weil es zwei Dinge in der letzten Zeit gegeben hat. Das Eine habe ich schon erklärt: die neue Stellungnahme des Heeresministers! Aber auch, dass im Nationalrat ein fast ident lautender Antrag bereits einstimmig durchgegangen ist. Und der sich genau damit befasst.

Man möge sich alles noch einmal anschauen. Es sind mittlerweile ja auch schon erste Erhebungen und auch Stellungnahmen erfolgt, und deshalb möchte ich diesbezüglich festhalten, wenn wir zustimmen, und wir stimmen zu, dass wir diesen Fokus auf das Überdenken legen und wir nicht wollen, dass Dinge, die bereits sinnvoll evaluiert sind, auch wieder aufgeknüpft werden und sozusagen unter diesem Titel, kein Quadratmeter Boden dem anderen zu geben, durchgepeitscht wird.

Wie gesagt, Investition in Ausstattung, Ausbildung, garantieren unsere Sicherheit! Davon sind wir auch überzeugt. Aber um das auch sicherzustellen, was hier gefordert ist, ist ja nicht nur das Verteidigungsministerium oder der zuständige Minister, sondern es ist hier auch der Finanzminister gefragt. Denn, auch wenn wir, wie wir heute vorgeschlagen haben, auch schauen möchten, dass einige finanzielle Mittel herauslukriert werden, dass Mittel auch umgeschichtet werden, wird es, wenn ich mir diesen Antrag anschau, nicht möglich sein, dass alles ohne zusätzliche Mittel möglich ist.

Das ist auch so ein Punkt. Es wird nur gemeinsam gehen, es wird nur gemeinsam möglich sein, hier diesen Weg zu gehen. Den Antrag, ja, den finden wir gut. Schon deshalb, weil es eine Unterstützung aus Oberösterreich ist, in die Richtung, was der Nationalrat auch schon gemacht hat und vorhat. Ich glaube, es ist immer gut, wenn man sagt: ja, da wollen wir auch dahinter stehen.

Ich möchte es mir nicht nehmen lassen, weil Kollege Gruber am Vormittag gesagt hat, dieser Antrag kommt ja lediglich von der FSG. Es ist eigentlich gleich, wer in der Personalvertretung sich um das Personal kümmert! Es ist wichtig, dass es jemand tut. Hier möchte ich schon, auch wenn er FSG-Personalvertreter ist, oder vielleicht gerade deswegen, den Reinhard Atteneder hervorheben. Denn seine Unterlagen, sein fachliches Wissen, sein Einsatz, haben nicht zuletzt auch dazu geführt, dass Unterlagen bereit gestanden sind, die auch klar erkennen lassen, welchen Vorteil in diesem Fall die Kaserne in Freistadt hat. Auch dafür ein Dankeschön, insbesondere, weil er damit seinen Arbeitsauftrag als Personalvertreter wahrnimmt.

Bundesräte werden ja vom Oberösterreichischen Landtag entsendet, und auch dir, lieber Michael Lindner, ein Dankeschön, dass du das hier, natürlich auch im Interesse als Bezirksvorsitzender für den Bezirk aufgegriffen hast. Aber dafür ist ja ein Vorsitzender zuständig. Auch hier hast du dich bereits stark gemacht, dass in diese Richtung, auch mit dem Minister weitere Gespräche geführt werden, denn unter dem Strich: Je mehr sich einsetzen, je mehr dafür sind, desto besser ist es für uns alle. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Ich erteile Herrn Klubobmann Gottfried Hirz das Wort.

Abg. KO Dipl.-Päd. **Hirz:** Sehr verehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ja heute schon angesprochen worden und habe ganz kurz im Ausschuss erklärt, warum wir diesem Antrag nicht zustimmen können, möchte aber auch versuchen, ein bisschen differenziert das noch einmal zu erklären.

Das eine ist das Strukturpaket 2018, das im Endeffekt im Raum gestanden ist, und das vom Ex-Verteidigungsminister mit einem jährlichen Einsparungsvolumen von 200 Millionen Euro umgesetzt worden ist. Das hat dazu geführt, dass eigentlich alle Fraktionen im Parlament dann irgendwann gesagt haben, das ist nicht wirklich das, was wir als Ziel sehen, dass man nur sagt, Hauptsache, man spart das Geld ein, und sich vor allen Dingen nicht überlegt, wohin soll sich denn eigentlich das österreichische Bundesheer entwickeln, und was sind denn die Anforderungen der Zukunft und wie kann man das mit entsprechender Gerätschaft und Infrastruktur dann auch bewältigen?

Das führt zu der Diskussion, wie soll jetzt die Sicherheitspolitik aussehen, wie soll diese Neuausrichtung der Sicherheitspolitik aussehen? Jetzt hat Kollege Gruber gesagt, Wehrpflicht ja, das ist einer der Gründe, warum wir ein Problem mit diesem Antrag haben. Es hat am 20. Jänner 2013 die Abstimmung über die Wehrpflicht in Österreich gegeben, wobei ich dazu sage, dass bei dieser Befragung, das habe ich eigentlich bedauert, meiner Meinung in Wirklichkeit nicht die Zukunft des Bundesheeres im Vordergrund gestanden ist, sondern eigentlich das eine Abstimmung war, ob es einen Zivildienst oder ein freiwilliges soziales Jahr geben soll und was hilft uns da besser, beziehungsweise eigentlich die Situation entstanden ist, dass plötzlich der Zivildienst die Begründung war, warum man denn die Wehrpflicht nicht abschaffen sollte.

Ich habe das ein Stück auch bedauert, dass das eigentlich in diese Richtung gegangen ist. Ich habe es für eine vergebene Chance gehalten, und jetzt ist es so, dass im Begründungstext ja doch eigentlich sehr eindeutig das Bekenntnis zur Wehrpflicht herauskommt beziehungsweise, dass Wehrpflichtige an der Grenze eingesetzt werden sollen.

Ich bin da ein Stück skeptisch, ob man 18jährige, für mich nicht wirklich adäquat ausgebildete Leute, in diesen Assistenzeinsatz schicken sollte, noch dazu, wo ja unter anderem auch gesagt worden ist, dass die Flüchtlingskrise eigentlich ein Grund sein könnte, die Wehrpflicht noch einmal zu verlängern. Man kann, wenn man für die Wehrpflicht ist, auch das diskutieren. Ob das jetzt die Begründung sein sollte, das möchte ich dahinstellen. Das ist der erste Grund.

Der zweite Grund ist die Frage, welche Neuausrichtung soll es geben und welche sicherheitspolitischen Aufgaben haben wir? Ich habe schon einmal gesagt und für mich auch definiert, wo ich diese Aufgaben sehe. Auf der einen Seite sehe ich sie sicherlich auf der internationalen Ebene. Ich glaube, dass Österreich auch aufgrund seiner speziellen

neutralen Ausrichtung hier eine wichtige Funktion hat und auch friedensunterstützende Maßnahmen in Kriegsregionen entsprechend unterstützen soll und auch entsprechende Beteiligung an diesen UNO-Streitkräften haben sollte.

Dazu braucht man wahrscheinlich Professionalisten und auch eher kleinere Einheiten, die sehr spezialisiert sind, die teilweise vielleicht sogar fast Polizeiarbeit übernehmen können in Krisengebieten, wo genau diese Stabilität fehlt. Was national das Bedrohungsszenario im 21. Jahrhundert darstellt, das glaube ich sollten wir diskutieren.

Ich glaube, dass natürlich der Katastrophenschutz dabei ist, die Pioniere hier eine wesentliche Rolle spielen. Es geht natürlich auch um Assistenzeinsätze des Bundesheeres, es geht sicher um ABC-Einheiten. Wir haben noch immer die atomare Bedrohung, also wir sind nicht davor gefeit, dass hier Dinge passieren, die wir uns alle nicht wünschen, genauso wie biotoxische Angriffe, genauso wie chemische Angriffe.

Also, hier gilt es wirklich etwas zu tun. Ich bekenne mich auch zum Heeresnachrichtendienst, weil ich glaube, dass es wichtig ist, dass man auch die gesamte politische Lage und die Sicherheitsbereiche einschätzen wird müssen, um auch adäquat zu reagieren, vor allen Dingen, weil der Terror ja genannt worden ist, um auch auf die Terrorbedrohung entsprechend reagieren zu können, was meiner Meinung nach, da werde ich nicht müde, das zu sagen, unterschätzt wird, das sind Cyberangriffe, die meiner Meinung nach gerade Europa ganz schwer treffen können und meiner Meinung nach das mit Sicherheit auch die Frage ist, inwieweit investiert man in diesen Bereich?

Das heißt, die Frage ist, wohin läuft das Geld, das begrenzt ist für diesen Bereich? Genau das ist das, was ich im Endeffekt als zweiten Grund ein Stück angeführt habe und auch heute anführe. Geht das in die Eurofighter, geht es in das schwere Gerät, geht es in die Kasernen, geht es in die Bekämpfung der Cyberangriffe, geht es in die Nachrichtendienste? Das ist etwas, was meiner Meinung nach noch nicht wirklich klar herauskommt.

Ich bin zum Beispiel nicht unbedingt der Meinung, keinen Quadratmeter mehr darf man hergeben. Die Frage ist, wie stellen wir uns auf? Das ist noch nicht gesagt. Darum habe ich auch heute Vormittag gesagt, ich weiß es nicht, ob es gescheit ist, das Gebäude 11 zu verkaufen und das andere nicht oder so. Das ist etwas, was wahrscheinlich andere besser beurteilen können, als ich das da heraußen kann, und deshalb sind wir für ein gut ausgestattetes, zukunftssträchtiges Bundesheer.

Ich glaube, dass allerdings für mich diese Forderung zu allgemein ist. Ich bin wirklich der Meinung, dass man eigentlich vorher die Richtung kennen sollte, bevor man losmarschiert, und das ist der Grund, warum wir heute die Zustimmung nicht geben. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist der Kollege Wolfgang Stanek.

Abg. **Stanek:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen im hohen Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren im Internet! Lieber Gottfried Hirz, ich darf kurz auf dich zurückkommen. Du hast gesagt, einer der Gründe, warum ihr heute bei diesem Antrag nicht dabei seid ist, dass wiederum in Aussicht genommen wird, Grundwehrdiener zum Assistenzeinsatz zu verwenden.

Ich darf dazu anmerken, diese Situation hat es ja beim österreichischen Bundesheer vor zwanzig Jahren schon gegeben. Da hat es über viele Jahre einen Assistenzeinsatz gegeben,

und ich darf eines besonders herausarbeiten. Ich habe damals nicht nur als Abgeordneter immer wieder auch die jungen Männer an der Grenze besucht, sondern ich habe seit dieser Zeit, damals und auch heute noch, mit vielen Menschen Gespräche geführt, und eines deckt sich immer zu 100 Prozent.

Nämlich, dass alle, die so einen Assistenzeinsatz gemacht haben, im Endeffekt gesagt haben, das war die sinnvollste Zeit, die ich beim Bundesheer verbracht habe. In diesen acht Wochen, wo ich an der Grenze Dienst versehen habe, habe ich ungeheuer viel gelernt. Aber nicht nur aus bundesheertechnischer Sicht, sondern vor allem auch aus menschlicher Sicht.

Es ist kein Wunder, dass der Kollege Kaineder wieder den Kopf schüttelt, weil er wahrscheinlich erstens einmal nicht beim Bundesheer war (Zwischenruf Abg. Kaineder: „Das ist falsch!“) und zweitens einmal, weil er gerne den Kopf schüttelt, wenn er nicht gerade selber redet. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte auf etwas anderes noch zurückkommen. Am 20. Jänner 2013 haben 60 Prozent der österreichischen Bevölkerung für die Beibehaltung unseres bisherigen Bundesheeres entschieden.

Ich kann mich noch gut erinnern, damals ist großspurig angekündigt worden, dass es umfassende Reformen geben soll. Ich habe extra noch einmal nachgeschaut, wie Reform eigentlich definiert wird, und vor allem, wenn man das jetzt unter einem politischen Aspekt sieht, ist nachzulesen, dass Reform bedeutet, eine planvolle Umgestaltung bestehender Verhältnisse und Systeme.

Wenn ich mir die Klugschen Reformschritte anschau, dann habe ich eigentlich nur eines feststellen können, dass überall eingespart wurde, aber wirkliche Reformschritte beim Bundesheer für mich zumindest nicht erkennbar waren. Ja, ganz im Gegenteil, in Wirklichkeit gehe ich noch einen Schritt weiter, wenn der Bundesminister Klug geblieben wäre, dann hätte ich wirklich Angst gehabt, dass das Bundesheer im Endeffekt kaputtgespart worden wäre. (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Was glaubst du, was jetzt mit der Infrastruktur passiert?“)

In der Zwischenzeit hat es wesentliche Veränderungen gegeben, wesentliche Veränderungen in der sicherheitspolitischen Lage. Ich denke hier an den Konflikt in der Ukraine, durchaus ein Land an der EU-Grenze. Ich denke hier an die furchtbaren Terroranschläge in Frankreich, ich denke hier an eine ganze Reihe von im letzten Moment vereitelten Anschlägen in verschiedenen europäischen Städten, und ich denke hier natürlich auch an einen nie dagewesenen Flüchtlingsstrom, den wir derzeit erleben.

Und auch wenn der neue Bundesminister für Landesverteidigung offensichtlich den Ernst der Lage erkannt hat, wollen wir ihm mit diesem Antrag durchaus auch ganz bewusst als Oberösterreichischer Landtag den Rücken stärken. Es geht darum, dass die Umsetzung des Bundesheerstrukturpakets 2018 des scheidenden Verteidigungsministers und die damit verbundene Auflösung von Verbänden und Einheiten, sowie der Verkauf von Gerät und Liegenschaften ausgesetzt wird.

Kollege Krenn hat gesagt, wichtig ist ihm, dass darüber nachgedacht wird. Ich denke, das ist ein erster wichtiger Schritt in diese Richtung. Ich bin auch sehr dankbar, dass ihr mitstimmt. Der zweite Punkt, und das möchte ich auch ausdrücklich betonen, beim zweiten Punkt dieses Antrags geht es um mehr Investitionen für eine zeitgemäße Ausstattung und für eine zeitgemäße Ausbildung beim Bundesheer, und es ist uns auch klar, dass mehr Investitionen

selbstverständlich auch bedeutet, dass hier der Finanzminister bis zu einem gewissen Grad gefordert sein wird.

In diesem Sinne denke ich, dass es bei diesem Antrag wirklich ganz wesentlich um wesentliche und wichtige Schritte für noch mehr Sicherheit in Österreich geht, und daher bitte ich noch einmal alle, diesem Antrag zuzustimmen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Alexander Nerat.

Abg. **Nerat:** Geschätzte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Kollege Krenn hat es richtig gesagt. Es ist natürlich auch immer alles eine Frage der Dotierung. Wie lange diskutieren wir schon über die Erkenntnis, dass dem Bundesheer vor allem eines fehlt, nämlich die notwendigen Mittel? Ich kann mich erinnern, da gab es einmal eine Heeresreformkommission mit ganz viel Donnergetöse, da war ein mittlerweile verstorbener Bürgermeister Zilk auch dabei, und da kam man zu dem weltbewegenden Entschluss und zu der Erkenntnis, dass man ungefähr ein Prozent des BIPs braucht, um ein Heer so auszustatten, dass es auch wirklich allen Anforderungen gewachsen ist.

Dass diese Anforderungen sich im Laufe der Zeit laufend ändern, auch das hat niemand bestritten. Aber wie gesagt, die Erkenntnis, mehr Geld, ist nicht gerade unbedingt neu. Was kam im Gegensatz dazu, wie der Kollege Stanek gesagt hat? Ein Minister, der eigentlich im Gegenteil von dem gehandelt hat, wie sein schöner Name lautet. Der war nämlich wirklich gefährlich, das Ganze zu Tode zu sparen, denn es gibt auch beim Sparen gewisse Grenzen.

Die Grenzen liegen dort, wo man dann wirklich sagen muss, hier wird die Betriebsfähigkeit und die Einsatzfähigkeit gefährdet. Da nützt es nichts, vor allem schöne Worte zu kreieren. Da kam dann plötzlich der Rekonstruktionskern oder situationselastisch, ich glaube, das Wort hat es sogar in die Zeitung geschafft, als Wort des Jahres.

Das waren sozusagen die Pflaster, die man dem Heer aufgeklebt hat. Jetzt hat sich die Situation sehr schnell verändert, wie man immer gesagt hat, man muss aufpassen, die Situationen können sich schneller ändern als ein derartig komplexer Apparat sich ändern kann. Jetzt ist genau das passiert, und jetzt haben wir plötzlich ein Problem, wenn man sagt, Grundwehrdiener hier in den Assistenzeinsatz an die Grenze zu schicken.

Ich gebe dem Kollegen Stanek recht, es ist tatsächlich, auch meinem Empfinden nach, ich war nämlich auch ein Grundwehrdiener an der burgenländischen Grenze, blöderweise in Kroatisch Minihof, dem Heimatort des vorvorigen Verteidigungsministers, wo übrigens die Bevölkerung sehr froh war, dass es das Bundesheer gegeben hat, wo ich unglaublich viel an Feedback von der Bevölkerung bekommen habe, wo wir wirklich auf Streife gegangen sind und von den Leuten eingeladen worden sind, kommt her, wir sind froh, dass ihr da seid.

Es ist mir keiner in den Jahren irgendwie bekannt geworden, 1991 begann dieser Grenzeinsatz bis zu seinem Ende, dass es hier zu irgendwelchen Übergriffen durch wild gewordene Grundwehrdiener in Rambo-Manier mit geladener Waffe auf arme Menschen kam.

Nein, ich gehe davon aus, dass sich ein ausgebildeter Soldat auch nach der Grundausbildung seiner Verantwortung, die er hier trägt, durchaus bewusst ist. Wer das bestreitet, beleidigt für mich die jungen Männer und auch die jungen Frauen, die ihren Dienst

beim Bundesheer versehen und hier in den Einsatz gehen, weil ich glaube, man hat oft genug gesehen, dass wir uns auf die sehr wohl verlassen können.

Katastropheneinsatz ist ja ganz etwas Schönes. Nur, wenn das Militär, wenn es denn gar mit Waffen zu tun hätte, egal welche Systeme es immer sein sollten, dann ist es für manche Leute plötzlich nicht mehr so nett und nicht mehr so schön. Natürlich war die Befragung über die Wehrpflicht eine Befragung über das System, und der Zivildienst ist auch Teil dieses Systems, wie immer man persönlich dazu steht. Das ist überhaupt kein Thema. Das hat nie jemand bestritten.

Aber was mir immer abgegangen ist und bis heute fehlt, ist von manchen Politikern, politischen Parteien, ein klares Bekenntnis zum Bundesheer, als Schutz für die Republik, für die Integrität der Republik. Ich habe immer das Gefühl, am liebsten wäre es manchen hier Anwesenden, wenn das Bundesheer mehr oder minder zu so einem, ich sage jetzt einmal Feuerwehr-, Polizei-, Rettungshybrid mutieren würde. So eine Art wie das THW (Technische Hilfswerk) in Deutschland zum Beispiel. Hauptsache bitte nicht in Grün, Hauptsache kein militärisches Auftreten, das könnte irgendjemanden verunsichern.

Die Aufgaben sind sehr vielfältig, überhaupt kein Thema, und eine der wichtigsten Aufgaben, und das ist auch im Gesetz so festgeschrieben, ist natürlich auch der bewaffnete Schutz der Neutralität. Wir haben alle geglaubt und wir haben uns auch darin gefallen, das zu glauben, dass wir in einem absolut friedlichen Europa leben, wo so etwas nie wieder passiert. Der Konflikt in der Ukraine, und man überlege einmal, wie weit das wirklich weg ist, hat uns gezeigt, wie schnell es hier Veränderungen geben kann. Wir wünschen uns das nicht, wir wollen auch nicht den Teufel an die Wand malen, aber Tatsache ist, es gibt hier eine Verpflichtung auch entsprechend vorbereitet zu sein. Und es gibt Aufgaben, lieber Gottfried Hirz, da gebe ich dir recht, es gibt Aufgaben, die können ausschließlich Profis erfüllen, aber das Bundesheer ist nichts anderes als eine riesengroße Firma und die Profis gibt es jetzt auch, aber es braucht auch Unterstützungspersonal, es braucht Menschen auf jeder Ebene, die dort ihren Dienst erfüllen. Und zu glauben, man streicht das Bundesheer zusammen, so frei nach dem Motto auf ein Häufchen von Spezialisten, es wird nichts daran ändern, dass die trotzdem wer dorthin bringen muss, wo sie hin müssen, dass sie jemand ausbilden muss, dass sie jemand versorgen muss.

Alle diese vielen Ebenen, und das ist jetzt wirklich nur ganz oberflächlich gekratzt, müssen auch erledigt werden. Sie können nur dann erledigt werden, wenn das Bundesheer über eine entsprechende Dotierung verfügt. Am Willen der Soldaten und Soldatinnen liegt das ganz sicher nicht, weil sonst hätten die in den letzten Jahren alle mehr oder minder schreiend aus den Kasernen laufen müssen. Weil wie man mit denen umgegangen ist, ist eigentlich nicht wirklich sehr würdig.

Ich denke, es wird hier eine Einigung geben, es gibt ja Signale vom Finanzministerium, hier entsprechend mit der Dotierung raufzufahren. Die Erkenntnis, dass ein Generalstab nicht nur dazu da ist, schöne Orden zu tragen, sondern auch in die Zukunft zu sehen oder an die Zukunft zu denken und entsprechende Szenarien weiterzuentwickeln, ist mittlerweile auch im Verteidigungsministerium angekommen. Schauen wir einmal, ich sage jetzt vorsichtshalber nicht mehr, schlimmer kann es nicht mehr werden, weil das habe ich bei dieser Debatte schon mehrfach gesagt und wurde dann leider Gottes immer eines Besseren belehrt. Aber ich sage einmal, die Richtung könnte jetzt stimmen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Stefan Kaineder.

Abg. **Kaineder**: Herr Kollege Nerat! Ich bin nicht heraußen, um auf dich zu antworten, sondern um mein energisches Kopfschütteln zu erklären. Es hat nicht damit zu tun, dass ich dem Kollegen Nerat nicht glaube, dass er als Abgeordneter bei den Grundwehrdienern an der Grenze war und die sich so geäußert haben, wie er es uns beschrieben hat, sondern, (Zwischenruf Abg. Nerat: „Nein, ich war selber!“) Entschuldigung, Entschuldigung. Wenn wir da schon jetzt in die Subjektivität abgleiten, weil das ist subjektiv, wenn Grundwehrdiener an der Grenze stehen, ob es ihnen gefällt oder nicht, dann möchte ich euch auch teilhaben lassen an meinen subjektiven Erfahrungen.

Ich war nämlich nicht als Abgeordneter an der Grenze, sondern ich war in einem Einrückungstermin, der Grenzdienst schieben musste und in meiner Kompanie, den Panzerpionieren in Ebelsberg, hat es mindestens die Hälfte der Grundwehrdiener gegeben, die deine Ausführungen nicht stützen würden. Wir haben das zu einem Großteil als nicht die sinnvollste Zeit unseres Lebens gesehen. Anders stellt sich es dar, da meine ich jetzt den Grenzdienst, anders stellt es sich dar, wenn Hochwasserdienstleistungen zum Beispiel zu erbringen waren. Das haben viele als sinnvoll erachtet. Und ich habe gefunden, dass Gottfried Hirz versucht hat, diese Ebene sehr sachlich zu diskutieren, es ist jetzt dann emotional geworden und ich wollte euch nur sagen, ich war beim Bundesheer, Herr Kollege, ich war dort und ich habe es nicht als hochgradig sinnvoll empfunden, muss ich ganz ehrlich sagen. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Es gibt keine weitere Wortmeldung mehr zu dieser Beilage, daher schließe ich die Wechselrede und wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 85/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist mit Stimmenmehrheit angenommen worden.

Wir behandeln die Beilage 86/2016, dies ist der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung Schüler- und Lehrlingsfreifahrt, unbefristete Fortsetzung der Finanzierung der Pauschalierungs- und Netzkartenregelung ab dem Schuljahr 2016/2017. Ich bitte Herrn Kollegen David Schießl darüber zu berichten.

Abg. **Schießl**: Beilage 86/2016, Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung Schüler- und Lehrlingsfreifahrt, unbefristete Fortsetzung der Finanzierung der Pauschalierungs- und Netzkartenregelung ab dem Schuljahr 2016/2017. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 86/2016.)

Der Ausschuss für Infrastruktur beantragt, der Oö. Landtag möge die aus der beabsichtigten unbefristeten Fortsetzung der Finanzierung der Pauschalierungs- und Netzkartenregelung ab dem Schuljahr 2016/2017 (Schüler- und Lehrlingsfreifahrt) sich ergebende finanzielle Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß von 2.760.000 Euro p.a. genehmigen.

Dritte Präsidentin: Danke für die Berichterstattung und ich darf gleich das Wort erteilen.

Abg. **Schießl**: Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Erstmals im Jahr 2013, am 16. Mai wurde hier ein Beschluss getätigt, auf zwei Jahre befristet. Die anfallenden Kosten dabei waren so, dass die Aufteilung so geregelt war, der Bund 60 Prozent, das Land 40 Prozent. Die Verlängerung für 2015/2016 gab es dann am 12.3.2015. Und hier wurde bereits die Möglichkeit einer dauerhaften

Verlängerung eingeräumt, allerdings nach einer Evaluierung. Diese Evaluierung hat stattgefunden auf Basis der Schuljahre 2013/2014 und 2014/2015 und es ist ganz klar herausgekommen, dass diese Karte eine Erfolgsgeschichte von Oberösterreich ist.

Wir haben gestartet im Jahr 2013 mit 46 Prozent und liegen jetzt bereits bei 61 Prozent. Und man kann eines sagen, es ist für die Jugendmobilität ein sehr wichtiger Faktor geworden. Wobei der Finanzierungsrahmen mit 6,9 Millionen Euro mit Wertsicherung als ausreichend gesehen werden kann. Die Landeskosten dafür 40 Prozent, 2,76 Millionen Euro. Der Preis dieses Jugendticket-Netz für das Schuljahr 2016 und 2017 wird daher 65 Euro betragen. Dazu hat es auch schon Medienberichte gegeben, ich denke da an den Kollegen Rippl von der SPÖ, du hast gesagt, das ist ein Erfolg, in deiner Berichterstattung, jedoch nicht im Innviertel, wo wir bei Braunau auf 20 Prozent in etwa sind, also da gibt es Luft nach oben, da bin ich mit dir absolut d'accord.

Allerdings ist mir ganz klar gewesen von vornherein, dass das das fehlende regionale Verkehrskonzept ist. Es ist halt nunmehr so, die Nachfrage richtet sich nach dem Angebot und wenn man kein Konzept hat, dann ist natürlich das Angebot nicht so wie es in anderen Regionen der Fall ist. Aber ich bin überzeugt davon, nach Einführung dieses regionalen Verkehrskonzepts wird sich auch diese Zahl im Innviertel massiv erhöhen und ich möchte auch klarstellen, seit dem Jahr 2009 fordere ich das bereits im Oö. Landtag und ich möchte dazu auch noch sagen, die SPÖ hätte hier 20 Jahre Zeit gehabt, dies auch schon früher umzusetzen.

Kollege Rippl verlangt von Landesrat Steinkellner zusätzliche Dienste in diesem Bereich, aber lieber Erich, du hättest das natürlich auch schon unter Kollegen Entholzer machen können. Nachdem wir gehört haben, dass die Einführung 2013 war, hättest du also schon drei Jahre Möglichkeit dazu gehabt, das zu fordern. Alles in allem kann ich natürlich sagen, die FPÖ wird sich an getätigte Beschlüsse halten, wie in diesem Fall, wenn es um das regionale Verkehrskonzept geht, da haben wir den zeitlichen Horizont mit Dezember 2018 und ich bin überzeugt davon, da wird es dann umgesetzt und da wird es dann auch zu zusätzlichen Diensten kommen. Es ist natürlich traurig, dass wir da 20 Jahre gebraucht haben, ich bin aber auch überzeugt davon, wie gesagt, dass Landesrat Steinkellner in dieser Periode das umsetzen wird, was die SPÖ in 20 Jahren vorher nicht geschafft hat. (Beifall)

Es wäre mir auch früher lieber gewesen, aber besser spät als nie. Und dieser Erfolg dieser Netzkarte, wie heute schon besprochen, wird dann auch im Innviertel einziehen. Zurückkommend noch einmal auf die Beilage. Der Ausschuss für Infrastruktur beantragt, der Oö. Landtag möge die aus der beabsichtigten unbefristeten Fortsetzung der Finanzierung der Pauschalierungs- und Netzkartenregelung ab dem Schuljahr 2016/2017 sich ergebende finanzielle Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß von 2.760.000 Euro p.a. genehmigen. Dankeschön. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Als nächstem Redner darf ich Herrn Kollegen Rudolf Raffelsberger das Wort erteilen.

Abg. Bgm. **Raffelsberger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die freie Schulfahrt, so hat das damals geheißen, wurde im Jahr 1971 in Österreich eingeführt, seither ist diese sehr sinnvolle und vor allem familienfördernde Einrichtung immer wieder überarbeitet und verbessert worden, da bei uns in Oberösterreich das letzte Mal im Jahr 2013. Vorerst einmal auf zwei Jahre, wo diese Regelung im Oberösterreichischen Verkehrsverbund auf zwei Jahre bewilligt wurde.

Im Jahr 2015, haben wir gerade gehört, ist das Ganze noch einmal um ein Jahr verlängert worden, weil man wollte, bevor man eine Mehrjahresverpflichtung eingeht, dass das Ganze noch einmal evaluiert wird. Das ist auch geschehen, der Oö. Verkehrsverbund beziehungsweise die Oö. Verkehrsgesellschaft hat das Ganze noch einmal überarbeitet und genauer durchgeschaut und es hat sich gezeigt, dass die Anzahl der ausgestellten Freifahrtscheine in etwa gleich geblieben ist. Wir liegen zurzeit bei knapp 100.000 ausgestellten Fahrscheinen und mit einer Steigerung, und ich glaube, das ist das Wesentlichere, der Ausnahmefälle nicht zu rechnen ist, das heißt, dass mit dem bisherigen Finanzierungsrahmen von 6,9 Millionen Euro p.a. ausgekommen wird, wenn man dieses klarerweise wertsichert.

Aus meiner Sicht und aus Sicht der ÖVP ganz besonders erfreulich, dass sich der Anteil beim Jugendticket-Netz deutlich gesteigert hat beginnend im Jahr 2013 mit 43 Prozent, das war damals schon ein beachtlicher Prozentsatz, hat sich das Ganze gesteigert auf aktuell 61 Prozent. Und ich will heute da herinnen gar nicht die Gretchen-Frage stellen, nach dem, wer hat es erfunden? Ich habe schon in der Ausschussrunde gemerkt, da sind die Emotionen gleich hochgegangen. Um das geht es mir heute gar nicht. Ich bin lange genug in der Politik, zwar noch nicht so lange im Landtag, aber in der Politik, dass ich weiß, dass gerade in der Politik der Erfolg viele Väter hat und natürlich auch viele Mütter und nur der Misserfolg ist ein Waisenkind.

Ich möchte aber trotzdem noch einmal die damalige Kampagne der Jungen ÖVP zur Kenntnis bringen, einfach so, weil es mir so gut gefallen hat. (Beifall) Mir hat der Slogan so gut gefallen und den hätte ich der ÖVP damals noch gar nicht zugetraut im Jahr 2013, weil da hat es geheißen: So oft du willst, wann du willst, mit wem du willst. Und die Helena Kirchmayr ist jetzt leider gerade nicht herinnen, das hat mir wirklich gut gefallen und die Jugend bringt es halt dann oft gerne auf den Punkt und ich finde, sie hat es sehr erfolgreich auf den Punkt gebracht. Sei es drum, das Jugendticket ist ein Meilenstein in der Mobilität der Jugend, in der Mobilität unserer Schülerinnen und Schüler, aber auch der Lehrlinge. Wichtig ist, dass da herinnen ein breiter Konsens besteht und ich glaube, den hat man auch schon herausgehört und dass wir diese Mehrjahresverpflichtung heute hier beschließen werden, eine familienfreundliche, vor allem eine umweltfreundliche und für die Kunden und für die Nutzer und vor allem für die Eltern eine geldtaschenfreundliche Einrichtung.

Ein Musterbeispiel von Politik von Jungen für Junge, daher unsere Zustimmung für diese Mehrjahresverpflichtung und die damit verbundene Übernahme des vierzigprozentigen Kostenanteils durch das Land. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Erich Rippl.

Abg. Bgm. **Rippl:** Geschätzte Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir haben im Ausschuss diskutiert und ich glaube wichtig ist, dass die Mehrjahresverpflichtung für eine unbefristete Fortsetzung der Finanzierung beschlossen wird. Und wer und welche Fraktion es einbrachte, glaube ich, ist den Jugendlichen egal. Ich habe das auch gelesen von der Helena und mir hat es auch gefallen, aber ihr hättet das von der SPÖ auch lesen müssen oder von der FPÖ oder von den Grünen. Ich glaube, jede Fraktion hat sich bemüht, hier etwas zu unternehmen.

Fakt ist jedenfalls, dass der damalige Landesrat Entholzer dieses Fundament gelegt hat, dieses sogenannte Jugendticket-Netz eingeführt hat, die Finanzierung aufgestellt hat und auch umgesetzt hat. Und das soll jetzt weitergeführt werden und was wichtig und richtig ist, hast es ja angesprochen. Bei der Evaluierung hat sich ja gezeigt, von 43 Prozent 2013 auf

55 Prozent 2014, 2015 auf 2016 haben wir bereits 61 Prozent und steigend. Und ich habe auch richtigerweise, und Kollege Schießl, sehr wohl ist es richtig, dass es Regionen gibt, die über 50 Prozent sind und im städtischen Bereich sind wir, gerade in Linz, bei 86 Prozent die dieses Ticket annehmen. Schlusslicht ist der Bezirk Braunau mit 20 Prozent, mit Ried und Schärding mit zirka 38 Prozent. Und hier müssen wir alles daran setzen und ich glaube, dass es wichtig ist, Regionen zu stärken mit dem RVK (Regionalverkehr).

Was aber meines Erachtens mit den 64 Euro eine tolle Sache ist. Wenn man jetzt schaut im Salzburger Land, die Nachbargemeinden haben ja diese COOL-s'CARD oder SUPER-s'COOL-CARD wie es heißt um 96 Euro, das wir hier halt noch Lösungen finden sollten über die Landesgrenzen. Ich meine es, ist auch nicht teuer, wenn man sagt, man kann da Lösungen finden, nach Salzburg, Steiermark oder Niederösterreich, damit man wirklich, wenn man zur Arbeit, zur Schule fährt, dass man hier einen vernünftigen Tarif hat. Der Wermutstropfen an dem Ganzen ist jedoch, glaube ich, für die Studentinnen und Studenten, denn diese dürfen und können zurzeit dieses Jugendticket-Netz nicht erhalten und hier gehört unbedingt eine Lösung gefunden. Wir stimmen natürlich der Vorlage zu. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Severin Mayr.

Abg. **Mayr:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das ist ja schon fast eine ungewohnte Einigkeit, die da jetzt herrscht, wenn es um das Jugendticket geht, bis auf die angesprochene Frage, wer es jetzt tatsächlich erfunden hat. Ich habe ein bisschen nachgelesen im Protokoll auch von den Beschlussfassungen. Da war ja schon fast mehr das Thema, wer als allererster das Wort Jugendticket gesagt hat, als überhaupt der Inhalt dieses Jugendtickets Teil der Diskussion war. SPÖ hat damals, glaube ich, eine Kampagne gehabt, die ÖVP hat eine Kampagne gehabt, FPÖ glaube ich nicht. Ganz entscheidend, ist bislang noch nicht erwähnt worden, war natürlich der Grüne Einsatz, dass es zu diesem grün-schwarzen Antrag gekommen ist. Nur der Vollständigkeit halber muss das natürlich auch erwähnt werden. (Beifall)

Aber vielleicht gehen wir noch ganz kurz zum bisschen wichtigeren Teil dieses Antrags, zu dieser Verlängerung vom Jugendticket. Wir schaffen damit, dass Jugendliche ein kleines bisschen Freiheit mehr erhalten, ein bisschen mehr Selbstbestimmung. Jeder weiß das, wie wichtig das ist, gerade für junge Leute, dass sie mobil sind, dass sie sich möglichst frei bewegen können und auch aus gesamtgesellschaftlicher Sicht ist es natürlich wichtig, dass der Öffentliche Verkehr Kundinnen und Kunden gewinnt, gerade auch in Hinblick darauf, dass diese Jugendlichen idealerweise Öffi-Fahrer/innen bleiben für ihr restliches Leben.

Es ist ein ganz wichtiger Punkt noch angesprochen worden, der ist auch schon vor ein paar Jahren immer wieder in Protokollen nachzulesen gewesen und das ist die momentane Beschränkung auf Jugendliche in Ausbildung, in Schule und in Lehre. Und der Kollege Rippl hat es gerade völlig richtig angesprochen, was noch fehlt, ist, dass dieses Jugendticket ausgeweitet wird auf die Gruppe der Studierenden. Ich würde sagen, dass man es ausweitet auf die Gruppe all jener bis 26 Jahre, die in Ausbildung sind. Ich würde vorschlagen, wenn wir uns heute eh schon so einig sind bei diesem Thema, ich übernehme das gerne, ich werde versuchen einen Antrag zu formulieren, lade alle Fraktionen, alle Mandatarinnen und Mandatäre ein, das mitzuunterzeichnen. Wenn wir so konstruktiv weitertun, wie wir jetzt angefangen haben bei diesem Antrag, bin ich zuversichtlich, dass wir auch da schnell etwas zusammenbringen werden. Ich bedanke mich. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Danke. Herr Landesrat Mag. Steinkellner, bitte.

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! So viel Lob ist ja unbeschreiblich für eine Idee, die ich jetzt umsetzen darf, von wem auch immer, wo auch immer. Ein Lob geht mir allerdings ab, lieber Kollege Makor, denn was ist jetzt der Unterschied eigentlich gegenüber den letzten beiden Beschlüssen? Kollege Rippl, weißt du es noch? Die Beratung im Ausschuss. Und ich möchte, glaube ich, dass der gesamte Landtag den Mitarbeitern, Dipl.-Ing. Haider federführend, aber auch all jenen, Dipl.-Ing. Kubasta, Dipl.-Ing. Holzer, die hier immer in der gleichen Geschwindigkeit hatten zu arbeiten, weil das immer ein Zeitproblem ist. Und ich bin immer dagestanden als Klubobmann und habe kritisiert, verdammt noch einmal eine gute Geschichte, aber warum schon wieder dringlich, können wir nicht auch das, was wir hier alle miteinander wollen, auch in Ruhe im Ausschuss einmal beraten, die Evaluierung uns ansehen? Und es ist Gott sei Dank dieses Jahr gelungen, dass wir das nicht dringlich, sondern erstmals über den Ausschuss mit einer Zwischendiskussion führen konnten. Noch einmal herzlichen Dank an alle Mitarbeiter. (Beifall)

Zwei Dinge sind angesprochen worden, absolut richtig, wobei das Problem Innviertler Regionalverkehrskonzept insbesondere im Bezirk Braunau, und du als Bürgermeister von Lengau weißt das natürlich, deswegen so besonders widrig ist, weil es natürlich eine entsprechende grenzüberschreitende Wirkung vom Verbund in Salzburg inkludiert und dass natürlich dort viele junge Menschen einfach das Salzburger-Ticket in Anspruch nehmen. Ich hatte bereits Gelegenheit mit dem Salzburger Pendant, Landesrat Mayr auch ein Gespräch zu führen, wie wir uns dort noch besser vernetzen. Ich muss sagen, Dipl.-Ing. Kubasta ist mit der Salzburger Verkehrsverbundgesellschaft und auch den Tirolern sehr bemüht, was das Ticketing betrifft, was den Bereich Niederösterreich vorbetrifft, sagen wir einmal so, ist es nicht ganz so einfach als offensichtlich Richtung Westachse. Ich würde mir am liebsten wünschen, wenn wir ein Ticket in Österreich zustande bekommen würden. Das wäre eine ganz tolle Sache. Leider gestaltet es sich mit manchen Marktteilnehmern, um es sehr neutral zu formulieren, diesbezüglich nicht ganz so einfach. Aber ich werde da sicher nicht locker lassen, weil wir haben natürlich zwei Regionen, in die wir durchaus uns auch hinbewegen. Das ist einerseits im Westen, natürlich Richtung Salzburg, aber das Linz und weiter östlich natürlich auch Richtung Wien. Und da ist es genauso wichtig, dass wir Lösungen anbieten.

Wir sind auch deswegen in Oberösterreich Vorbild, nicht nur, weil wir es den jungen Menschen wirklich zu einem äußerst attraktiven Preis zur Verfügung stellen, sondern wir verlängern es ja auch bis zum 26. Lebensjahr gegenüber anderen Bereichen. Da ist auch wichtig, dass manche nur bis 24 und wir bis 26 Unterstüzungen leisten. Das Problem der Studierenden ist ein absolut ungelöstes, weil das ist eigentlich eine Bundesthematik und da bin ich gerne bereit, jede Idee aufzugreifen. Es ist ja dann besonders skurril, ich habe also gerade jetzt einen Fall, denke mir, auch ein einzelner Fall ist ein wichtiger Fall. Wenn einer besonders schnell in der Schule war und als Siebzehnjähriger schon studiert, fällt er plötzlich, weil er nicht mehr Schüler ist und auch kein Lehrling ist, nicht mehr da hinein. Und jetzt versuchen wir, da Lösungen zu finden. Auch das, ich sage nur einmal, wie skurril diese gesamte Finanzierungssituation da steht. Natürlich sollte man eigentlich einen Anreiz geben, wenn einer so besonders schnell in der Schule ist, dass er dann nicht möglicherweise in gewissen Fördermodellen rausfällt.

Ich unterstütze alle Bemühungen, dass wir für die Studierenden auch diese Mobilität wieder erreichen, die es zu früheren Zeitpunkten gegeben hat. Alle seien bedankt, die sich hier eingebracht haben und die für die Mobilität der jungen Menschen, wo auch immer, mit wem

auch immer und was auch immer da unterstützen. Danke für diesen gemeinsamen Beschluss. (Zwischenruf Abg. KO Mag. Kirchmayr: „Super!“ Beifall.)

Dritte Präsidentin: Ich erteile Herrn Klubobmann Makor das Wort.

Abg. KO **Makor:** Es muss deswegen sein, weil ich mich noch kurz bedanken möchte wirklich dafür, wir haben nicht nur in diesem Fall, sondern auch bei fast allen, nicht bei allen, bei fast allen Regierungsmitgliedern die Problematik der dringlichen Anträge gehabt, wo dann etwas sehr schnell durchgewunken werden musste. Dafür bedanke ich mich, dass du das anders machst.

Es gibt aber zwei Änderungen und das ist die Schattenseite derselben Medaille, es gibt zwei Änderungen, die vorgenommen wurden. Die erste positive ist, dass es endlich ordentlich im Landtag beraten werden konnte. Die zweite ist, es ist unbefristet. Damit kommt es gar nimmer in den Landtag, bis zu einer Valorisierung irgendwann einmal. (Beifall)

Dritte Präsidentin: So und jetzt glaube ich, schaffen wir es. Es ist wirklich niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede und lasse abstimmen. Ich bitte die Kolleginnen und Kollegen des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 86/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dieser Antrag ist einstimmig angenommen worden.

Wir kommen nun zur Beilage 87/2016. Dies ist der Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die wettbewerbliche Vergabe von Busverkehrsdiensten in den Linienbündel Freistadt West, Freistadt Ost, Linz – Freistadt sowie für den Stadtbus Freistadt im Zeitraum Dezember 2017 bis Dezember 2027. Ich bitte Herrn Kollegen Ing. Michael Fischer darüber zu berichten.

Abg. **Ing. Fischer:** Danke Frau Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Zuhörer haben wir anscheinend nur mehr im Live-Stream. Beilage 87/2016, Bericht des Ausschusses für Infrastruktur über die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die wettbewerbliche Vergabe von Busverkehrsdiensten in den Linienbündel Freistadt West, Freistadt Ost, Linz – Freistadt sowie für den Stadtbus Freistadt im Zeitraum Dezember 2017 bis Dezember 2027. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 87/2016.)

Der Ausschuss für Infrastruktur beantragt, der Oö. Landtag möge die aus der beabsichtigten wettbewerblichen Vergabe von Busverkehrsdiensten in den Linienbündel Freistadt West, Freistadt Ost, Linz - Freistadt sowie für den Stadtbus Freistadt im Zeitraum Dezember 2017 bis Dezember 2027 sich ergebende finanzielle Mehrjahresverpflichtung im Ausmaß von 11.300.000 Euro p.a. genehmigen.

Dritte Präsidentin: Danke. Ich darf als erstem Redner Herrn Kollegen David Schießl das Wort erteilen.

Abg. **Schießl:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Mit Dezember 2017 enden die regionalen Kraftfahrlinekonzessionen in den Linienbündeln Freistadt West und Freistadt Ost. Um noch im Dezember 2017 den ordentlichen und reibungslosen Betrieb aufrechterhalten zu können, ist es notwendig, hier wettbewerbliches Vergabeverfahren durchzuführen.

Angestrebt wird der Abschluss von Verkehrsdienstverträgen mit einer zehnjährigen Laufzeit. Diese Laufzeit ist volkswirtschaftlich und betriebswirtschaftlich optimal, sowohl für die Investitionsgüter als auch für die Ausbildung und Weiterbildung des dazu notwendigen Personals. Die Vergabe umfasst die Verkehrsdienstkorridore A7, S10, B125, B124 und zur Gänze den Bezirk Freistadt, das Gallneukirchner Becken, die Krafffahrlinie Freistadt-Bad Leonfelden und Königswiesen-Perg.

Die Grundlage ist jetzt die Einführung des Verkehrskonzeptes, das hier 2004 bereits eingeführt wurde. Da sieht man wieder, wie wichtig so ein Verkehrskonzept einfach auch ist. Dieser Beschluss ist wichtig für die Pendler dieser Region, für die gesamte Region. Hier geht es um eine Entlastung des Straßennetzes und es ist ein wichtiger Faktor für den Umwelt- und Klimaschutz. Die Kostenschätzung liegt p. a. mit 11,3 Millionen Euro in einem sehr guten Bereich. Und der Ausschuss für Infrastruktur beantragt die Genehmigung. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Erich Rippl.

Abg. Bgm. **Rippl:** Verehrte Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen, Zuhörer/innen! Ja, Kollege Schießl hat beantragt, dass angestrebt wird der Abschluss für die Verkehrsdienstverträge für den Zeitraum 2017 bis 2027. Der Regionalbusverkehrsdienst wird laut dem Oö. Verkehrsverbund im Linienbündelplan, er steht auch auf der Homepage, und ist ja sehr interessant, was das beinhaltet, vom Stand 2012, 2013 bis 2021. Er wickelt die Ausschreibung nach den Vergaberichtlinien ab und vergibt es. Damit das Land Oberösterreich auch in Zukunft seiner Rolle als Auftraggeber für den öffentlichen Verkehr gerecht werden kann, hat die Fachabteilung Gesamtverkehrsplanung und öffentlicher Verkehr einen Plan für die Bündelung der im Landesgebiet beschriebenen Krafffahrlinien erarbeitet, der von der Landesregierung 2009 beschlossen und 2012 aktualisiert wurde.

Wichtig, glaube ich, ist auch, dass jetzt bei der Bearbeitung die Gemeinden und die Region bei der Absicherung der Verkehrsdienste mit eingebaut werden soll, denn es gibt Sicherheit und die Dauerhaftigkeit, dass es nicht bei eventuellen finanziellen Engpässen zu Streichungen kommt. Und gerade diese Linienbündel und das regionale Verkehrskonzept wurde ja des Öfteren angesprochen und ich möchte hier schon betonen, lieber Kollege Schießl, du hast auch in der Sitzung vom 21. Mai 2015, letztes Jahr und Ihre Fraktion nicht mitgestimmt, als der Landeshauptmann-Stellvertreter, damals Entholzer, jetzt Landesrat, das regionale Verkehrskonzept Innviertel eingebracht hat. Du hast selber gesagt, jedes Jahr, das hier ohne Konzept vergeht, ist ein verlorenes Jahr für eine starke Region in Oberösterreich.

Hier und jetzt könnten wir auch diesen Linienbündelplan soweit abändern, dass wir vielleicht früher beginnen und gerade, was Kollege Schießl gefordert hat, das auch für das Innviertel vielleicht schon ab 2017 starten können. Es wäre wichtig. Wir haben es in der Hand. Herr Landesrat, die Bemühungen sind bei dir, dies umzusetzen. Wir werden der Mehrjahresverpflichtung natürlich zustimmen. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Dipl.-Ing. Josef Rathgeb.

Abg. Bgm. **Dipl.-Ing. Rathgeb:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte KollegInnen, hohes Haus! Meine Vorredner haben ja das Ziel der nachhaltigen Absicherung dieser Dienstleistung ausreichend beschrieben. Ein weiteres Ziel ist es allerdings natürlich, den Landeszuschussbedarf möglichst gering zu halten. Das ist betriebswirtschaftlich und klarerweise auch volkswirtschaftlich im konkreten Fall sinnvoll.

Wenn man es sich genauer anschaut, muss man festhalten, es gibt hier neue Betriebskonzepte für 32 Linien in den Bezirken Freistadt, der gesamte Bezirk, und in Urfahr-Umgebung, 60 bis 70 Fahrzeuge. Und als Bezirksabgeordneter von Urfahr-Umgebung erlaube ich mir auch dringend darauf hinzuweisen, dass wir die Gemeinden Engerwitzdorf, Gallneukirchen, Alberndorf, Ottenschlag, Bad Leonfelden, Reichenthal und Schenkenfelden als Teil dieses Betriebskonzeptes inkludiert haben.

Im Korridor Gallneukirchen, Querschnitt Stadteinfahrt, reden wir von zirka 8.200 Fahrgästen in den Buslinien. Damit ist er einer der, wenn nicht überhaupt der frequenzstärkste Buskorridor in Österreich. Soll auch erwähnt sein. Der Uni-Shuttle von der JKU Hagenberg raus fährt an den schulfreien Werktagen und da ist auch die Einbindung des Hauptbahnhofes und der Universitätsklinik zu erwähnen. Also zahlreiche neue Schnellverbindungen auch unter Einbindung der freigegebenen S10 werden Reisezeitersparnisse für tausende Fahrgäste mit sich bringen, Tendenz weiter stark steigend in diesen neuen Korridoren.

Und nicht zuletzt wird auch die wirtschaftliche Bestandssicherung und damit Versorgung der regionalen Arbeitsplätze in den peripheren Gebieten tatkräftig unterstützt. Wenn ich alleine Liebenau, Sandl bzw. an unsere Gebiete in den peripheren Gebieten denke. Und es bringt zuletzt klarerweise deutliche Qualitätssteigerungen mit zusätzlichen Sitzplatzkapazitäten, einer zusätzlichen Aus- und Weiterbildung des Fahrpersonals und Vieles mehr.

Also alles in allem beste Voraussetzungen für mehr Sicherheit, mehr Verlässlichkeit und mehr Betriebsqualität über einen längeren Zeitraum hin bis 2027. Wir werden natürlich zustimmen. Danke. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Nächster Redner ist Herr Kollege Severin Mayr.

Abg. **Mayr:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Schon wieder fast Einigkeit überall, zumindest was das Abstimmungsverhalten betrifft. Für Freistadt ist dieses Linienbündel, dieses Verkehrskonzept ja von enormer Bedeutung. Ist eh schon angesprochen worden, die Zahlen. Alleine über 10.000 Personen, die aus dem Bezirk Freistadt alleine, es ist noch Gallneukirchen etc. ebenfalls dabei, aber allein aus Freistadt über 10.000 Personen, die jeden Tag pendeln, wo man sich bei jedem bedanken muss, der auf ein öffentliches Verkehrsmittel umsteigt und vor allem, was das Wichtigste ist, der überhaupt die Möglichkeit hat, auf ein öffentliches Verkehrsmittel umzusteigen.

Sie wissen es alle, unsere Verkehrsstruktur ist geprägt von Straßen, die für Autos gebaut worden sind und nicht so sehr stark geprägt dadurch, wie der öffentliche Verkehr ausgebaut ist. Und das heißt, es staut. Sie kennen es aus den Morgennachrichten oder vielleicht, wenn sie da oben wohnen, aus der eigenen Erfahrung, die Frage ist nur, Treffling oder Dornach, wo fängt es letztendlich zum Stauen an. Und da ist, und das muss man auch dazusagen, ich habe gestern noch mit Kolleginnen aus dem Bezirk Freistadt telefoniert und da ist, gerade was die Busse betrifft, in den letzten Jahren sehr, sehr viel Gutes passiert. Und da muss man sich auch in diesem Zusammenhang bei den Verantwortlichen einmal ausdrücklich bedanken.

Es gibt aber auch Defizite. Zum Teil welche, die durch den Bau der S10 entstanden sind. Neumarkt haben Sie alle mitbekommen, ist meines Wissens nach mittlerweile schon dabei, dass diese Situation entschärft wird. Aber mir ist auch erzählt worden, dadurch dass die Busse über die S10 jetzt relativ schnell fahren, was die Pendlerinnen und Pendler freut,

werden kleinere Gemeinden auch ausgelassen. Mir ist erzählt worden, dass Hagenberg, dass da jetzt weniger Busse unterwegs sind. Es wird dadurch ein bisschen enger im Bus, das mag jetzt nicht unbedingt viel Spaß machen, wenn man jetzt ohnehin schon in den Bus einsteigt und dann ist es eng auch noch. Ich würde darum ersuchen, dass man auch schaut, ähnlich wie in Neumarkt, dass man für die Pendlerinnen und Pendler aus der Hagenberger Gegend auch eine Lösung zusammenbringt.

Und weil es schon angesprochen worden ist, die S10. Es ist im Jahr 2009 meines Wissens nach, wenn ich das richtig nachgelesen habe und wenn ich es richtig in Erinnerung habe, im Jahr 2009 hat es geheißen, im Jahr 2015 ist eine attraktivierte Summerauer Bahn in Betrieb, gleichzeitig übrigens mit der Eröffnung der S10. Die fette Eröffnungs-Party S10 haben Sie alle mitbekommen, bei der Summerauer Bahn gibt es noch nicht einmal ein Finanzierungskonzept. Und da braucht man sich dann auch nicht wundern, warum es für viele Menschen einfach noch nach wie vor auch notwendig ist, aufs Auto umzusteigen, weil einfach auch leistungsfähige Öffis fürs Pendeln fehlen.

Bei der S10, ich habe das heute mit Erstaunen noch gelesen, um wieviel sich eigentlich die Reisezeit verringern soll. Vier Prozent schreibt die Asfinag. Durch ein Projekt, das über 700 Millionen Euro gekostet hat, eine Verringerung der Reisezeit um vier Prozent würde ich jetzt nicht unbedingt als Sensation bezeichnen, vor allem weil es Möglichkeiten gibt, wie man die Reisezeit noch deutlich effizienter und effektiver verringern kann. Ausbau der Öffis habe ich angesprochen. Es geht aber auch darum, dass man Pendlerströme zeitlich besser verteilt. Es geht auch darum, dass wir Fahrgemeinschaften forcieren. In jedem Auto, das in Österreich unterwegs ist, sitzen im Schnitt 1,1 bis 1,2 Personen. Das heißt, schauen wir, dass die Millionen, die es in Oberösterreich offensichtlich für viele Projekte gibt, auch dort eingesetzt werden, wo sie am dringendsten gebraucht werden. (Beifall)

Und was vielleicht auch wichtig ist, wer auf attraktive Öffis zurückgreifen kann, wer überhaupt die Möglichkeit hat, mit dem Bus zum Beispiel nach Linz in die Arbeit zu fahren, spart sich unglaublich viel Geld. VCÖ hat das berechnet auf den wichtigsten Pendlerinnen- und Pendlerstrecken. Alleine zwischen Freistadt und Linz kommt der VCÖ nach diesen Berechnungen darauf, dass sich jemand, der mit dem Bus fahren kann, zwischen 2.300 und 4.600 Euro jährlich erspart. Das wäre eine unglaubliche Entlastung für die Bürgerinnen und Bürger, wenn es da die Öffis in der notwendigen Qualität gibt. Außerdem freuen sich auch die Stadtbewohnerinnen und -bewohner darüber, wenn mehr Leute mit den Öffis hereinfahren. Bessere Luft, weniger Lärm, sinnvoll für alle. Ich bedanke mich. (Beifall)

Dritte Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Herr Landesrat Steinkellner.

Landesrat **Mag. Steinkellner:** Sehr geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wiederum Konsens, das bin ich ja als ehemaliger Klubobmann in diesem Ausmaß noch gar nicht gewohnt. (Unverständliche Zwischenrufe) Ich darf auf die Wortmeldungen der einzelnen Abgeordneten eingehen. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Also das mit der Fahrzeitverkürzung, da würde ich lieber Kollege, die Freistädter einfach fragen, wie lange man jetzt von Freistadt herunter braucht und wie jetzt. Und wenn man nur vier Minuten, ich weiß nicht mit welcher Geschwindigkeit man unterwegs ist. Es ist natürlich immer ein relativer Bereich. Aber das ist schlichtweg falsch. (Unverständlicher Zwischenruf) Ich bitte also die jeweiligen Kollegen, die also wahrscheinlich tagtäglich also jetzt entlastet sind, hereinfahren, die genauen Daten bei entsprechender Geschwindigkeit und die Verkürzung darzulegen.

Ja in Oberösterreich, es ist uns allen bewusst, dass wir mehr Geld in diesen öffentlichen Bereich, sei es Busse, sei es Bahn investieren müssen. Das ist unbestritten und wir werden bei der nächsten Budgetdebatte sehr intensiv uns über das unterhalten müssen, denn wenn wir diese Geldmittel nicht beschließen, sie nicht beschließen, dann können wir manche Maßnahmen nicht tätigen. Und ich darf nur zur Summerauer Bahn sagen, das ist zwar jetzt sehr bedauerlich, was da in der Vorfinanzierung leider von der EU auch ausgeschlossen wurde, denn das Land Oberösterreich wäre ja sogar bereit gewesen, eine sogenannte selektive Ausbauvariante vorzufinanzieren und das dann vom Bund sich abgelten zu lassen. Aufgrund der Stabilitätskriterien wurde leider dieses Ansinnen, wo es einen breiten Konsens im Oberösterreichischen Landtag gegeben hat, ausgeschlossen. Schade.

Unabhängig von dem darf ich sagen, weil die Summerauer Bahn angesprochen wurde als Begleitmaßnahme des Oberösterreichischen Landtags mit den Mitteln die sie zur Verfügung gestellt haben, hat das Verkehrsressort einen Antrag gestellt, ein Zugpaar nach Pregarten im Nahverkehr zusätzlich einzusetzen, um hier auch den Verkehr im Rahmen der Brückenproblematik zu entlasten und auf der Mühlkreisbahn einen Doppelzug einzusetzen, um auch dort einen Beitrag zu leisten, um den Pendlern einfach Möglichkeiten zu geben, auch umzusteigen, nicht gegeneinander, sondern miteinander. Ich glaube, das Gegeneinander ist lange vorbei, Autobahn gegen öffentlichen Bereich. Wir brauchen den öffentlichen Verkehr ganz dringend.

Herr Kollege Rippl, noch einmal zu dir: Überhaupt kein Thema, wir machen so schnell als nötig und möglich, aber die Zeit, die jetzt vorgegeben ist, auf die legst du auch als Bürgermeister Wert. Denn ich glaube nicht, dass du als Bürgermeister umgekehrt dann sagst, wir sind mit allem zufrieden, was wir vom Land jetzt hier mitplanen würden. Es geht ja auch darum, dass deine Bürgermeisterkolleginnen und –kollegen ordentlich miteingebunden sind und da braucht man Zeit.

Punkt Zwei: Wir haben hier bereits gehört, wir haben also eine Ausschreibung in einem Rahmen von 11,3 Millionen Euro, also eine gewaltige Summe. Aber wir haben ja auch entsprechende Einnahmen. Das ist eine ganz wichtige Achse. Während im Innviertel aufgrund der dortigen Zersplitterung der Ortschaften und so weiter, aufgrund der großen Fläche, die Erstellung natürlich auch eine entsprechend problematische ist.

Warum man nicht früher damit begonnen hat? Weiß ich nicht, keine Ahnung (Unverständlicher Zwischenruf links.), aber um es sorgfältig jetzt aufzuarbeiten, halte ich wenig davon, es jetzt noch einmal vorzuziehen, wo jetzt alles eingetaktet ist, nämlich auch in den Gesprächen mit den Bürgermeistern.

Es ist eine ganz wichtige Verbindung und wie bei allen Verkehrsverbindungen kann man nicht alle Einzelwünsche erfüllen. Der eine sagt, bitte schneller runterfahren, weil jetzt haben wir die S10, der andere sagt, bitte meine Ortschaft ist jetzt nicht so berücksichtigt und ich habe also nicht den gleichen Frequenzverkehr wie vorher.

Also, man wird es nicht, niemand kann es hier allen recht machen. Wir versuchen eine optimierte Verbindung im öffentlichen Bereich so vielen Menschen wie möglich anzubieten. Das man nicht immer für jeden einzelnen eine Optimallösung finden wird, niemand finden kann, ist einfach Gegebenheit und da bitte ich auch um Verständnis.

Ich bitte auch hier um Rücksicht, weil die Mitarbeiter im Verkehrsverbund, die also die Einzelfalllösungen Punkt für Punkt abarbeiten und sich anschauen, welche Möglichkeiten

hier sind, die leisten wirklich eine tolle Arbeit. Das ist nicht immer ganz einfach, jemandem zu erklären, was halt dann einmal nicht mehr geht, aber man muss halt auch bitte hier Verständnis machen.

Auch hier gilt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verkehrsverbundes als auch der –planung herzlicher Dank, dass das so rasch auch wieder erfolgt ist. Wir sind bei all diesen Ausschreibungen unter einem enormen Zeitdruck und sie haben das geschafft. Ich sage nur, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sei es im Verkehrsverbund, sei es im Bereich öffentlicher Verkehr arbeiten hier wirklich am Limit und sie mögen hier auch vom Oö. Landtag den Dank zurückbekommen. Danke für die Unterstützung. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Landesrat. Es liegt mir keine Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oö. Landtags, die dem Antrag zur Beilage 87/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Danke. Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 94/2016. Das ist ein Initiativantrag betreffend eine Deutschpflicht auf dem Schulareal. Ich bitte Frau Abgeordnete Ingenieurin Magistra Regina Aspalter über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Mag. Aspalter:** Beilage 94/2016, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend eine Deutschpflicht auf dem Schulareal. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 94/2016.)

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass durch eine Änderung der bundesrechtlichen Bestimmungen gewährleistet werden kann, dass nicht nur während des Unterrichts, sondern auch in den Pausen sowie vor und nach den Unterrichtseinheiten auf dem gesamten Schulareal deutsch gesprochen wird.

Präsident: Dankeschön Frau Abgeordnete für die Berichterstattung, ich eröffne darüber die Wechselrede, zu der sich niemand zu Wort gemeldet hat. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Mitglieder des Oö. Landtags, die dem Antrag zur Beilage 94/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Dankeschön.

Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist und wir kommen zur Beilage 96/2016, das ist der Initiativantrag betreffend den Schutz der heimischen IndustriearbeiterInnen gegen Preisdumping.

Ich bitte Herrn Abgeordneten Hans Karl Schaller über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Schaller:** Beilage 96/2016, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend den Schutz der heimischen IndustriearbeiterInnen gegen Preisdumping. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 96/2016.)

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass auf europäischer Ebene sämtliche Handelsschutzinstrumente ergriffen werden, um den fairen Welthandel sicherzustellen und dadurch europäische Industriearbeitsplätze – insbesondere in den aktuell am meisten gefährdeten Branchen wie der Stahlindustrie, dem Maschinenbau, der Chemie und Keramik – wirksam gegen Preisdumping durch chinesische Konkurrenzprodukte zu schützen.

Präsident: Dankeschön für die Berichterstattung. Ich darf darüber die Wechselrede eröffnen. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Schaller. Bitteschön.

Abg. **Schaller:** Ich darf mich vorerst bei allen Fraktionen sehr, sehr herzlich bedanken für die Annahme und dem Erkennen der Dringlichkeit. Erlauben Sie mir nur ganz kurz sechs Sätze in diese Wechselrede einzubauen.

Ich bedanke mich beim Kollegen Frauscher, der das richtig erkannt hat, wie wichtig das eigentlich ist. Denn dieses Hineinmischen der Republik China in die Industrien erlebe ich selbst ständig. Wir haben eine kleine Firma in China von der voestalpine. Es ist nicht möglich, dort die Mehrheit mehr oder weniger zu bekommen und es ist nicht unproblematisch und nebenbei, das muss man auch dazusagen in diesem Zusammenhang, gibt es in der Volksrepublik China etwa derzeit doch 150.000 Staatskonzerne, die mehr oder weniger die Schwerindustrie kontrollieren. Diese werden natürlich von den Staatsbanken mit Krediten aufgepäppelt und daher der zweite Punkt, den du heute angeführt hast, völlig richtig. Nur es ist mir zu wenig.

Die Strafzölle, die jetzt verhängt wurden zwischen sechzehn Prozent und fünfundzwanzig Prozent für China und für Russland können nur ein erster Schritt sein. Wie ausgeführt, beim Dumping entsteht derzeit eine Differenz von zirka sechzig Prozent und darum müssten eigentlich, die Amerikaner machen das, also wenn man sich deren Strafzölle anschaut, dann bewegen wir uns dort, wenn die was reinliefern wollen, sind das sechzig Prozent.

Herr Kollege Kroiß, völlig richtig. Auch dir herzlichen Dank. Man muss sich das und man möchte es ja nicht übertreiben, ansonsten könnte man ja fast Angst kriegen, wenn du dir das liest, was da zurzeit passiert. Ich kann es nicht einschätzen zurzeit, was das heißt, die Schulden alleine der chinesischen Stahlindustrie bei Banken betragen derzeit 520 Milliarden Dollar, 520 Milliarden Dollar. Ich will gar nicht nachdenken, was mehr oder weniger das jetzt heißt und das bei einer Stahlerzeugung, und um das noch einmal konkret in Zahlen zu gießen: In China, man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen, im Jahr 2000 haben die Chinesen genau 127 Millionen Tonnen Stahl erzeugt, 127 Millionen Tonnen. Heute, 2015 erzeugen sie über 800 Millionen Tonnen, also jede zweite Tonne Stahl wird in China erzeugt und jetzt kommt es, die Kapazitäten die ihnen zur Verfügung stehen aufgrund der Hochöfen, die sie gebaut haben, wäre mehr oder weniger für 1,17 Milliarden Tonnen, die sie mehr oder weniger erzeugen könnten und ich bin auch nicht nur für Stahl da, sondern es geht mir wirklich um die Gesamtindustrie. Man muss sich das auf der Zunge zergehen lassen. Im Aluminiumsektor kommt ebenfalls die Hälfte des Angebots auf dem Weltmarkt aus dem Reich der Mitte und beinahe sechzig Prozent der globalen Zementproduktion stammen auch aus China.

Und zum besseren Verständnis vielleicht eine Zahl, alleine in den beiden Jahren 2011 und 2012 hat China so viel Zement hergestellt wie die USA im gesamten zwanzigsten Jahrhundert. Ich bedanke mich auch bei den Grünen, bei dir Kollegin Schwarz. Du hast völlig recht. Der Druck auf die Arbeitnehmerinnen und auf die Arbeitnehmer ist enorm. Sie

verlieren nämlich ihre Jobs. Das ist überhaupt das Ärgste, ja. Sie verlieren nämlich ihre Jobs. Man muss sich das alleine vorstellen. In England von den einst 350.000 Stahlarbeitern 1967 sind gerade noch 25.000 übrig geblieben.

Das ist alles, was von der British-Steel übrig geblieben ist und es ist bedauerlich, wenn du da draußen Hand in Hand (Zwischenruf Abg. KO Ing. Mahr: „Sechs Sätze!“) auch einzigartig mit den Vorständen marschierst und für Arbeitsplätze kämpfst und dort dann mit den Kollegen von Data-Steel redest, die genau diese 25.000 haben und sie dir sagen, bitte gar schön, lassen wir uns etwas einfallen in Europa, und es gibt etwas, dass wir uns einfallen lassen könnten, ähnlich der Stahlstiftung in der voestalpine, denn diese 25.000 Arbeitsplätze sind in den nächsten Jahren ebenfalls weg. Also Data hat das mehr oder weniger jetzt ausgenutzt und vertschusst sich und geht mehr oder weniger weg und zum Abschluss nur das, was richtig erkannt wurde mit diesen fehlenden Umweltstandards.

30 Millionen Tonnen wenn ich reinnehme, dann importiere ich gleichzeitig auch fünfzehn Millionen Tonnen CO₂ und wenn ich heute nur schließe, habe ich mehr oder weniger diese, wie du richtig gesagt hast, Dreckschleudern mehr oder weniger herinnen und wir gehen dann auch weg von Investitionen in der Hochtechnologie infolge. Wir müssen eher schauen, dass wir da wirklich überall besser werden, wie du gesagt hast und darum brauchen wir auch das Geld für die Forschung und Entwicklung. Noch einmal herzlichen Dank für die Annahme. (Beifall)

Präsident: Danke Herr Abgeordneter. Es liegt mir keine weitere Wortmeldung mehr vor. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oö. Landtags, die dem Antrag zur Beilage 96/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Danke, ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 97/2016, das ist der Initiativantrag betreffend Verankerung von Bargeld als Zahlungsmittel in der Bundesverfassung. Ich darf die Frau Abgeordnete Michaela Langer-Weninger um die Berichterstattung bitten.

Abg. **Langer-Weninger:** Beilage 97/2016, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Verankerung von Bargeld als Zahlungsmittel in der Bundesverfassung. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 97/2016.)

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oberösterreichische Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, das Bargeld als Zahlungsmittel in der Bundesverfassung zu verankern, um den Bürgerinnen und Bürgern den Schutz der Wahlfreiheit beim Bezahlen zu garantieren.

Präsident: Danke für den Bericht, den ich somit zur Wechselrede stelle, zu der sich niemand zu Wort gemeldet hat. Ich schließe daher die Wechselrede und wir kommen zur Abstimmung. Wer der Beilage 97/2016 zustimmt, möge bitte ein Zeichen mit der Hand geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 98/2016. Das ist der Initiativantrag betreffend die Beibehaltung der Beurteilung der Leistungen der Schüler nach Noten (Beurteilungsstufen). Ich bitte Frau Abgeordnete Magistra Silke Lackner über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Mag. Lackner:** Beilage 98/2016, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend die Beibehaltung der Beurteilung der Leistungen der Schüler nach Noten (Beurteilungsstufen).
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 98/2016.)

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Regelungen im § 18 Abs. 2 Schulunterrichtsgesetz betreffend die Beurteilung der Leistungen der Schüler beibehalten werden.

Präsident: Danke für den Bericht. Ich darf darüber die Wechselrede eröffnen, zu der sich niemand zu Wort gemeldet hat. Ich schließe sie daher auch wieder und ich bitte jene Mitglieder des Oö. Landtags, die dem Antrag zur Beilage 98/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Danke. Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 99/2016, das ist der Initiativantrag betreffend die Reduktion der Familienbeihilfe für Nicht-Staatsbürger und ich darf hier Frau Abgeordnete Ulrike Wall ersuchen, darüber zu berichten.

Abg. **Wall:** Beilage 99/2016, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten betreffend die Reduktion der Familienbeihilfe für Nicht-Staatsbürger.
(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 99/2016.)

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der österreichischen Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Familienbeihilfe für im Ausland lebende Kinder von Nicht-Staatsbürgern auf das Niveau der tatsächlichen Lebenshaltungskosten des Herkunftslandes gesenkt wird.

Präsident: Danke für die Berichterstattung und ich darf über diese Beilage die Wechselrede eröffnen. Es hat sich niemand zu Wort gemeldet. Ich schließe sie daher auch wieder und ich komme zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oö. Landtags, die dem Antrag zur Beilage 99/2016 zustimmen, ein Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Es folgt nun die Zuweisung der Beilagen, die im Verlauf der Landtagsitzung eingelangt sind: Beilage 100/2016 ist ein Initiativantrag betreffend die Einbindung des Oö. Landtags in die aktuellen Verhandlungen über den Finanzausgleich. Diese Beilage wird dem Finanzausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 101/2016 ist ein Initiativantrag betreffend schnelles Internet für Oberösterreichs Schulen und die Beilage 106/2016 ist ein Initiativantrag betreffend ein Landesgesetz, mit

dem das Oö. Kinderbetreuungsgesetz geändert wird. Diese Beilagen werden dem Ausschuss für Bildung, Kultur, Jugend und Sport zur Vorberatung zugewiesen.

Bei der Beilage 102/2016 handelt es sich um einen Initiativantrag betreffend Rahmenbedingungen und Begleitmaßnahmen zur Lösung der Rabenvögelproblematik. Die Beilage 103/2016 ist ein Initiativantrag betreffend Ausweitung des Nationalparks Kalkalpen. Diese beiden Beilagen werden dem Ausschuss für Wohnbau, Baurecht und Naturschutz zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 104/2016 ist ein Initiativantrag betreffend die anstehende Pensionierungswelle im Landesdienst und die Beilage 107/2016 ist ein Initiativantrag betreffend eine Änderung des Oö. Landes-Verfassungsgesetzes und der Oö. Landtags-Geschäftsordnung 2009 zur Reform der Untersuchungskommission und die Beilage 108/2016 ist ein Initiativantrag betreffend eine Änderung der Oö. Landtags-Geschäftsordnung 2009 zur Errichtung eines eigenen Legislativdienstes des Oö. Landtags. Diese Beilagen werden dem Verfassungs-, Geschäftsordnungs-, Immunitäts-, Unvereinbarkeits- und Innenausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Die Beilage 105/2016 ist ein Initiativantrag betreffend eine Änderung der Recycling-Baustoffverordnung. Diese Beilage wird dem Umweltausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Damit, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir die Tagesordnung abgearbeitet. Ich bedanke mich und schließe die Sitzung.

(Ende der Sitzung: 16.16 Uhr)